

Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung
Heft 20

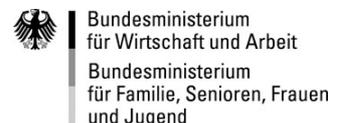
Gudrun Heinrich (Hg.)

Jugend und Politik – Verdrossenheit?

Mit Beiträgen von

Gert Pickel
Martina Gille
Dirk Villányi/Matthias D. Witte

Universität Rostock
Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften
2004



Publikation gefördert durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds.

HERAUSGEBER: Universität Rostock, Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften

REDAKTION: Prof. Dr. Yves Bizeul
Prof. Dr. Jakob Rösel
Prof. Dr. Nikolaus Werz

LEKTORAT UND
DRUCKVORLAGE: Arne Lehmann

CIP-KURZTITELAUFNahme: Gudrun Heinrich:
Jugend und Politik – Verdrossenheit? / mit Beiträgen von Gert Pickel, Martina Gille, Dirk Villányi und Matthias D. Witte – Rostock: Univ., Inst. für Politik- und Verwaltungswissenschaften, 2004 – 79 S. – (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung; 20)

ISSN

©

Universität Rostock, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, 18051 Rostock.
Jede Form der Weitergabe oder Vervielfältigung bedarf der Genehmigung des Herausgebers.

BEZUGSMÖGLICHKEITEN: Universität Rostock
Universitätsbibliothek, Schriftentausch, 18051 Rostock

Universität Rostock
Inst. für Politik- und Verwaltungswissenschaften
18051 Rostock

Tel. (0381) 498 44 44 Fax (0381) 498 44 45

DRUCK: Universitätsdruckerei Rostock

Inhalt

Guðrun Heinrich

Einleitung: Jugend und Politik – Verdrossenheit? 5

Gert Pickel

Jugend und Politikverdrossenheit im Deutschland nach der Vereinigung? 7

Martina Gille

Mädchen und Politik:

Gibt es einen weiblichen Blick auf Politik und politisches Engagement? 33

Dirk Villányi/Matthias D. Witte

Jugendkulturen und Politik.

Die Verortung jugendkultureller Vergemeinschaftungen im subpolitischen Feld 55

Die Autoren 77

Einleitung: Jugend und Politik – Verdrossenheit?

„Züge von Verachtung“ so titelte die Frankfurter Rundschau am 3. Februar 2004 über das Verhältnis der Bürgerinnen und Bürger zur Politik, das immer stärker vom Ansehensverlust der politischen Klasse geprägt sei.

Im Rahmen einer Tagung am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften (IPV) der Universität Rostock¹ haben wir uns die Frage nach dem spezifischen Umgang Jugendlicher mit Politik und politischen Fragen gestellt. Motiviert wurde diese Frage durch die Auseinandersetzung mit Ursachen und Erscheinungsformen des jugendlichen Rechtsextremismus im Rahmen des XENOS-Projektes „Vielfältige Arbeitswelt gegen Rechtsextremismus“ am IPV. Während sich die bisherigen Veröffentlichungen aus dem Projekt unmittelbar mit Fragen des Rechtsextremismus auseinandersetzten, wird hier auf den allgemeinen politischen Rahmen Bezug genommen.² Auf der Suche nach Erklärungsansätzen stößt man unweigerlich auf die Frage, welchen Einfluss die angeblich so große Politikverdrossenheit unter Jugendlichen auf die Ausbildung extremistischer und rassistischer Einstellungen hat. Ist die Jugend wirklich politikverdrossen oder ist nicht vielmehr auch die Politik gegenüber den Jugendlichen verdrossen?

Gert Pickel, der sich in umfangreichen Studien mit dieser Frage beschäftigt hat, kommt unter anderem zu dem Schluss, dass ein hohes Ausmaß an Politikverdrossenheit unter Jugendlichen in dem Sinne vorhanden ist, dass die Jugend die etablierte Politik negativ bewertet. Dies ist jedoch weder ein spezifisches Problem Jugendlicher, noch ist dies im umfassenden Sinne als Politikverdrossenheit zu verstehen, zumal es sich nicht um eine generelle Ablehnung der Demokratie handelt. Pickel weist darauf hin, dass das Interesse an Politik und politischen Prozessen in entscheidendem Maße von den Erfolgsaussichten politischen Engagements und politischer Partizipation abhängt.

1 „Jugend und Politik – Verdrossenheit?“ Tagung des IPVs Rostock und der Heinrich-Böll Stiftung Mecklenburg-Vorpommern am 21.11.2003 in Rostock.

2 Gudrun Heinrich/Nikolaus Werz (Hg.), Forschungen in Mecklenburg-Vorpommern zu Rechtsradikalismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt (=Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung, 18), Rostock 2003; Gudrun Heinrich (Hg.), Qualitätssicherung und Nachhaltigkeit in der Arbeit gegen Rechtsextremismus (=Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung, 19), Rostock 2004.

„Gibt es einen weiblichen Blick auf Politik und politisches Engagement?“ fragt Martina Gille und stellt fest, dass es nicht nur ein geschlechtsspezifisches Verständnis von Politik gibt, sondern vor allem auch einen differenzierten Zugang zu politischen Partizipationsformen.

Abschließend beschreiben Dirk Villányi und Matthias D. Witte aus soziologischer Perspektive das Verhältnis von Jugendkulturen und Politik. Die beiden jungen Soziologen gehen dabei von einem sehr breiten Politikbegriff aus, indem sie sich an die Begrifflichkeiten und Überlegungen Ulrich Becks anlehnen. Bei der Verortung der Jugendkulturen in dem durch Politik und Subpolitik definierten Raum, kommen sie damit unweigerlich zu dem Schluss, dass „sich Jugendkulturen und Politik keineswegs voneinander distanzieren“.

Die hier vorliegende Veröffentlichung der Tagungsbeiträge soll die Debatte über das Verhältnis Jugendlicher zur Politik aber auch das Verhältnis der Politik gegenüber Jugendlichen und ihren spezifischen Interessen und Artikulationsformen befördern.

An dieser Stelle sei Susan Schulz von der Heinrich-Böll-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern herzlich gedankt. Dank ihrer inhaltlichen und organisatorischen Unterstützung konnten wir die Tagung im November 2003 planen und durchführen. Arne Lehmann erledigte – wie immer – mit äußerster Sorgfalt Korrekturen und Formatierungen. Ein herzlicher Dank gilt selbstverständlich allen Autoren, die durch die schriftliche Fassung Ihrer Referate diesen Band möglich gemacht haben.

Dr. Gudrun Heinrich

Prof. Dr. Nikolaus Werz

Rostock im August 2004

Jugend und Politikverdrossenheit im Deutschland nach der Vereinigung?

Gert Pickel

1. Einleitung

Mitte der 1990er Jahre entbrannte in der bundesdeutschen Öffentlichkeit eine heftige Debatte um eine steigende „Politikverdrossenheit“ der deutschen Jugend.¹ In diese Debatte floss die Zunahme der Wahlenthaltungen bei Bundes- und Landtagswahlen, ein steigendes Protestwahlverhalten der jungen Bürger und die häufigere Wahl extremer Parteien gleichermaßen ein wie ein feststellbarer Rückgang des Vertrauens in politische Institutionen und eine zunehmend ungünstigere Bewertung von Politikern und Politik durch die jungen Bürger der jetzt wiedervereinigten Bundesrepublik. Eine erhöhte Gewaltbereitschaft, eine steigende Anfälligkeit für Überzeugungsmuster rechtsextremer Parteien und eine zunehmende Distanz der Jugend² zu etablierten demokratischen Parteien wurden als Kennzeichen einer besonders reservierten Haltung gerade der jungen Staatsbürger gegenüber dem demokratischen System der Bundesrepublik ausgemacht. Aus diesen Überlegungen heraus resultiert die Frage, ob ein Fortbestand der Demokratie, wie man sie kannte, mit dieser Jugend überhaupt zu bewerkstelligen sei, oder ob nicht gar eine solche Ablehnung des demokratischen politischen Systems den bisher herrschenden demokratischen Grundkonsens in der Bundesrepublik gefährdet.

Diese Fragen können nur unter Zugriff auf intersubjektiv überprüfbare Verfahren der wissenschaftlichen Analyse und durch ein höheres Ausmaß an Präzision in der Fassung von Politikverdrossenheit befriedigend beantwortet werden. So wurde bereits in den ersten Analysen von Politikverdrossenheit eine große Vielfalt an Bedeutungen festgestellt, die eine solche eindimensionale Verwendung des Sammelbegriffs Politikverdrossenheit, wie er in den Medien verwendet wurde, recht fragwürdig erscheinen ließ und die Fassung von Politikverdrossenheit als ein umfassendes, aber auch „unspezifisches“ Phänomen vorschlugen, das einer weiteren empirischen Betrachtung bedürfe (vgl. Gaiser u.a. 2000; Maier 2000; Pickel/Pickel 2000; Pickel 2002). Aber auch ein zweiter Befund konnte ermittelt werden – der Kern politischer

1 Diese Debatte basierte in vielen Punkten auf einer latent vorhandenen Diskussion um eine allgemeine Verdrossenheit der Bevölkerung mit der Politik (vgl. Erhardt/Sandschneider 1994; Schedler 1993), bereicherte sie aber durch den Einbezug von Wahrnehmungen einer besonderen Politikdistanz junger Bürger.

2 Der Begriff der Jugend wird in den folgenden Betrachtungen relativ offen für Jugendliche und junge Erwachsene gebraucht, obwohl prinzipiell zwischen diesen Gruppen in der Jugendforschung klare Unterschiede bestimmt werden (vgl. Silbereisen u.a. 1996). Da man häufig davon ausgeht, dass die politische Sozialisation erst später beginnt und zwischen dem 14. und 25. Lebensjahr stattfindet, erscheint diese pragmatische Zuordnung aber vertretenswert.

Verdrossenheit muss sich zwangsläufig auf das Überleben des politischen Systems selbst beziehen, will man eine wirkliche Verdrossenheit mit Politik und nicht nur eine gelegentlich aufflackernde Stimmung erfassen. Diese Sichtweise, die sich deutlich dem in den Politikwissenschaften bereits lange vorliegenden theoretischen Konzeptgedanken der politischen Kulturforschung annähert (vgl. Almond/Verba 1963; Lipset 1959, 1981, zusammenfassend Pickel/Pickel 2004), führt fast unweigerlich zur Frage, ob sich die jungen Bürger wirklich vom demokratischen System in Deutschland entfernen bzw. gar entfremden oder aber, ob die aufgeworfene Diskussion um die Politikverdrossenheit an der Realität der Demokratie vorbeigeht und ein relativ unbedenklicher Zustand in den Medien und im öffentlichen Diskurs in seiner Wirkung überschätzt wird.

Will man der Vermutung einer gesteigerten Politikverdrossenheit der Jugend nachgehen, ist es unerlässlich den gesellschaftlichen Entwicklungskontext im Deutschland des letzten Jahrzehnts zu berücksichtigen. Zu der längerfristigen Entwicklung einer steigenden Kritikbereitschaft am demokratischen System, die bereits lange vor 1989 in den alten Bundesländern ihren Ausgang genommen hat, tritt ein für die Politik in der Bundesrepublik einschneidendes politisches Ereignis: die *Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten 1990*. Sie hat das Blickfeld der Betrachtung politischer Einstellungen um die Variation der politischen Kulturen West- und Ostdeutschlands erweitert. So zeigten in den letzten Jahren eine Vielzahl von empirischen Analysen³ relativ konstante Unterschiede in den politischen Einschätzungen des demokratischen Systems sowie weiterer politischer Überzeugungen der Bürger in Ost- und Westdeutschland.

Es stellt sich die Frage, wie sich Denkmuster in einer Gesellschaft entwickeln, die zwei teilweise unterschiedlich sozialisierte Bevölkerungen vereinen muss. Dabei ist die Generation der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Ostdeutschland über zehn Jahre nach der „Wiedervereinigung“ für eine Betrachtung der politischen Überzeugungen in besonderem Maße interessant, beinhaltet sie doch Personengruppen, die im Übergang zwischen Sozialisation in der ehemaligen DDR und in der Umbruchszeit nach der Vereinigung ihre ersten politischen Wertmuster und Einstellungen ausbildeten. Es ist zu fragen, in welcher Weise frühere Sozialisationsmuster des Sozialismus überhaupt noch Bedeutung für die heutigen Einstellungen der jungen Staatsbürger besitzen oder aber (negative) Erfahrungen der (erlebten) gesellschaftlich-politischen Übergangszeit Auswirkungen auf die Wertorientierungen und Einstellungen der

3 Eine Auswahl: Bauer 1991; Brunner/Walz 1998; Bulmahn 2000; Fuchs 1999; Gabriel 2000; Gensicke 1998; Juhasz 2000; Pollack/Pickel/Walz 1998; Pollack 1996, 1997, 2000, 2001; Pollack/Pickel 1998, 2000; Veen 1997; Walz/Brunner 1997, 1998; Zelle 1998.

Jugendlichen besitzen – und ggf. Politikverdrossenheit gerade bei der ostdeutschen Jugend forcieren.

Entsprechend hat man es also nicht nur mit einer einfachen Fragestellung – Wie politikverdrossen ist die deutsche Jugend? – zu tun, sondern muss sich eher mit drei untereinander verzahnten, sich aber auch überlappenden Vergleichsfragestellungen auseinandersetzen, die (1) die Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Gegensatz zu den Erwachsenen sehen, (2) unterschiedliche Unterformen politischer Verdrossenheit einander gegenüberstellen und (3) zwischen den Einstellungen der west- und der ostdeutschen Jugend Vergleiche ziehen.

Um Antworten auf diese Fragen geben zu können, ist eine Bestandsaufnahme der politischen Einstellungen der ostdeutschen Jugendlichen und jungen Erwachsenen gegenüber dem politischen System der Bundesrepublik Deutschland sowie eine konzeptionelle Herangehensweise an die skizzierte Frage notwendig. Beginnen wir mit letzterem und formulieren wir ein theoretisches Gerüst, das uns durch die folgenden empirischen Ergebnisse leitet.

2. Theoretische Vorannahmen

Von zentraler Bedeutung für die Untersuchung der Fragestellung ist der Ansatz der politischen Kulturforschung, der durch sein strukturierendes Vorgehen in Bezug auf von politischen Einstellungen die Möglichkeit einer differenzierteren Sicht auf das Wert- und Einstellungsgefüge der Bürger gegenüber politischen Objekten ermöglicht. Als Ausgangspunkt dient die Grundkonzeption der Beschreibung und Beurteilung von politischen Überzeugungen in Bevölkerungen, wie sie in den grundlegenden Arbeiten Gabriel Almonds und Sidney Verbas (1963) zum Ausdruck kommen. Die Stabilität von politischen Systemen wird in diesen Überlegungen als eine Folge der Legitimität des politischen Systems in der Bevölkerung sowie der Kongruenz zwischen politischer Struktur und politischer Kultur angesehen.

Über diese Grundgedanken hinaus erscheint insbesondere die Unterteilung zwischen politische Objekte (politische Gemeinschaft, politisches Regime, politische Autoritäten) und unterschiedlichen Arten der Überzeugungen (spezifische und diffuse Unterstützung) gegenüber den politischen Objekten, die in den Konzeptionen David Eastons (1975, 1979) und Seymour Martin Lipsets (1959) entwickelt wurden, hilfreich für eine differenzierte Analyse politischer Überzeugungen. Gerade das Konzept von Easton ermöglicht, den bislang recht unbestimmten Allerweltsbegriff „Politikverdrossenheit“ vor allem im Bezug zum politischen System in eine differenziertere Struktur von Komponenten zu zerlegen. Die genannten Konzeptionen sind, da politische Einstellungen nicht per se auf die Bewertung von politischen Objekten reduziert werden können, um politische Einstellungen, die eher ungerichtet bei den Bürgern existieren,

ergänzungsbedürftig. Als solch ungerichtete politische Einstellungen zu nennen sind z.B. politisches Interesse und allgemeine politische Kompetenz von Bürgern. Abbildung 1 zeigt die Aufteilung der politischen Objekte bei Easton und die verschiedenen Arten von Orientierungen, die sich auf die einzelnen Einstellungsobjekte beziehen können. Bereits hier wird deutlich, dass eine eindimensionale Politikverdrossenheit kaum ein der Realität angemessenes Denkmuster sein dürfte.

Abbildung 1: Konzept politischer Unterstützung nach David Easton

		<i>Unterstützungsobjekte</i>	
<i>Unterstützungsart</i>	<i>Politische Gemeinschaft</i>	<i>Regime</i>	<i>Autoritäten</i>
<i>diffus</i>	Identifikation mit der politischen Gemeinschaft	Regime-Legitimität	Autoritäten-Legitimität
		Regime-Vertrauen	Autoritäten-Vertrauen
<i>spezifisch</i>			Zufriedenheit mit den alltäglichen Outputs

Quelle: Fuchs 1989: 18.

Die *politische Gemeinschaft* zielt auf die Mitglieder eines politischen Systems und ihre grundlegenden Wertmuster. Gemeinschaftssinn und eine übergreifende Objektzuordnung (wie z.B. die Nation und in ihr lebende Personen) sind die Basisprinzipien dieser Komponente der politischen Ordnung (vgl. Fuchs 1989; Westle 1989), die sich durch ein Zugehörigkeitsgefühl zum Kollektiv und einer gegenseitigen Loyalität der Gemeinschaftsmitglieder äußert. Easton beschreibt diese Komponente folgendermaßen: „that aspect of a political system that consists of it’s members seen as a group of persons bound together by a political division of labour“ (Easton 1979: 177). Das *politische Regime* als zweites politisches Objekt repräsentiert die grundlegende Struktur des politischen Systems und beinhaltet seine Kerninstitutionen, aber auch formale Satzungen der Demokratie, wie die Verfassung. Entsprechende Orientierungen oder Bewertungen beziehen sich auf die Rollen (also beispielsweise die Position des Bundespräsidenten im politischen System) und nicht die Rollenträger (die Person des Bundespräsidenten). Den Institutionen wird dabei aufgrund ihrer immanenten Vertrauenswürdigkeit und nicht aufgrund ihrer Vertreter eine positive oder negative Einstellung entgegengebracht. Unter den *politischen Herrschaftsträgern*, dem dritten politischen Objekt, werden die konkreten Inhaber politischer Autoritätsrollen verstanden. Politische Unterstützung wird ihnen hauptsächlich durch die Akzeptanz der von ihnen getroffenen Entscheidungen seitens der Bürger zuteil. Dies bedeutet, sie werden aufgrund ihrer Leistungen oder ihres persönlichen Erscheinungsbildes bewertet.

Doch nicht nur die Objekte der politischen Unterstützung sind zu unterscheiden, sondern auch die *Art und Weise der Unterstützung* differiert. Eine Quelle ist die Zufriedenheit mit den Outputs des politischen Systems bzw. mit den Autoritäten, die diese Outputs produzieren – sie ist nach Easton das wichtigste Element der *spezifischen Unterstützung* (*specific support*). Sie besitzt einen konkret fassbaren Bezugspunkt auf der Strukturebene des politischen Systems der entsprechenden politischen Einstellungen in der Realität und ist oft auf die politischen Herrschaftsträger bezogen (Wahrnehmung der Performanz der politischen Herrschaftsträger und der Zufriedenheit der Bürger mit den Leistungen dieser). Davon zu unterscheiden ist die *diffuse Unterstützung* (*diffuse support*), d.h. eine Zustimmung zu den Objekten „als solchen“ (vgl. Fuchs 1989). Das Objekt wird nicht unterstützt, weil es bestimmte Leistungen erbringt, sondern um „seiner selbst willen“.

Damit schließt sich fast unweigerlich eine Debatte an: die Diskussion der *Begrifflichkeit von Politikverdrossenheit*, welche bislang von einer gewissen Beliebigkeit der Verwendung und Unpräzision des Begriffes sowie Verkürzungen seiner Verwendung getragen wird. Hier ist eine breitere, aber doch klarer geordnete Perspektive, welche empirisch eindeutig unterschiedliche Bereiche der Politikverdrossenheit festlegt, für eine konkrete Analyse des in der gesellschaftlichen Wirklichkeit auftretenden Phänomens (Politikverdrossenheit) unerlässlich. Dabei ist der Gedanke eines analytisch mehrdimensionalen Begriffes von Politikverdrossenheit der Verwendung einer eindimensionalen Pauschalverwendung von „Politikverdrossenheit“ vorzuziehen.

Zur Erklärung der West-Ost-Unterschiede in der Politikverdrossenheit ist eine theoretische Erweiterung und Konkretisierung des Einsatzes von Elementen des Politischen-Kultur-Konzeptes notwendig. Unterschiede in den politischen Überzeugungen in West- und Ostdeutschland (und zwischen den zwei politischen Kulturen dort) erfordern zusätzliche Annahmen über die Gründe für solche Differenzen. Klassische Aspekte der vergleichenden politischen Kulturforschung betonen hierfür sozialisatorisch bedingte Rückbindungen an die Werte des vorangegangenen (autoritären) Systems. In jüngeren Debatten der Transformationsforschung wird diesem Konzept der Gedanke eines stärkeren Einflusses situativer Komponenten im Umfeld des Umbruchs- und Transformationsprozesses entgegengestellt (vgl. Fuchs 1999; Pollack 2000, 2001).

Zwischen den beiden Polen, einer Erklärung anhand von Merkmalen des Umfeldes (Situationshypothese) und anhand in der frühen Sozialisation erworbenen Werten (Sozialisationshypothese), existieren noch mehrere Varianten der Erklärung von Einstellungsunterschieden zwischen West- und Ostdeutschland, die Argumente beider Kontrastpositionen integrieren

(vgl. Pickel 1998; Pollack/Pickel 1998). Genannt seien hier nur die für die Thematik adaptierte These der relativen Deprivation und die Identitätshypothese. Setzt die erste auf eine ungünstigere Bewertung des demokratischen Systems aufgrund einer subjektiven Einschätzung der eigenen Position als relational schlechter gegenüber der Bezugsgruppe der Westdeutschen, so versucht die Identitätshypothese Folgeerscheinungen des Umbruchsprozesses selbst in die Ursachenanalyse der politischen Einstellungen der ostdeutschen Bürger einzubeziehen. Diese beiden Variablen können nun als Ausgangspunkt für den West-Ost-Vergleich verwendet werden.

Abbildung 2: Erklärungsansätze der Demokratiebewertung in Ostdeutschland

Situationshypothese	Relative Deprivation	Identitätshypothese	Sozialisationshypothese
<p>Individualdifferente Unterschiede</p> <p>Generelle sozialstrukturelle und situative Unterschiede bedingen Differenzen in politischen Einstellungen. (teilweise unproblematisch, da individuelle Unterschiede eine gewisse Normalität besitzen)</p> <p>Ökonomische Unterschiede:</p> <p>Ökonomische Ungleichheiten sind der zentrale Faktor für Unterschiede in den Einstellungen</p>	<p>Aufgrund des Vergleichs mit der Situation in Westdeutschland steigert sich in Ostdeutschland das Gefühl relativer Benachteiligung und führt zu ungünstigeren politischen Beurteilungen. Manifeste Ungleichheiten, geringer Abbau der Ungleichheiten und subjektive Wahrnehmungen prägen den Prozess.</p>	<p>Erfahrungen aus Transformationsfolgen verbinden sich mit dem Gefühl mangelnder Anerkennung und Abwertung durch Westbürger und bedingen politische Einstellungen. Es erfolgt die Herausbildung einer eigenen Identität, die im Gegensatz zur westdeutschen Identität steht.</p>	<p>Wertorientierungen, die in der Zeit der DDR gewonnen wurden bedingen die Differenzen in den politischen Einstellungen. (Die Sozialisation kann dabei auch über die Eltern vermittelt werden).</p>

Zuordnungen von Indikatoren zu Erklärungshypothesen

<i>Ökonomische Lage Beurteilung der ökonomischen Lage</i>	<i>Fühlt sich in Relation zu anderen (Westdeutschen) als ungerecht behandelt</i>	<i>Identität und Beurteilung der Vereinigungsfolgen Bürger 2. Klasse</i>	<i>Idee des Sozialismus Bewertung Sozialismus im real existierendem Sinne</i>
---	--	--	---

Quelle: Eigene Zusammenstellung (vgl. Pickel 2002: 57).

3. Spuren der Politikverdrossenheit

Kommen wir zu den empirischen Betrachtungen und machen wir eine Bestandsaufnahme der Situation der politischen Einstellungen in West- und Ostdeutschland, auf die sich das Phäno-

men Politikverdrossenheit beziehen könnte.⁴ Beginnen wir dabei in Tabelle 1 mit allgemeinen politischen Einstellungen sowie Wahrnehmungen der jungen Bürger darüber, wie sie ihre Einflussmöglichkeiten auf das politische System sehen.

Tabelle 1: Unterschiede und Ähnlichkeiten politischer Einstellungen zwischen West- und Ostdeutschland sowie Jugend und Gesamtbevölkerung (in %)

	WD Gesamt	WD 18-23	Differenz West	OD Gesamt	OD 18-23	Differenz Ost
Allgemeine politische Einstellungen						
„Politik ist zu komplex für mich“ 1998	43	45	-2*	47	54	-7*
Politisches Interesse 2002	75/34	62/27	-13/-7	70/29	64/25	-6/-4
2000	69/29	57/23	-12/-6	63/22	53/11	-10/-11
1994	71/27	65/25	-6/-2	68/27	65/26	-3/-1
Wichtigkeit des Lebensbereichs Politik 2000 (1991/92)	42 (56)	34 (61)	-8 (+5)	31 (45)	23 (46)	-8 (+1)
Politische Einflussnahme						
„Habe keinen Einfluss auf die Regierung“	64	54	+10*	77	70	+7*
„Engagiere mich nur, wenn eine Wirkung abzusehen ist“	71	67	+4*	71	70	+1*
„In Deutschland gibt es nicht zu viele, sondern zu wenige, die politisch aktiv sind“	43	52	+9	64	57	-7

Quelle: Eigene Zusammenstellung auf Basis verschiedener Daten; * aufgrund Aussagerichtung gedreht; Befragtenzahlen in Westdeutschland durchweg n > 1500; Ostdeutschland n > 550; Datenquellen Allbus-Serie 1991-2000; Sozialer und kultureller Wandel in Ostdeutschland 1998; Deutsche Wahlstudie 1998; Politisches Interesse 5er-Skala: erster Wert mittleres bis sehr starkes, zweiter Wert sehr starkes und starkes Interesse.

Tabelle 1 zeigt recht eindrucksvoll, dass die jungen Bürger in West- und in Ostdeutschland zwar ein geringeres Politikinteresse als ihre älteren Mitbürger aufweisen, aber gleichzeitig eine höhere Bereitschaft zu politischer Aktivität zu erkennen geben. Generell besteht kein vollständiger Rückzug aus der Politik, allerdings ist die Intensität der Beschäftigung mit Politik eher gering. Nur knapp ein Drittel bis ein Viertel der befragten Bürger in beiden Landesteilen bekundete ein hohes Politikinteresse. Die Unterschiede sind 2002 beim politischen Interesse zwar etwas ungünstiger als noch acht Jahre davor, deuten aber eher auf einen relativ konsistenten Unterschied (= ist eine Tatsache/ Unterscheidung = in gewissem Sinne eine Tätigkeit) zwischen den noch jungen Staatsbürgern und den Erwachsenen hin. Dieses etwas größere Desinteresse der jungen Bürger an Politik spiegelt weniger eine spezielle Politikverdrossenheit als ein langsames Herantasten an Politik wider. Bemerkenswert ist, dass zwischen den neuen und den alten Bundesländern nur geringfügige Differenzen zwischen den jungen Bürgern und der Gesamtbevölkerung bestehen.

4 Dabei wird auf eine Strukturierung der politischen Einstellungen zurückgegriffen, wie sie in Pickel (2002: 90) anhand von Dimensionsanalysen ermittelt wurde. Sie unterscheidet zwischen allgemeinen politischen Einstellungen, der Einschätzung politischer Einflussnahme, Beurteilung der Parteien und Politiker, Beurteilung der Ebene des politischen Regimes und der Haltung zur politischen Gemeinschaft.

Ein wenig anders sieht es bei den Möglichkeiten, sich selbst in die Politik einzubringen, aus. Gerade einmal drei von zehn ostdeutschen Bürgern sehen eine solche Chance im deutschen politischen System als gegeben an. In Westdeutschland ist das Verhältnis etwas günstiger, was sich auch bei den 18- bis 23-Jährigen zeigt, wo nur 54 % in Westdeutschland gegenüber 70 % in Ostdeutschland keinen eigenen Einfluss auf die Regierungen sehen. Dieser Befund wird dann bedenklich, wenn man zur Kenntnis nimmt, dass über die Hälfte der gleichen Gruppe in Ostdeutschland und nicht unwesentlich weniger in Westdeutschland eigentlich ein Mehr an politischer Aktivität einfordern. Hier kommt es möglicherweise zu einer Diskrepanz zwischen Wunsch und Wahrnehmung, die sich nicht unbedingt günstig auf die Beurteilung des aktuellen politischen Systems niederschlagen dürfte.

Bemerkenswert ist aber auch, dass die jungen Bürger nicht unbedingt wesentlich von den Einstellungsmustern ihrer älteren Mitbürger abweichen. Vielmehr ist es so, dass wenn schon Unterschiede festzustellen sind, diese eher zwischen den beiden Landesteilen als zwischen den Alterskohorten verlaufen. Damit wird ein erster Hinweis auf die vielleicht doch nur begrenzte Tragfähigkeit der Sozialisationshypothese für die politischen Einstellungen gegeben, denn nach dieser wären doch zumindest 2002 eine etwas stärkere Anpassung der politischen Einstellungen der jungen ostdeutschen Bürger zu erwarten gewesen, da diese ihre politische Sozialisation mittlerweile bereits zu großen Teilen im neuen System erfahren haben.

Noch deutlicher wird die nur begrenzte Tragfähigkeit der Sozialisationshypothese in Tabelle 3, wo nun die Ausflüsse der politischen Unzufriedenheit einfließen. Bereits auf den ersten Blick wird klar, dass die generelle Beurteilung von Politik und Politikern eher schlecht ausfällt. Die gewählten Volksvertreter werden als korrupt und nicht am Gemeinwohl aber an der Steigerung ihrer finanziellen Mittel interessiert angesehen. Die andauernden Anhebungen der eigenen Diäten durch die Politiker scheinen dies in den Augen der Bevölkerung nur allzu gut zu belegen – sie lassen den Staat als Selbstbedienungsladen erscheinen. Diese Meinung hat sich in den letzten Jahren in der deutschen Bevölkerung eher verstärkt als abgeschwächt. So nahm die Zahl der Personen, welche Parteien und Politiker generell als korrupt ansahen, nach einer Studie des INRA-Institutes (vgl. INRA 2000) von 1994 auf 1998 in Westdeutschland um zehn Prozentpunkte von 30 % auf 40 % zu, in Ostdeutschland von 26 % auf 30 %. Ein weiteres Drittel der Befragten antwortete mit der schwer zu interpretierenden Kategorie „teils/teils“, was ebenfalls nicht unbedingt als Vertrauensbeweis für die „Policy-Maker“ in der Bundesrepublik zu rechnen ist. Umgekehrt hielten gerade knapp ein Drittel der West- und Ostdeutschen „Politiker für vertrauenswürdige und ehrliche Menschen“ (1994: 29 % West,

27 % Ost; 1998: 32 % West, 28 % Ost). Um ihre Interessen durchzusetzen, schrecken Politiker nach Ansicht vieler Bürger vor nichts zurück (vgl. Pickel 2002: 120-127).

In die gleiche Richtung gehen Ergebnisse für die neuen Bundesländer. Zwei Drittel der Befragten dort halten Politiker für korrupt und auch nicht unbedingt für notwendig. Sie lehnen die Aussage „Ohne Berufspolitiker würde es unserem Land schlechter gehen“ zu fast 70 % ab. Fast drei Viertel meinen, dass der Staat von den Parteien oft als Eigentum behandelt wird und vier von fünf schenken Politikern „kein“ bis „gar kein“ Vertrauen. Außerdem kommen sechs von zehn der Befragten zum Schluss, dass Parteien eine zu große Rolle in der Gesellschaft zugewiesen wird.

Tabelle 2: Unterschiede und Ähnlichkeiten politischer Einstellungen zwischen West- und Ostdeutschland sowie Jugend und Gesamtbevölkerung (in %)

<i>Sicht auf Politiker und Parteien (Politiker- und Parteienverdrossenheit)</i>	<i>WD Gesamt</i>	<i>WD 18-23</i>	<i>Differenz West</i>	<i>OD Gesamt</i>	<i>OD 18-23</i>	<i>Differenz Ost</i>
Politikerverdrossenheit						
Politiker sind uninteressiert an Leuten	80	68	+12*	87	76	+11*
Politiker kümmern sich nicht um meine Gedanken	70	70	0*	82	83	-1*
„Politiker vertreten Interessen der Bevölkerung“	43	34	-9	24	24	0
Die meisten Politiker sind korrupt	43	52	-9*	64	57	+7*
Politiker als Opfer						
Ohne Berufspolitiker würde es unserem Land schlechter gehen	60	56	-4	36	45	+9
Aufgrund der Art und Weise, wie Regierungen arbeiten, können selbst die besten Politiker nicht viel bewirken	52	46	-6	64	53	-11*
Parteienverdrossenheit						
Vertrauen in Parteien	29	32	+3	29	30	-2
Parteien sehen den Staat als ihr Eigentum an und behandeln ihn wie einen Selbstbedienungsladen	64	56	+8*	73	67	+6*
Parteien üben in der Gesellschaft einen zu hohen Einfluss aus	58	32	+26*	62	49	+13*

Quelle: Eigene Zusammenstellung auf Basis verschiedener Daten; * aufgrund Aussagerichtung gedreht; Befragtenzahlen in Westdeutschland durchweg n > 1500; Ostdeutschland n > 550; Datenquellen Allbus-Serie 1991-2000, Sozialer und kultureller Wandel in Ostdeutschland 1998; Deutsche Wahlstudie 1998; PCE 2000 + 2002; Politisches Interesse 5er-Skala: erster Wert mittleres bis sehr starkes, zweiter Wert sehr starkes und starkes Interesse.

Man ist sich in den alten und den neuen Bundesländern der Bundesrepublik einig, Politiker betrügen die Bevölkerung und sind auf ihren Eigennutz, nicht unbedingt auf das Gemeinwohl orientiert. Aus Sicht der Regierten ist dieses Verhalten aus der Nichteinlösung der vielen gegebenen Wahlversprechen abzulesen. Der Berufspolitiker ist demnach ein durchweg unangenehmes Wesen, dem generell auch kein besonders hohes Vertrauen zu schenken ist. Es wird

dem einzelnen Abgeordneten persönlich zwar zugestanden, dass er überwiegend ein Gefangener des Systems ist und sowieso kaum etwas verändern kann und dass man Berufspolitiker wohl auch „irgendwie“ benötigt. Dies rettet die Politiker aber nicht vor der dargestellten ungünstigen Globalverurteilung.

Die Konsequenz ist die generelle Abwertung politischen Handelns im Rahmen des konventionellen politischen Systems. Ein solches Denken färbt auf die Beurteilung von Politik als Ganzem ab. *Politik ist wohl ein eher schmutziges Geschäft*, in dem der einzelne Entscheidungsträger letztendlich immer vom Lauf der Dinge in dunkle Machenschaften „hineingezogen“ wird. Diese negative Sicht auf Politik resultiert allem Anschein zufolge hauptsächlich aus einer ungünstigen Bewertung ihrer (personellen) Repräsentanten. Mit der persönlichen Einschätzung der Vertretung eigener Interessen durch Politiker und Parteien erfolgt nun eine Bewertung der Effektivität des Repräsentationsprinzips moderner Demokratien. Die Repräsentanz der Bevölkerungsinteressen durch die Politiker ist in den Augen der meisten Staatsbürger – wie fast schon nicht anders zu erwarten – eher negativ. Bereits weit vor der Wahrnehmung konkreter politischer Großskandale (wie z.B. der Spendenaffäre in der CDU) wurde der „Kaste der Politiker“ kein besonders hohes Vertrauen geschenkt. Immer wieder in den Medien auftauchende kleinere und größere politische Skandale und Ungereimtheiten des Verhaltens von verschiedenen Politikern haben das Vertrauen der Bürger mittlerweile so stark erschüttert, dass man generell kaum noch eine hohe moralische Verantwortung bei den Politikern erwartet.

Interessant ist nun, dass die jungen Bürger, anders noch als beim politischen Interesse, noch ein positiveres Bild von Parteien und der Gemeinwohlorientierung der Politiker zu besitzen scheinen. Die jungen Staatsbürger sind in der Regel noch nicht so stark von den politischen Autoritäten frustriert und desillusioniert wie ihre älteren Mitbürger. Selbst wenn die Ergebnisse teilweise uneinheitlich sind, scheint sich ein spezifisches Politikdesinteresse gerade der jungen Bürger an dieser Stelle in vielen Punkten in das Gegenteil zu wenden. Was wieder aufzufinden ist, ist die größere Distanz der Bürger der neuen Bundesländer gegenüber den Politikern und Parteien des deutschen politischen Systems.

Weit substantieller für eine Demokratie ist natürlich die Stellung zum demokratischen System selbst. Dass es sich bei den bisherigen Bekundungen nicht um eine generelle Ablehnung der Demokratie und ihrer zentralen Institutionen handelt, sondern wohl eher um eine spezifische Unzufriedenheit mit den als relativ diffuser Personengruppe wahrgenommenen Akteuren und den Möglichkeiten des eigenen Inputs veranschaulicht die Gegenüberstellung verschiedener Fragen nach der Beurteilung der Demokratie. Trennt man diese Beurteilung analog zu den

theoretischen Überlegungen von Fuchs (vgl. Fuchs 1996: 7-10; Westle 1989), in die drei Ebenen: die Demokratieperformanz (Erscheinungsbild der Funktionsweise der Demokratie), die Demokratieform (Demokratie als die „angemessenste Regierungsform“) und die Demokratieidee (abstrakte Idee der Demokratie), so lässt sich eine deutliche Abstufung der Demokratiebeurteilung erkennen.

Während die Idee der Demokratie und die Demokratie als generelle Staats- und Regierungsform hohe Zustimmung in Ost- und Westdeutschland finden, wird das aktuelle Erscheinungsbild der Demokratie erheblich kritischer bewertet. Im Bevölkerungsdurchschnitt liegen die positiven Werte zur Demokratieperformanz um 30-40 %-Punkte hinter Resultaten der Bewertung der Werte- und Strukturebene der Demokratie zurück (vgl. Fuchs 1996: 9; Pickel 2002: 152). Die aktuelle Performanz der Demokratie ist also keinesfalls mit demokratischer Legitimität zu verwechseln, sie reflektiert überwiegend die Beurteilung der Leistungsfähigkeit des aktuellen politischen Systems. Die Idee der Demokratie und – mit Abstrichen – die Einschätzung der Demokratie als geeignetster Regierungsform scheinen eher die Legitimität der Demokratie (vgl. Lipset 1981) widerzuspiegeln.

Tabelle 3: Zustimmung zu den Ebenen der Demokratie nach dem Alter (in %)

	<i>Demokratieidee</i>		<i>Demokratie als Regierungsform</i>		<i>Demokratieperformanz</i>	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
18-23 Jahre	91	83	91	74	55	35
24-29 Jahre	91	87	89	78	60	38
30-35 Jahre	96	86	95	79	65	40
36-50 Jahre	96	86	94	75	65	41
51-65 Jahre	97	92	95	82	73	57
66+ Jahre	97	95	95	81	69	60
Gesamtbevölkerung	96	89	94	78	66	48
N=	1061	1042	1054	1031	1064	1049

Quelle: Eigene Berechnungen; Basis: Sozialer und kultureller Wandel in Ostdeutschland (SoKuWa) 1998; Antwortkategorien: sehr und eher zutreffend in %.

Die positive Bewertung der *Idee der Demokratie* und ihre strukturierte Umsetzung findet ausnahmslos in allen Altersgruppen eine überwältigende Zustimmung. Einzig die 18- bis 23-Jährigen liegen 1998 in der Beurteilung ein wenig unter dem Bevölkerungsschnitt. Aber auch in dieser Gruppe unterstützt eine deutliche Mehrheit die Idee der Demokratie. Davon abgesehen bestehen kaum altersspezifische Unterschiede. Es herrscht in Ost- und Westdeutschland eine grundsätzliche, generationenübergreifende Akzeptanz der Demokratie als Idee.

Ein wenig anders ist dies bei der Beurteilung der Demokratie als „die beste bzw. angemessenste Regierungsform“. Dort sind Unterschiede zwischen den alten und neuen Bundeslän-

dern festzustellen. Sie sind allerdings nicht an Generationen gebunden, sondern bleiben für alle in Tabelle 3 betrachteten Altersgruppen stabil. Wieder zeigt sich, dass die Unterschiede eher zwischen den neuen und den alten Bundesländern verlaufen als zwischen den Generationen. Zudem wird deutlich, dass in keinem Fall von einer übergreifenden systemgefährdenden Politikverdrossenheit der Jugend gesprochen werden kann. Allerdings stehen gerade die jungen Bürger der Leistungsfähigkeit der aktuellen Demokratie skeptischer gegenüber als ihre älteren Mitbürger. Insbesondere die jungen Ostdeutschen scheinen ein hohes Ausmaß an Unzufriedenheit gegenüber der Performanz der Demokratie zu besitzen.

Die hohe Zustimmung zu Idee und Struktur der Demokratie bei den jungen Bürgern in West- wie in Ostdeutschland bestätigen Ergebnisse zu zentralen Rechten, die mit einer Demokratie verbunden sein sollten (vgl. Gille u.a. 2000: 220ff). Demonstrations- und Meinungsfreiheit, Oppositionsrecht und, mit Einschränkungen, Kompromissbereitschaft werden von der klaren Mehrheit der Jugendlichen und jungen Erwachsenen (16-29 Jahre) in starkem Umfang befürwortet. Ergebnisse von Gabriel (2000: 198) verweisen auch für die Gesamtbevölkerung auf eine deutliche Zustimmung zu den Prinzipien der Demokratie und auf eine große Übereinstimmung zwischen West- und Ostdeutschland im Bezug auf freie Meinungsäußerung und die Legitimität einer politischen Opposition. Der *Demokratie* an sich wird also seitens der Jugendlichen und jungen Erwachsenen wie der Gesamtbevölkerung keine Abneigung entgegengebracht, sie *ist als Grundvorstellung der politischen Ordnung akzeptiert*. Dem Ideal der Demokratie steht somit auf den ersten Blick kein geeignetes Konkurrenzmodell gegenüber.

Eine globale Übersicht (Tabelle 4) zeigt vor allem erhebliche Ost-West-Unterschiede in der Beurteilung der Demokratieperformanz – also in der Beurteilung, wie die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland arbeitet und funktioniert. Die ostdeutschen Bürger liegen seit 1990 immer mit über 20 Prozentpunkten hinter den positiven Äußerungen der westdeutschen Bürger zurück. In den meisten Untersuchungen ist der Anteil der positiven Bewertung durch die Ostdeutschen mit ca. 40 % geringer als der Anteil der Skeptiker der aktuellen deutschen Demokratie (ca. 60 %). Gerade bei den jungen Bürgern fällt dabei die Skepsis überdurchschnittlich hoch aus.

Diese Bewertungen der Fragen nach Demokratie werden teilweise durch einen weiteren Indikator, dem Vertrauen in den Bundestag bestätigt. Diese wichtigste legislative Institution des politischen Systems der Bundesrepublik kann auch nur bei der Hälfte der deutschen Staatsbürger auf Vertrauen hoffen. Neben den üblichen Unterschieden zwischen den Bürgern der neuen und der alten Bundesländer fallen die Differenzen zwischen Jung und Alt diesmal nur gering aus. Beachtlich ist das über alle Altersgruppen sowie West- und Ost hinweg gleich

hohe Vertrauen in das Bundesverfassungsgericht. Dies bedeutet nichts anderes, als dass nicht so stark in die Tagespolitik involvierte Institutionen der Demokratie sehr wohl mit einer allgemeiner politischer Unterstützung (vgl. Easton 1975) rechnen können.

Tabelle 4: Unterschiede und Ähnlichkeiten politischer Einstellungen zwischen West- und Ostdeutschland sowie Jugend und Gesamtbevölkerung (in %)

		WD Gesamt	WD 18-23	Differenz West	OD Gesamt	OD 18-23	Differenz Ost
Beurteilung der politischen Gemeinschaft							
Nationalstolz	1998	69	53	-16	70	68	-2
	(1992)	(63)	(44)	(-19)	(65)	(60)	(-5)
„Idee der Demokratie ist immer gut“	1998	96	91	-5	89	83	-6
Beurteilung der Regimeebene							
„Demokratie ist die angemessenste Regierungsform“	1998	94	91	-3	78	74	-4
„Ich bin mit der Demokratie, wie sie in der Bundesrepublik besteht, zufrieden“		66	55	-11	48	35	-13
Vertrauen in das Bundesverfassungsgericht	1998	80	81	+1	71	81	+10
Vertrauen in den Bundestag	1998	55	47	-8	46	48	+2

Quelle: Eigene Zusammenstellung auf Basis verschiedener Daten; * aufgrund Aussagerichtung gedreht; Befragtenzahlen in Westdeutschland durchweg n > 1500, Ostdeutschland n > 550; Datenquellen Allbus-Serie 1991-2000; Sozialer und kultureller Wandel in Ostdeutschland 1998; Deutsche Wahlstudie 1998; Politisches Interesse 5er-Skala: erster Wert mittleres bis sehr starkes, zweiter Wert sehr starkes und starkes Interesse.

Bleibt noch als letztes die Einstellung zur politischen Gemeinschaft. Hier zeigt sich in West- und Ostdeutschland ein sehr unterschiedliches Bild. Existiert in den alten Bundesländern eine deutliche Diskrepanz zwischen Jung und Alt – in dem Sinne, dass die jüngeren Bürger weit seltener bekennen stolz auf ihre Nation zu sein – so finden sich in Ostdeutschland keinerlei Unterschiede, jedoch ein höheres Niveau in der Zustimmung zum Nationalstolz. Führt der Umgang mit der Vergangenheit in den alten Bundesländern vor allem bei jungen Bürgern zu einer distanziert, abwägenden Haltung gegenüber dem Begriff der Nation, scheinen solche Berührungspunkte in den neuen Bundesländern nicht weiter gegeben zu sein.

4. Exkurs: Das Gefühl der Wirksamkeit politischen Engagements

Eine zentrale Frage lautet immer wieder: Wie ist es nun möglich, Jugendliche und junge Erwachsene für eine politische Mitarbeit zu begeistern? An der Bereitschaft zur politischen Teilhabe scheint es zumindest nicht zu liegen, waren doch zwei Drittel der jungen Bürger der

Meinung, man müsste politisch aktiver sein. Allerdings sehen nur maximal 38 % der Befragten überhaupt eine Möglichkeit selbst politisch aktiv zu werden, und ca. zwei Drittel von ihnen konstatieren für sich „keinen Einfluss auf die Regierung“ zu besitzen. Die Chance, etwas in der Politik bewegen zu können, wird demnach in der deutschen Gesellschaft als sehr begrenzt angesehen (vgl. Maier 2000: 43-44). Dabei sind es gar nicht einmal die jungen Bürger, welche die größten Zweifel an der Wirksamkeit ihres politischen Einsatzes besitzen. Eher ältere Staatsbürger – zumindest in den neuen Bundesländern – scheinen mit dem Lauf der Zeit durch das politische Geschehen desillusioniert worden zu sein.

Tabelle 5: Politische Aktivitätsbereitschaft und Wirksamkeit im Altersvergleich 1998

	<i>Kann politisch aktiv werden</i>		<i>Nur Engagement bei Wirkung</i>		<i>Habe keinen Einfluss auf die Regierung</i>	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
16-17 Jahre*					80 (75)	74 (81)
18-23 Jahre*					63 (69)	70 (76)
24-29 Jahre*					65 (68)	76 (78)
18-23 Jahre	22	21	67	70	54	70
24-29 Jahre	21	25	75	64	61	70
30-35 Jahre	38	19	69	80	60	73
36-50 Jahre	37	24	70	70	62	76
51-65 Jahre	35	17	73	75	63	83
66+ Jahre	21	9	70	68	74	82
Gesamtbevölkerung	32	19	71	71	64	77
N=	2474	565	2486	570	2553	593

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis Allbus 1998; 4-Punkte Skala in % der zustimmenden Werte (1+2); * = Ergebnisse DJI-Jugendsurvey 1997 (1992), 4-6 auf einer 6-Punkte Skala bei Frage „Leute wie ich besitzen so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.“

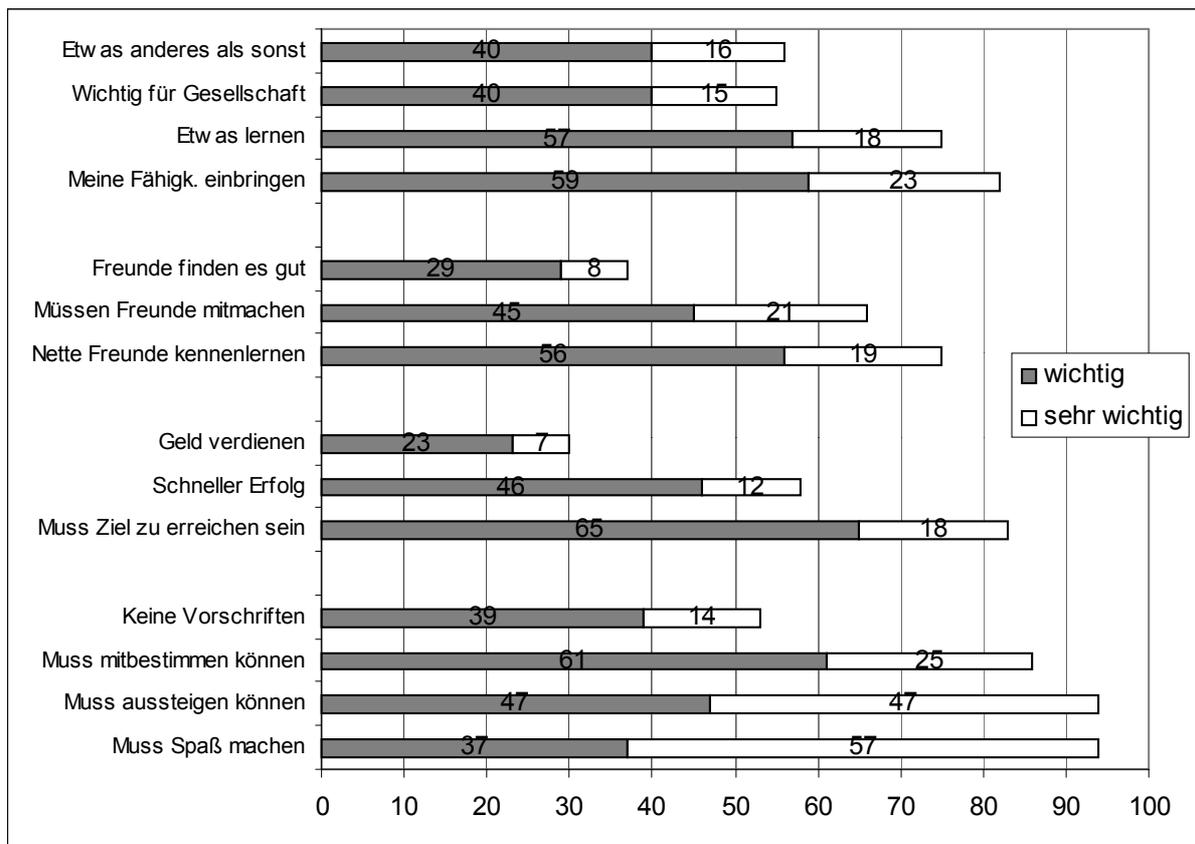
Dennoch denken gerade die westdeutschen Bürger zwischen 30 und 65 Jahren sie könnten politisch aktiv werden. Mehr noch als ihre westdeutschen Mitbürger sehen die Ostdeutschen geringe Möglichkeiten, ihre politischen Wünsche umzusetzen. Dies bleibt nicht folgenlos für die eigene Bereitschaft sich politisch zu engagieren, sehen sie doch die Möglichkeiten ihres aktiven Inputs als begrenzt an (vgl. Gille u.a. 2000: 240-241) und empfinden folglich entsprechende Bemühungen eher als nutzlos. Dass es sich deutlicher um eine Verdrossenheit mit der Wirksamkeit der eigenen Aktivitäten handelt, als um eine generelle Involvierungsverdrossenheit, zeigt eine Frage nach den Bedingungen für politisches Engagement. 70 % der Staatsbürger, und dies schließt die jungen Erwachsenen mit ein, sehen ein politisches Engagement nur bei einer sichtbaren Wirksamkeit als sinnvoll an.

In der Zusammenführung dieser Bedingung mit der Beurteilung der eigenen Wirksamkeit wird ein maßgeblicher Faktor politischer Verdrossenheit erkennbar – die *Blockade des bür-*

gerlichen Engagements durch das bestehende politische System. Die Bürger sehen das aktuelle politische System als nicht mehr in der Lage, den für eine Demokratie notwendigen Transfer zwischen der Gesellschaft und dem politischen System offen zu halten.

Diese Begründung „politischer Apathie“ oder Distanz zum politischen Geschehen durch die Überzeugung mangelnder Effektivität eines eigenen politischen Einsatzes ist gerade bei den jungen Staatsbürgern mit Daten der Shell-Jugendstudie 1997 gut zu belegen. Fischer/Münchmeier (1997: 324-326) identifizierten anhand einer umfangreichen Skala einige Hintergründe des politischen Engagements Jugendlicher, welche sie in „nutzenorientiertes Engagement“ und „zielorientiertes Engagement“ unterteilen. Jugendliche und junge Erwachsene sind demnach beileibe nicht inaktiv und desinteressiert an Politik, sondern hadern mit bestimmten Anforderungen an ihr politisches Engagement und Folgeerscheinungen dieser Aktivitäten. Sie sind unter bestimmten Bedingungen – Spaß, zeitliche Begrenztheit der Einbindung, sichtbaren Erfolg der Bemühungen, soziale Integration in ein Team – sogar in großem Umfang bereit, sich zu engagieren.

Abbildung 3: Gründe für Engagement bei 12- bis 24-Jährigen



Quelle: Eigene Berechnungen, Angaben beziehen sich auf die Kategorie trifft zu/trifft sehr zu; in %; Angaben: Shell Jugendstudie 1997.

Einerseits will man sich nicht auf ewig an eine Organisation binden und für das teilweise nicht absehbare zukünftige Leben (in seiner Flexibilität der Gestaltung dieses Lebens) von dieser Bindung beeinträchtigt werden. Andererseits müssen auch ein sichtbarer Erfolg des Engagements – der zudem in einer begrenzten, überschaubaren Zeit erreicht werden sollte – und eine soziale Einbindung in eine Gemeinschaft mit gleichen Zielen und Interessen vorhanden sein. Innerhalb des so formulierten Rahmens ist man dann gerne bereit, seine Fähigkeiten einzubringen. Oft übersehen wird dabei der Aspekt, dass ein solches Engagement auch nicht ganz uneigennützig geschieht. Viele der Jugendlichen und jungen Erwachsenen bekennen nicht umsonst, dass sie auch etwas für die Zukunft lernen wollen.

Dieses Engagement sehen sie am besten bei Organisationen verwirklicht, die sie entweder nicht als „politisch“ identifizieren, wie z.B. Greenpeace, Amnesty International, oder bei denen gerade die nutzenorientierten Aspekte des Engagements in einer überblickbaren Zeitspanne Erfolg versprechen. Verschiedene Komponenten erweisen sich dabei als förderlich für den Erfolg einer Organisation auf diesem Sektor: Eine *internationale Einbindung der Organisation*, welche ein breiteres *Zusammengehörigkeitsgefühl* unterstützt; die *Zurechenbarkeit direkte Handlungsfolgen* des eigenen Wirkens, das *persönliche Erfolgserlebnisse* zulässt sowie ein zeitlich, räumlich und inhaltlich übersichtliches Einbringen seines eigenen Beitrags mit der Chance den Umfang des Engagements selbstständig variieren und ggf. auch dieses Engagement abbrechen zu können. Gerade die biographisch begründbare Notwendigkeit von Flexibilität – so ist es für junge Erwachsene aufgrund der verschiedenen Verselbständigungsprozesse fast unausweichlich, ihre begrenzten zeitlichen Ressourcen zumindest temporär auf andere Lebensbereiche lenken zu können – und die starke Blockade der traditionellen politischen Organisationen gegenüber Neuerungen stehen somit in einem Gegensatz zueinander.

Führt man die Ergebnisse zusammen, so wird deutlich: Von einer politischen Apathie der „deutschen Jugend“ kann nach ersten Betrachtungen der Indikatoren für politische Involvement nicht gesprochen werden. Zwar bestehen gegenüber den älteren Mitbürgern Rückstände im politischen Interesse, diese sind aber eher marginal. Eine besonders ausgeprägte Distanz zu Politik oder eine grundsätzliche Entfremdung von Politik scheint bei den Jugendlichen und jungen Erwachsenen in West- und Ostdeutschland nicht zu existieren. Allerdings besitzt der Lebensbereich Politik keine wirklich große Bedeutung für das Leben der Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Dies liegt nicht selten an der Antizipation eingeschränkter Möglichkeiten eigene politische Ziele umzusetzen und bei einem persönlichen Engagement einen erkennbaren Erfolg zu erzielen – also einer Involvementverdrossenheit. Gerade die Verbreitung einer solchen Sichtweise kann bei den Jugendlichen und jungen Erwachsenen als

Hemmnis für die Umsetzung eines vorhandenen politischen Interesses in politische Aktivitäten angesehen werden. Die institutionellen Hürden der traditionellen Politik erzeugen bei den jungen Bürgern somit eine große Distanz zur Auseinandersetzung mit Politik und bewirken einen erkennbaren Zusammenhang zwischen Involvierungsverdrossenheit und diffuser Politikverdrossenheit.

Ohne Hoffnung auf einen zumindest geringfügigen sichtbaren Erfolg ist es für die jungen wie für die älteren Staatsbürger eher uninteressant, Zeit und Arbeitskraft in politische Angelegenheiten zu investieren. Traditionelle politische Organisationen erscheinen ihnen von diesem Standpunkt aus als besonders ungeeignet, ihre eigenen Bemühungen darauf zu verwenden. Dies bedeutet nicht, dass man nicht gewillt ist politischen Einsatz zu leisten, sondern nur, dass dieser sich auf andere Organisationen und Tätigkeiten bezieht. Die Forderungen an die Rahmenbedingungen für politisches Engagement sind dabei in Ostdeutschland nicht unterschiedlich zu denen in Westdeutschland. Ostdeutsche Jugendliche sehen nur – und dies stärker als ihre westdeutschen Altersgenossen – die Möglichkeiten eines eigenen politischen „Inputs“ als eingeschränkt an. Daraus resultiert in den letzten Jahren eine negative Rückwirkung auf die Verteilung des politischen Wissens und des politischen Interesses. Es entwickeln sich derzeit langsam neue Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland, die kaum auf die politische Sozialisation in der ehemaligen DDR zurückzuführen sein dürften, sondern wohl eher aktuellen Entwicklungen in der Gesellschaft und der persönlichen Lebenssituation in Ostdeutschland geschuldet sind.

Die vorgestellten Befunde, welche stärker auf die „Input“-Seite vom Bürger zum politischen System ausgerichtet sind, beinhalten erste Hinweise auf Politikverdrossenheit und eventuelle Begründungen. Sie befinden sich anscheinend in einer engen Verbindung zur „Output“-Seite des politischen Systems und seiner Leistungsfähigkeit auf dem Sektor der politischen Repräsentation, die im folgenden Abschnitt im Mittelpunkt stehen werden.

5. Begründungen

Die Gründe für die in Kapitel 3 aufgezeigten Ergebnisse sind genauso vielfältiger Natur wie die Gründe für die Unterschiede in einigen politischen Einstellungen zwischen West- und Ostdeutschland. So lassen sich die Differenzen zwischen den neuen und den alten Bundesländern wohl vornehmlich durch situative Bedingungen (z.B. finanzielle Lage und wirtschaftliche Situation) und weniger durch Unterschiede in der Sozialisation erklären (vgl. Pickel 2002: 264-281), was nicht bedeutet, dass diese völlig irrelevant wären. Eine hier nicht präsentierte empirische Analyse zeigt auf, dass die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage (des Landes)

(positive Einschätzung 2000: Westdeutschland 37 %; Ostdeutschland 24 %) und die Vorstellung nicht den gerechten Anteil am Lebensstandard zu erhalten (29 % der Westdeutschen; 50 % der Ostdeutschen) die bedeutendsten Faktoren sind, um politische Einstellungsunterschiede zwischen West- und Ostdeutschland aufzuklären.

Die Differenzen zwischen West- und Ostdeutschland machen aber nicht den Kern der präsentierten Fragestellung aus. Dieser liegt in der Beantwortung der Frage, ob gerade Heranwachsende der Politik und ihren Trägern besonders skeptisch bzw. sogar ablehnend gegenüberstehen. Betrachtet man die präsentierten Ergebnisse, so muss man eine kritische Distanz zu den plakativen Äußerungen der Medien einnehmen. Es zeigt sich zwar in der Tat, dass Jugendliche und junge Erwachsene in der Bundesrepublik tendenziell etwas kritischer zu einzelnen Komponenten des politischen Systems stehen als ihre älteren Mitbürger, in der Regel aber sind die Bewertungen des politischen Systems und auch die Entwicklungstendenzen politischer Einstellungen bei jungen Staatsbürgern denen der Gesamtbevölkerung sehr ähnlich (vgl. Pickel 2002: 398). Abgesehen vom geringer ausgeprägten Stolz auf die Nation weichen die politischen Einstellungen der jungen Bürger oft nur marginal von dem Bevölkerungsdurchschnitt ab. Finden sich Differenzen zwischen Jung und Alt, so beziehen sich diese in der Regel nicht auf alle Dimensionen der politischen Orientierungen.

Unterschiede existieren z.B. im Ausmaß des politischen Interesses, welches auf die noch geringeren politischen Erfahrung der jungen Bürger zurückzuführen ist. Kleinere Unterschiede sind bei den Kennzahlen der politischen Unterstützung zu finden. Diese sind wohl überwiegend auf die in der „Jugend“ weiter verbreitete Bedeutungslosigkeit des Lebensbereichs Politik für die noch nicht oder nur eingeschränkt politisch entscheidungsberechtigten, jungen Bürger zurückzuführen. Man hat es hier wohl eher mit einem lebenszyklischen Unterschied und weniger mit einem generationsspezifischen Befund zu tun. In Bezug auf politische Überzeugungen ist das Verhältnis der positiven Bewertungen in der Bevölkerung für die Jugendlichen und jungen Erwachsenen sogar günstiger. So zeigen die jungen Bürger in beiden Gebieten Deutschlands eine höhere Bereitschaft sich in die Politik einzubringen als ältere Bürger.⁵

5 Entsprechende Einstellungen wirken sich auf die politische Partizipation der jungen Staatsbürger aus. Sie sind eher als ältere Bürger bereit, an politischen Aktionen jeglicher Couleur mehr oder weniger aktiv teilzunehmen. Die höhere Bereitschaft bezieht sich aber durchweg auf individuelle Formen der politischen Beteiligung und weniger auf die traditionelle Teilhabe an politischen Organisationen. Überhaupt sinkt die Bereitschaft zur konventionellen Partizipation (Wahlbeteiligung, Parteimitgliedschaften, Mitgliedschaften in Jugendorganisationen der Parteien) seit Jahren erheblich. Stattdessen nimmt die Bereitschaft zur Beteiligung an unkonventionellen, aber legalen Formen der politischen Teilhabe zu. Den etablierten Organisationsformen der Politik (Parteien und parteiliche Jugendorganisationen) steht man eher skeptisch gegenüber und sieht sie zudem kaum mehr als zeit- und jugendgerechte Arten der politischen Beteiligung an. Auch von den Vertretungsorganen der Jugend im öffentlichen Leben erwartet man nicht zu viel.

Für die größere Distanz der jungen Bürger zur traditionellen Politik sind insbesondere zwei Faktoren von Bedeutung: So bevorzugen (1) Jugendliche neue Formen der politischen Teilhabe und (2) die etablierte Politik hat sich von den jungen Bürgern entfernt. Wichtige Faktoren für eine stärkere Distanzierung der Jugendlichen und jungen Erwachsenen von (etablierter) Politik liegen in dem Wunsch nach größerer Flexibilität in der politischen Beteiligung. Dies ist weniger ein Produkt der „Spaßgesellschaft“, sondern eher ein Reflex auf ein strukturelles Problem. Junge Menschen besitzen aufgrund der großen Zahl an Anforderungen, die gerade in der Lebensphase zwischen 16 und 30 Jahren auf sie hereinbrechen (im Arbeitsleben, in der Partnerschaft und in der Gründung eines eigenen Hausstandes) nur selten die Sicherheit, ohne größere Probleme im Lebensmanagement dauerhafte politische Arbeit leisten zu können.

Da ist es nur natürlich, dass man sich *Ausstiegsoptionen* – und seien sie nur temporär – offen halten will. Diese Flexibilität soll am besten verbunden sein mit einer gewissen Selbstverwirklichung, aber auch einem klar definierten Ziel, welches in einer übersehbaren Zeit erreicht werden kann. Die zeitlich eingegrenzte Erfolgsorientierung dürfte auch ein entscheidender Grund dafür sein, dass Bürgerinitiativen und Organisationen wie Greenpeace oder Amnesty International im Vergleich zu klassischen politischen Interessenvertretungsorganen erheblich besser bewertet werden. Sie besitzen zudem den Vorteil, dass ihre Befürworter sie oft als „apolitische“ Organisationen wahrnehmen und ihr soziales Engagement höher bewertet wird. Diese und ähnliche „Non-Governmental-Organisations“ werden in Differenz zur „schmutzigen Politik“ gesehen. Allen mit Politikern und Parteien in Zusammenhang stehenden Organisationen dagegen wird relativ schnell ein zweifelhaftes Image zugewiesen. Man empfindet Politiker und Parteien als wenig vertrauenswürdig und Parteien des Weiteren als nur bedingt geeignet, politische Interessen umzusetzen. Damit setzt man sich nicht von den Erwachsenen der eigenen politischen Gemeinschaft (West- oder Ostdeutschland) ab. Bedenklich ist jedoch die Tatsache, dass die Politik auf keinen unbewussten Vertrauensvorschuss seitens der jungen Bürger setzen kann. Bedeutsam ist auch, dass die jungen Bürger traditionelle Politik und das Parteiensystem als verkrustet, undurchlässig und undurchsichtig bewerten. Daraus resultiert die Frage: Wer möchte schon Mitglied in einer Organisation sein, die ein solch negatives Image besitzt? Die Resistenz des Parteiensystems gegenüber Veränderungen von außen wird dabei vor allem auf die starke Verteidigungshaltung der Politiker hinsichtlich ihrer Positionen und eine Überbürokratisierung und Unzugänglichkeit des Parteiensystems zurückgeführt. Beurteilungen der Responsivität der Politik fallen entsprechend ungünstig aus.

Die jungen Erwachsenen befinden sich somit noch stärker als andere Mitglieder der Gesellschaft in einer Spannungsphase zwischen einer wachsenden Frustration durch politische Handlungsträger und einer Inflation biographischer Anforderungen, die den Bereich Politik in der täglichen Prioritätenliste immer weiter nach hinten verschieben. Zudem verlieren die jungen Bürger allem Anschein nach im Alterungsprozess immer häufiger die Überzeugung, dass sie die Chance besitzen, einen echten Einfluss auf das politische Geschehen zu erlangen. Diese Annahme eines solchen Einflusses ist aber ein zentraler Grund für politisches Engagement. Fazit: Die Jugend ist nicht besonders politikfeindlich. Von einer generellen Sonderentwicklung der Jugendgeneration oder gar Politikverdrossenheit als einem spezifischen Zustand der Jugend kann also nicht gesprochen werden. Die jungen Deutschen stehen zur Demokratie, sie stehen zum Staat, sie stehen zu den politischen Kerninstitutionen und sind sogar eher bereit politisch aktiv zu werden als fast jede andere Vergleichsgruppe. Dies bedeutet nicht, dass man die angesprochene Problematik als vergängliches Phänomen abtun kann und die etablierte Politik nicht reagieren muss. Es besteht allem Anschein nach bei den Bürgern eine Diskrepanz zwischen Wunsch und Wirklichkeit. Eine schlechte Bewertung des politischen Personals zusammen mit der Ansicht nur selten und dann in geringem Umfang mit seinen politischen Aktivitäten wirklich etwas erreichen zu können, führen zu einer nicht unwesentlichen Distanz gegenüber der traditionellen Politik, die sich auch auf der Verhaltensebene widerspiegelt.

6. Fazit

- 1) Es ist relativ eindeutig festzustellen, dass *Politikverdrossenheit ein multidimensionales Phänomen* ist. Es bestehen fünf Dimensionen von Politikverdrossenheit,⁶ die verschiedene Objekte des politischen Systems betreffen. Diese zeigen die höchst unterschiedlichen Verteilungen der gemessenen politischen Überzeugungen.
- 2) Im Überblick verschiedener Indikatoren der Politikverdrossenheit gesehen ist die *Jugend kaum politikverdrossener als der Rest der Bevölkerung*. Einzelne ungünstigere Werte in der Beurteilung verschiedener politischer Objekte werden in der Regel durch eine höhere Aktivitätsbereitschaft junger Bürger ausgeglichen. Trotz vereinzelt größerer Skepsis ist von einer allgemein „politikverdrossenen Jugend“ nicht zu sprechen. Eher schon könnte man von einer – nach bestimmten demokratietheoretischen Ansätzen sogar wünschens-

6 Unterscheidung zwischen allgemeinen politischen Einstellungen, der Einschätzung politischer Einflussnahme, Beurteilung der Parteien und Politiker, Beurteilung der Ebene des politischen Regimes und der Haltung zur politischen Gemeinschaft.

werten – skeptischeren oder misstrauischeren Jugend reden. Eine grundsätzliche Antisystemhaltung liegt allem Anschein nach bei den jungen Deutschen nicht vor.

- 3) Die *ostdeutsche Bevölkerung unterscheidet sich in ihren politischen Überzeugungen weit stärker von der westdeutschen Bevölkerung als junge Bürger von älteren Bürgern*. D.h. auch die ostdeutsche Jugend differiert von ihren Altersgenossen im Westen Deutschlands in kaum anderer Weise als die ostdeutsche von der westdeutschen Gesamtbevölkerung. Generationsspezifische Angleichungsprozesse in den politischen Einstellungen, ein immer wieder bemühtes Zukunftsszenario für Ost-West-Gegensätze, sind nur eingeschränkt zu erkennen. Zumindest zurzeit kann noch in mehreren Aspekten von zwei getrennten politischen Kulturen in West- und Ostdeutschland gesprochen werden. Dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass diese Unterschiede (1) oft aus den Rahmenbedingungen gut begründbar sind und (2) nicht auf alle politischen Einstellungen in gleicher Weise zutreffen.
- 4) Das vorangegangene Ergebnis geht einher mit der Feststellung einer *größeren Bedeutung von Aspekten der Situation gegenüber denen der Sozialisation* für die Ausprägung der wichtigsten politischen Überzeugungen. Dabei ist dieser Befund dahingehend zu präzisieren, dass die subjektive Bewertung der Umstände, vor allem im Vergleich mit anderen Subjekten, von entscheidender Bedeutung für die Ausprägung der Zufriedenheit oder Unzufriedenheit mit Politik und politischen Objekten ist. Aspekte der Sozialisation sind dann im Kontrast zu diesen Indikatoren oft nur von untergeordneter Bedeutung.
- 5) Bedeutsam ist eine grundlegende Präzisierung der Situationshypothese: Für den Einfluss der Situation auf politische Einstellungen ist die subjektive Verarbeitung der Situation von großer Relevanz. Die Situation selbst bewirkt oft nur eingeschränkt eine Variation der Verdrossenheit mit einzelnen Dimensionen der Politik. Entscheidend für die abgeleiteten politischen Überzeugungen sind vor allem Vergleiche mit anderen Bevölkerungsgruppen, wie sie z.B. im Konzept der *relativen Deprivation* angelegt sind. Sehen Bürger sich im Nachteil gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen, so sinkt ihre Unterstützung der politischen Institutionen und der Demokratie merklich ab, fühlen sie sich angemessen behandelt, steigen die positiven Äußerungen merklich an.
- 6) Dabei ist das kausal erklärende Ergebnis hinsichtlich seiner Zielobjekte zu differenzieren. Die Beurteilung der *Legitimität von Demokratie*, nach Gedanken der Politischen-Kultur-Theorie das zentrale Merkmal für das Überleben und die Stabilität einer Demokratie, *unterscheidet sich deutlich von der Zufriedenheit mit der aktuell erfahrenen Demokratie* – dies gilt genauso bei Jung und Alt sowie in West- und Ostdeutschland. Entsprechend ist

bei der Analyse der Demokratie nicht nur technisch auf den verwendeten Indikator zu achten, was übrigens auch für den Indikator Sozialismusidee gilt, sondern festzuhalten, dass sich Politikverdrossenheit hauptsächlich auf in den Politikprozess involvierte politische Institutionen bezieht, während die Legitimität des demokratischen Systems – die Wertschätzung der Demokratie als solcher – kaum betroffen ist.

- 7) Dies wird auch bei einer genaueren Betrachtung der Gründe für die Beurteilungen der Demokratie deutlich. *Rechtsstaatlichkeit, Gerechtigkeit und relative Deprivation* tragen maßgeblich zur Erklärung der Einschätzungen von Demokratie in Deutschland bei und sorgen entsprechend für Unterstützungsunterschiede zwischen West- und Ostdeutschland. So lassen sich die Differenzen in der Demokratielegitimität eher durch die Sichtweise der relativen Deprivation und Gerechtigkeitsempfindungen der Gegenwart als durch Indikatoren der Sozialisation erklären. Während hier aber noch verschiedene grundsätzliche Überzeugungen (zur Marktwirtschaft) hinzutreten, beruhen Unterschiede in der Demokratieperformanz fast ausschließlich auf ökonomischen Beurteilungen der Bürger – also rein situative Bewertungen. Eine oft angestellte Annahme, dass die Sozialisation im früheren System für Einstellungen und Handlungen verantwortlich sei, ist unter Berücksichtigung dieser Ergebnisse in Frage zu stellen.
- 8) Bedingen aber die subjektiv verarbeiteten Merkmale des Umfeldes die meisten politischen Überzeugungen und auch die Politikverdrossenheit, ist es sofort plausibel, dass sich die Jugendgeneration in Ostdeutschland in Bezug auf die politischen Überzeugungen nur sehr langsam an die Jugendgeneration in Westdeutschland annähert. Möglicherweise muss man von einem längeren Zeitraum als einer Generation ausgehen. Zudem ist festzuhalten, dass ein Hoffen auf eine *quasi automatische Angleichung zwischen West- und Ostdeutschland über das Nachwachsen der Generationen eine verfehlte Annahme* sein kann, da vor allem die ökonomischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ihre politischen Überzeugungen determinieren. Erst wenn diese sich substantiell angenähert haben, ist von einer Annäherung auch auf der Ebene der politischen Einstellungen auszugehen.
- 9) Zieht man noch ein Fazit zur Möglichkeit, junge Staatsbürger zu motivieren, so scheint nur die Berücksichtigung der spezifischen Lebensbedingungen junger Menschen ein hilfreicher Zugang. So ist es notwendig den jungen Bürgern keine Korsetts anzulegen, sondern ihnen die Flexibilität zu lassen ggf. an Aktionen teilzunehmen oder aber auch nicht. In der äußerst wandelhaften Lebenssituation, in der man sich in dieser Lebensphase befindet, erscheint Einengung die sichere Strategie zur Abschreckung. Zudem ist gerade Mitarbeit an Projekten, die mit klassischer Politik in Verbindung gebracht werden verpönt, un-

terliegt diese doch einem denkbar schlechtem Bild. Fazit: Nur das Zusammenführen von Flexibilität, Verantwortung, Zielerreichung und Spaß gibt eine Chance, Jugendliche und junge Erwachsene für politische Arbeit aber auch andere Tätigkeiten in der Gemeinschaft zu interessieren.

Literatur

- Almond, Gabriel/Verba, Sidney (1963): *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Princeton.
- Bauer, Petra (1991): Politische Orientierungen im Übergang. Eine Analyse politischer Einstellungen der Bürger in West- und Ostdeutschland 1990/1991. S. 433-453. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 43.
- Brunner, Wolfram/Walz, Dieter (1998): Selbstidentifikation der Ostdeutschen 1990-1997. Warum sich die Ostdeutschen zwar als Bürger zweiter Klasse fühlen, wir aber nicht auf die innere Mauer treffen. S. 229-250. In: Meulemann, Heiner (Hgg.): *Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland. Erklärungsansätze der Umfrageforschung*.
- Bulmahn, Thomas (2000): Das vereinte Deutschland – Eine lebenswerte Gesellschaft? Zur Bewertung von Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit in Ost und West. S. 405-427. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 52/3.
- Deutsche Shell (1997): *Jugend 1997*. 12. Shell Jugendstudie. Opladen.
- Deutsche Shell (Hg.) (2000): *Jugend 2000*. 13. Shell Jugendstudie. Opladen.
- Easton, David (1975): A Re-Assessment of the Concept of Political Support. S. 435-457. In: *British Journal of Political Science* 5.
- Easton, David (1979): *A System Analysis of Political Life*. New York.
- Ehrhart, Christof/Sandschneider, Eberhard (1994): Politikverdrossenheit: Kritische Anmerkungen zur Empirie, Wahrnehmung und Interpretation abnehmender politischer Partizipation. S. 441-458. In: *ZParl* 25.
- Fischer, Arthur (2000): Jugendliche im Osten – Jugendliche im Westen. S. 283-304. In: Deutsche Shell (Hg.): *Jugend 2000*. 13. Shell Jugendstudie. Opladen.
- Friedrich, Walter/Förster, Peter (1997): Politische Orientierungen ostdeutscher Jugendlicher und junger Erwachsener im Transformationsprozess. S. 17-73. In: Sydow, Hubert (Hg.): *Entwicklung und Sozialisation von Jugendlichen vor und nach der Vereinigung Deutschlands*. Opladen.
- Fuchs, Dieter (1989): *Die Unterstützung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*. Opladen.
- Fuchs, Dieter (1999): Wohin geht der Wandel der demokratischen Institutionen in Deutschland? Die Entwicklung der Demokratievorstellungen seit ihrer Vereinigung. S. 253-284. In: Göhler, Gerhard (Hg.): *Institutionenwandel. Sonderheft Leviathan* 19.
- Fuchs, Dieter/Roller, Edeltraut/Wessels, Bernhard (1997): Die Akzeptanz der Demokratie des vereinten Deutschlands. Oder: Wann ist ein Unterschied ein Unterschied? S. 3-12. In: *APuZ* 51.

- Gabriel, Oscar W. (2000): Demokratische Einstellungen in einem Land ohne demokratische Traditionen. Die Unterstützung der Demokratie in den neuen Bundesländern im Ost-West-Vergleich. S. 41-78. In: Falter, Jürgen/Gabriel, Oscar W./Rattinger, Hans (Hgg.): *Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich*. Opladen.
- Gabriel, Oscar W./Neller, Katja (2000): Stabilität und Wandel politischer Unterstützung im vereinigten Deutschland. S. 67-90. In: Esser, Hartmut (Hg.): *Der Wandel nach der Wende. Gesellschaft, Wirtschaft, Politik in Ostdeutschland*. Wiesbaden.
- Gaiser, Wolfgang/de Rijke, Johann (2001): Gesellschaftliche Beteiligung der Jugend. Handlungsfelder, Entwicklungstendenzen, Hintergründe. S. 8-16. In: *APuZ B44*.
- Gaiser, Wolfgang u.a. (2000): Politikverdrossenheit in Ost und West? Einstellungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. S. 12-22. In: *APuZ B19-20*.
- Gensicke, Thomas (1998): *Die neuen Bundesbürger. Eine Transformation ohne Integration*. Opladen.
- Gille, Martina/Krüger, Winfried (Hgg.) (2000): *Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16-29jährigen im vereinigten Deutschland*. Opladen.
- Gille, Martina/Krüger, Winfried/de Rijke, Johann (2000): Politische Orientierungen. S. 205-265. In: Gille, Martina/Krüger, Winfried (Hgg.) (2000): *Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16-29jährigen im vereinigten Deutschland*. Opladen.
- Jacobs, Jörg (2000): Alltag oder Vergangenheit. Einstellungen zur herrschenden politischen Ordnung in den Neuen Bundesländern, Polen, Tschechien und Ungarn. S. 223-246. In: *PVS*.
- Jacobs, Jörg/Müller, Olaf/Pickel, Gert (2000): Demokratie auf dem Prüfstand – Konsolidierung und Widerstandspotential der Bevölkerung in Osteuropa im Vergleich. S. 17-32. In: *Berliner Debatte/Initial 5-6/11*.
- Juhász, Zoltan (2000): Ost-West-Unterschiede: Bald ein Thema für die Vergangenheit? S. 333-359. In: Van Deth, Jan/Rattinger, Hans/Roller, Edeltraut (Hgg.): *Die Republik auf dem Weg in die Normalität? Wahlverhalten und politische Einstellungen nach acht Jahren Einheit*. Opladen.
- Lepsius, Rainer (1995): Das Legat zweier Diktaturen für die demokratische Kultur im vereinigten Deutschland. S. 25-39. In: Holtmann, Everhard/Sahner, Heinz (Hgg.): *Aufhebung der Bipolarität: Veränderungen im Osten, Rückwirkungen im Westen*. Opladen.
- Liebig, Stefan/Verwiebe, Roland (2000): Einstellungen zur sozialen Ungleichheit in Ostdeutschland: Plädoyer für eine doppelte Vergleichsperspektive. S. 3-26. In: *Zeitschrift für Soziologie 29/1*.
- Lipset, Seymour M. (1959): Some Social Requisites of Democracy, Economic Development and Political Legitimacy. S. 69-105. In: *American Political Science Review 53*.
- Lipset, Seymour M. (1981): *Political Man. The Social Bases of Politics*. Baltimore.
- Maier, Jürgen (2000): *Politikverdrossenheit in der Bundesrepublik Deutschland. Dimensionen – Determinanten – Konsequenzen*. Opladen.
- Pickel, Gert (1996): Politisch verdrossen oder nur nicht richtig aktiviert? S. 85-98. In: Silbereisen, Rainer K/Vaskovics, Laszlo A/Zinnecker, Jürgen (Hgg.): *Jungsein in Deutschland. Jugendliche und junge Erwachsene 1991 und 1996*. Opladen: Leske+Budrich.

- Pickel, Gert (1998): Eine ostdeutsche „Sonder“-mentalität acht Jahre nach der Vereinigung? Fazit einer Diskussion um Sozialisation und Situation. S. 157-178. In: Pickel, Susanne/Pickel, Gert/Walz, Dieter (Hgg.): Politische Einheit – Kultureller Zwiespalt? Die Erklärung politischer und demokratischer Einstellungen in Ostdeutschland vor der Bundestagswahl 1998. Frankfurt/Main: Peter Lang.
- Pickel, Gert (2000): Wählen die jungen Wähler anders? – Jugendliche und junge Erwachsene bei der Bundestagswahl 1998. S. 187-205. In: Pickel, Gert/Walz, Dieter/Brunner, Wolfram (Hgg.): Deutschland nach den Wahlen. Befunde zur Bundestagswahl 1998 und zur Zukunft des deutschen Parteiensystems. Opladen.
- Pickel, Gert (2002): Jugend und Politikverdrossenheit. Zwei politische Kulturen im Deutschland nach der Vereinigung. Opladen.
- Pickel, Gert/Pickel, Susanne (2000): Die Abkehr von der Politikverdrossenheit – bringt der Regierungswechsel 1998 die Rückkehr des Vertrauens in die Demokratie? S. 165-186. In: Pickel, Gert/Walz, Dieter/Brunner, Wolfram (Hgg.): Deutschland nach den Wahlen. Befunde zur Bundestagswahl 1998 und zur Zukunft des deutschen Parteiensystems.
- Pickel, Gert/Pickel, Susanne (2004): Einführung in die vergleichende politische Kultur- und Demokratieforschung. Opladen (i.E.).
- Pickel, Gert/Walz, Dieter (1997): Nicht staatsverdrossen, aber desillusioniert – politische Einstellungen junger Erwachsener in den neuen und alten Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland 1996. S. 592-604. In: ZParl 4/97.
- Pickel, Susanne (1998): Vom Totalitarismus zur Demokratie – zwei Transformationen in Deutschland. Die Bundesrepublik nach dem zweiten Weltkrieg (1949-1956) und die neuen Bundesländer nach der deutschen Vereinigung (1990-1996). S. 19-58. In: Pickel, Susanne/Pickel, Gert/Walz, Dieter (Hgg.): Politische Einheit – Kultureller Zwiespalt? Die Erklärung politischer und demokratischer Einstellungen in Ostdeutschland vor der Bundestagswahl 1998. Frankfurt a.M.
- Pickel, Susanne/Pickel, Gert/Walz, Dieter (Hgg.) (1998): Politische Einheit – Kultureller Zwiespalt? Die Erklärung politischer und demokratischer Einstellungen in Ostdeutschland vor der Bundestagswahl 1998. Frankfurt a.M.
- Pollack, Detlef (1996): Soziostruktureller Wandel, Institutionentransfer und die Langsamkeit der Individuen. Untersuchungen zu den ostdeutschen Transformationsprozessen in der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, der Zeitschrift für Soziologie und der Sozialen Welt. S. 412-429. In: Soziologische Revue 19/4.
- Pollack, Detlef (1997): Der Wandel der Akzeptanz von Demokratie und Marktwirtschaft in Ostdeutschland, S. 3-14. In: APuZ B13.
- Pollack, Detlef (1998): Ostdeutsche Identität – ein multidimensionales Phänomen. S. 301-318. In: Meulemann, Heiner (Hg.): Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland. Erklärungsansätze der Umfrageforschung. Opladen.
- Pollack, Detlef (2000): wirtschaftlicher, sozialer und mentaler Wandel in Ostdeutschland. Eine Bilanz nach 10 Jahren. S. 13-21. In: APuZ B40.
- Pollack, Detlef (2001): Vollendung der Deutschen Einheit: Kognitive Aspekte. Arbeitspapier: Frankfurt (Oder).
- Pollack, Detlef/Pickel, Gert (1998): Die ostdeutsche Identität – Erbe des DDR-Sozialismus oder Produkt der Wiedervereinigung? Die Einstellung der Ostdeutschen zu sozialer Ungleichheit und Demokratie. S. 9-23. In: APuZ B41-42.

- Pollack, Detlef/Pickel, Gert (2000): Besonderheiten der politischen Kultur in Ostdeutschland als Erklärungsfaktoren der Bundestagswahl 1998 und die Rückwirkungen der Bundestagswahlen auf die politische Kultur Deutschlands. S. 117-144. In: Van Deth, Jan/Rattinger, Hans/Roller, Edeltraut (Hgg.): Die Republik auf dem Weg in die Normalität? Wahlverhalten und politische Einstellungen nach acht Jahren Einheit. Opladen.
- Schedler, Andreas (1993): Die demoskopische Konstruktion von „Politikverdrossenheit“. S. 414-435. In: PVS 34.
- Silbereisen, Rainer K/Vaskovics, Laszlo A./Zinnecker, Jürgen (Hgg.) 1996: Jungsein in Deutschland. Jugendliche und junge Erwachsene 1991 und 1996. Opladen.
- Veen, Hans-Joachim (1997): Innere Einheit – aber wo liegt sie? Eine Bestandsaufnahme im siebten Jahr nach der Wiedervereinigung Deutschlands. S. 19-28. In: APuZ B40-41.
- Walz, Dieter/ Brunner, Wolfram (1997): Das Sein bestimmt das Bewusstsein. Oder: Warum sich die Ostdeutschen als Bürger zweiter Klasse fühlen. S. 13-19. In: APuZ B51.
- Walz, Dieter/ Brunner, Wolfram (1998): „It’s the economy, stupid!“ – Revisited. Die Ostdeutschen als Bürger zweiter Klasse? – Benachteiligungsgefühle in Ostdeutschland vor der Bundestagswahl 1998. S. 113-130. In: Pickel, Susanne/Pickel, Gert/Walz, Dieter (Hgg.): Politische Einheit – Kultureller Zwiespalt? Die Erklärung politischer und demokratischer Einstellungen in Ostdeutschland vor der Bundestagswahl 1998. Frankfurt a.M.
- Westle, Bettina (1989): Politische Legitimität – Theorien, Konzepte, empirische Befunde. Baden-Baden.
- Zelle, Carsten (1998): Soziale und liberale Wertorientierungen: Versuch einer situativen Erklärung der Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen. S. 24-36. In: APuZ B41-42.

Mädchen und Politik: Gibt es einen weiblichen Blick auf Politik und politisches Engagement?

Martina Gille

1. Einleitung

Der Beitrag beschäftigt sich mit geschlechtsspezifischen Formen des politischen Interesses und politischer Beteiligung junger Frauen und Männer in der Bundesrepublik. Öffentliche Räume der Politik, des politischen Lebens und der politischen Aushandlungsprozesse werden nach wie vor von Männern dominiert. Die spezifische Repräsentanz von Mädchen und jungen Frauen im politischen Bereich wird anhand ausgewählter Ergebnisse des DJI-Jugendsurveys sowie weiterer Jugendstudien und Bevölkerungsumfragen aufgezeigt.¹

Die moderne bürgerliche Öffentlichkeit konstituierte sich historisch u.a. durch den Ausschluss von Frauen, und sie ging mit der Geringschätzung alles Weiblichen im öffentlichen Raum einher. So besehen scheint die geringe Partizipation von Frauen an der politischen Öffentlichkeit noch heute Folge einer tradierten Geschlechterideologie zu sein. Sie ließ Frauen Distanz zur Öffentlichkeit wahren und legte Männern die Ausgrenzung von Frauen aus den traditionellen Männerbünden nahe (vgl. Meyer 1997). Wollen Frauen sich an der Lösung gesellschaftlicher Fragen im politisch-administrativen System beteiligen, so sind sie hier noch immer mit Regeln konfrontiert, die sich eine vorwiegend männliche Elite selbst gegeben hat. Diese Erfahrungen beeinflussen das Interesse von Frauen an institutionalisierter Politik (vgl. Cornelißen 1993, Achatz/Gaiser/Gille 1999).

-
- 1
- 1.) Der Jugendsurvey des Deutschen Jugendinstituts: Eine repräsentative Befragung von ca. 7.000 Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter von 16 bis 29 Jahren (anhand von mündlichen Interviews), die in alten und neuen Bundesländern 1992 und 1997 durchgeführt worden ist (finanziell gefördert vom BMFSFJ). Forschungsschwerpunkte waren hier neben den Lebensverhältnissen und politischen Orientierungen junger Menschen auch deren politische Partizipation, Mitgliedschaften in verschiedenen Vereinen und Organisationen sowie eine breite Palette von Engagementformen in eher informellen Gruppierungen (vgl. Hoffmann-Lange 1995, Gille/Krüger 2000).
 - 2.) Der Freiwilligensurvey 1999: Die repräsentative Erhebung zur „Freiwilligenarbeit, ehrenamtlicher Tätigkeit und bürgerschaftlichem Engagement“ wurde vom BMFSJ in Auftrag gegeben. Die Befragung wurde im Sommer 1999 von Infratest Burke durchgeführt, das gemeinsam mit einem Verbund weiterer Institute (Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung (IES, Hannover), Institut für sozialwissenschaftliche Analysen und Beratung (ISAB, Köln), Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung (FÖV, Speyer) auch für die Konzeption und Berichterstattung verantwortlich zeichnet (vgl. Braun/Klages 2000, Rosenblatt 2000, Picot 2000). Fast 15.000 Personen ab 14 Jahren in den alten und neuen Bundesländern wurden telefonisch befragt.
 - 3.) IPOS-Jugendstudie 1999: 2.012 Telefoninterviews (West: 1.004 + Ost: 1.008); Grundgesamtheit: Deutsche im Alter von 14 bis 27 Jahren; IPOS-Jugendstudie 2002: 4.218 Telefoninterviews (West: 2.516 + Ost: 1.702); im Westen Grundgesamtheit: alle Deutsch sprechenden 14-27-Jährigen (186 AusländerInnen + 174 MigrantInnen).
 - 4.) Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS): Studien 1991 bis 2002.

Wenn man das Verhältnis von Frauen zur Politik betrachtet, muss man die in der Gesellschaft existierende Geschlechterhierarchie und die damit verbundene unterschiedliche Bewertung privater und öffentlicher Lebensbereiche mit bedenken. Will man die „politische Realität“ von Frauen angemessen erfassen, muss Politik breiter verstanden werden als nur traditionell in dem Sinne, dass sie als Interessenartikulation und -durchsetzung betrachtet wird, die als institutionelle Politik etablierter Akteure ausschließlich im öffentlichen Bereich stattfindet und Macht- bzw. Herrschaftsausübung beinhaltet. Aufgrund der Trennung zwischen privatem und öffentlichem Bereich, die hauptsächlich den Frauen die private Reproduktionsarbeit zuweist, werden gesellschaftsgestaltende Aktivitäten und Interessen von Frauen häufig nicht wahrgenommen und schon gar nicht als „politische Aktivitäten“ verstanden. Ein erweitertes Politikverständnis erfordert Fragen beispielsweise danach, welche politischen Haltungen junge Frauen in unterschiedlichen Lebenssituationen im Vergleich zu ihren männlichen Altersgenossen ausbilden. Wie bewerten sie ihre Einflussmöglichkeiten hinsichtlich politischer Teilhabe? Interessieren sie sich für politische Belange und welche Handlungspräferenzen entwickeln sie im Hinblick auf politische Partizipation?

2. Politisches Interesse von Mädchen/jungen Frauen im Vergleich zu ihren männlichen Altersgenossen

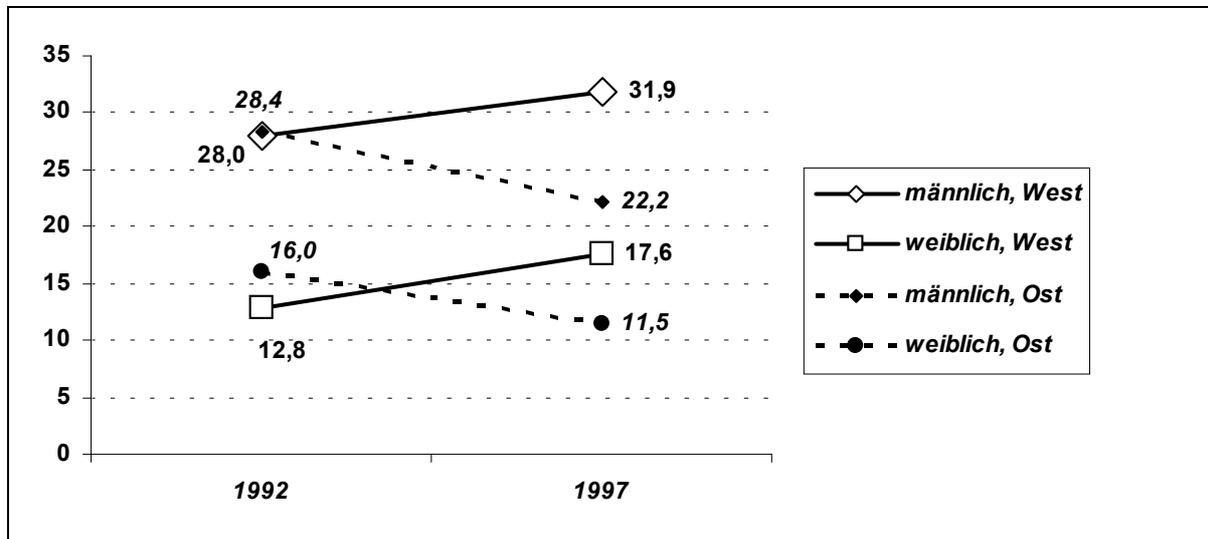
Der DJI-Jugendsurvey erlaubt durch seine replikative Anlage sowie durch die Größe seiner Stichprobe eine detaillierte Analyse des gewandelten Verhältnisses junger Frauen und Männer zum politischen System (vgl. Gille/Krüger/de Rijke 2000). Das Interesse an Politik gilt als Indikator für die Zuwendung der Befragten zu Politik, ihre Bereitschaft, sich politisch zu informieren. Die Aufgeschlossenheit gegenüber politischen Belangen wurde im Jugendsurvey durch mehrere Statements erfasst:

- die direkte Frage nach dem politischen Interesse,
- die Frage nach der Wichtigkeit des Lebensbereichs Politik im Kontext anderer Lebensbereiche,
- die Bewertung der eigenen politischen Kompetenz
- und Fragen, die konkretere Tätigkeiten erfassen, etwa die Nutzung von Informationsquellen zu politischen Themen und die Häufigkeit von Gesprächen über Politik mit relevanten Personen aus dem sozialen Umfeld (Eltern, Bekannte, Kollegen/Kolleginnen u.a.).

Die Antworten zu diesen Fragen bestätigen die Qualität des Indikators Interesse an Politik. Politische Kompetenz, die Bereitschaft sich über Politik zu informieren und die subjektive Relevanz des Lebensbereichs Politik sind eng mit dem politischen Interesse verknüpft. Seine Bedeutung erhält dieser Indikator u.a. dadurch, dass sich das Interesse an Politik als wichtige

Voraussetzung für Engagementbereitschaft und konkretes Verhalten in der Politik erweist. Im Jugendsurvey wurde das politische Interesse mit Hilfe einer fünfstufigen Skala² abgefragt – analog wie in den regelmäßig stattfindenden repräsentativen Befragungen der ALLBUS-Studien (den Allgemeinen Bevölkerungsumfragen der Sozialwissenschaften), in denen Personen ab 18 Jahren in alten und neuen Bundesländern erfasst werden. 1992 ist das politische Interesse bei den 16- bis 29-Jährigen in Ost und West etwa gleich hoch. 21 % bzw. 22 % zeigen sehr starkes oder starkes Interesse. Im Jahre 1997 hingegen ergeben sich Ost-West-Differenzen. Im Westen ist das politische Interesse etwas gestiegen, im Osten hingegen gesunken, was einen deutlichen Ost-West-Unterschied zur Folge hat. Starkes politisches Interesse bekunden 1997 also 25 % der westdeutschen und 17 % der ostdeutschen Befragten. Neben der Regionszugehörigkeit ist aber das Geschlecht ein weiterer wichtiger Einflussfaktor (vgl. Abbildung 1). In Abbildung 1 ist zu sehen, dass die Entwicklung des politischen Interesses von 1992 zu 1997 bei jungen Frauen und Männern gleich verläuft, aber auf unterschiedlichem Niveau: stets sind die weiblichen Befragten weniger an Politik interessiert als die männlichen (Differenz von 10 bis 14 Prozentpunkten).

Abbildung 1: Politisches Interesse („sehr stark“ bzw. „stark“) von Jugendlichen und jungen Erwachsenen (16 - 29 Jahre) nach Geschlecht für 1992 und 1997 (in %)*



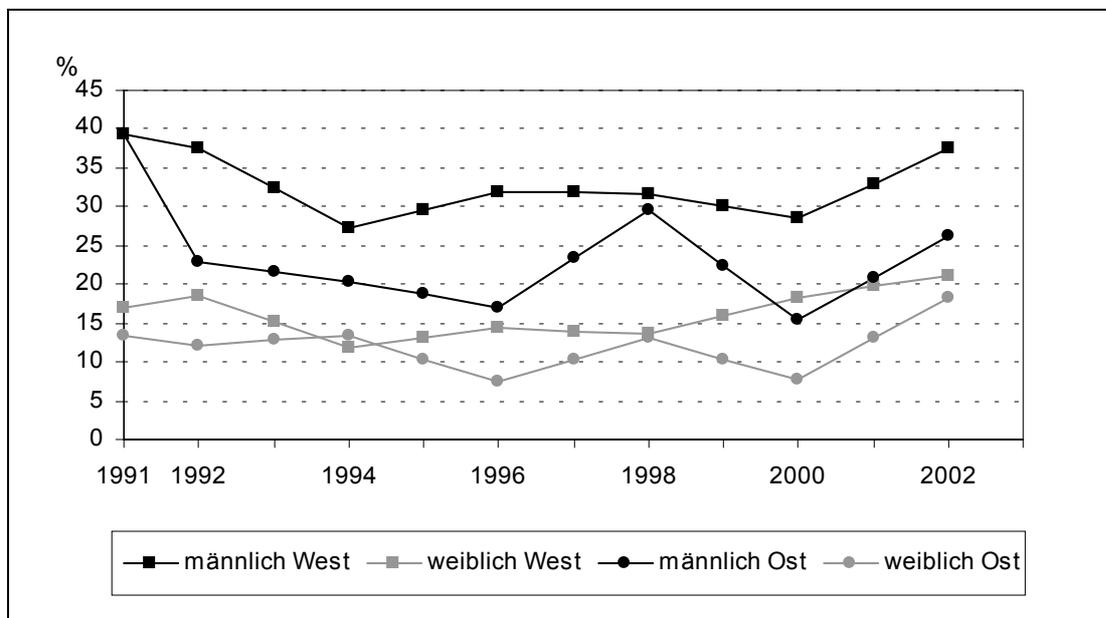
* Das politische Interesse wurde mittels einer fünfstufigen Skala erfasst: sehr stark/stark/mittel/wenig/überhaupt nicht. Für dieses Schaubild wurden die Kategorien sehr stark und stark zusammengefasst.
Quelle: DJI-Jugendsurvey 1992 und 1997.

Allerdings wird mit der Selbstzuschreibung als „politisch Interessierte“ von den Befragten möglicherweise ein Politikbegriff assoziiert, der Frauen weniger Identifikationsmöglichkeiten bietet, da er in seiner gesellschaftlichen Definition Frauen eher ausschließt. In dieser Art politischen Interesses reproduziert sich die Trennung von privaten und öffentlichen Lebenswel-

2 Vgl. Anmerkung in Abbildung 1.

ten. Das geringe politische Interesse der Frauen kann daher nicht als ein den Frauen als Individuen anzulastendes Defizit interpretiert werden, sondern als ein strukturelles Defizit der politischen Kultur (Sauer 1995). Die männliche Codierung des öffentlichen und politischen Raumes beinhaltet die Trennung von privaten und öffentlichen Lebenswelten, die konnotiert ist mit einer geschlechterhierarchischen Ordnung eines untergeordneten politikfernen Frauenbereichs und eines übergeordneten politischen Bereichs, in dem vor allem Männer agieren. Ein Vergleich der Jugendsurvey-Ergebnisse mit den sieben Erhebungswellen der ALLBUS-Studien von 1991 bis 2002 bestätigt für die unter 29-Jährigen die beschriebene Entwicklung bis zum Zeitpunkt 1996 (von 1994 auf 1996 ein geringer Anstieg im Westen, ein Absinken im Osten), zeigt allerdings für das Erhebungsjahr 1998 eine Zunahme des politischen Interesses im Osten, während sich das Niveau im Westen kaum verändert hat. 2000 fällt das politische Interesse in den neuen Bundesländern stark ab, steigt aber 2002 wieder deutlich an. In den alten Bundesländern zeigt sich seit 2000 ein Anstieg des politischen Interesses. Somit kann die Entwicklung des politischen Interesses als nicht linear beschrieben werden. Trotz der konjunkturellen Schwankungen des politischen Interesses bleibt doch immer ein Tatbestand erhalten: die jungen Frauen zeigen ein geringeres Interesse als die jungen Männer (vgl. Abbildung 2).

Abbildung 2: Starkes politisches Interesse von 18- bis 29-jährigen Frauen und Männern im Ost-West-Vergleich, 1991 bis 2002 (in %)

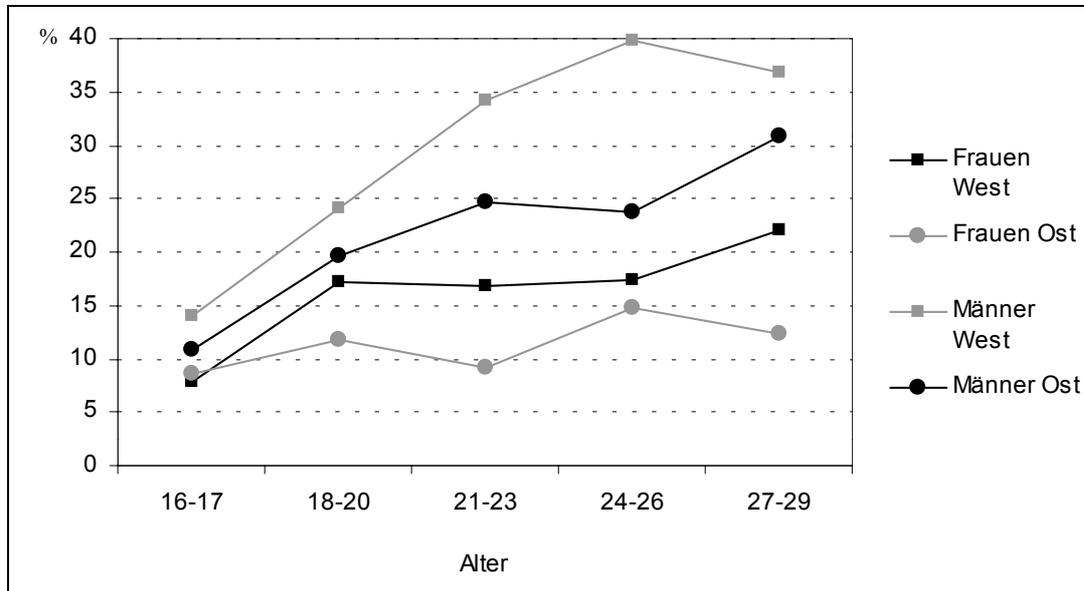


Quelle: ALLBUS 1991, 1992, 1994, 1996, 1998, 2000, 2002; nur deutsche Befragte; eigene Berechnungen.

Das politische Interesse steigt mit dem Lebensalter an (vgl. Abbildung 3). Dies lässt sich mit den Daten des Jugendsurveys klar nachweisen, wenn man die 16- bis 17-Jährigen beispiels-

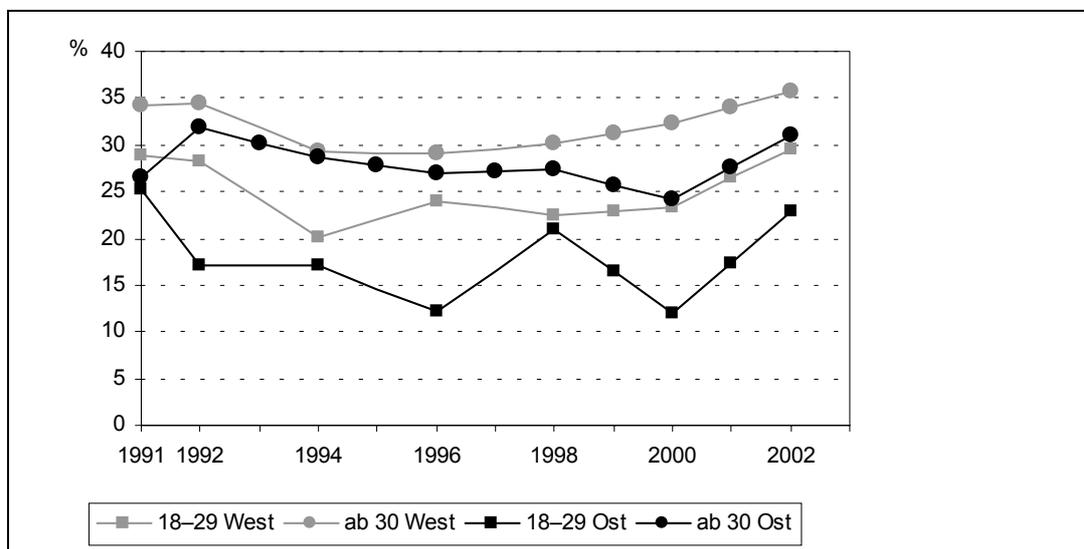
weise mit den 27- bis 29-Jährigen vergleicht, ist aber auch noch sichtbar bei einem Vergleich mit den Erwachsenen der ALLBUS-Studien (ab 30 Jahren) (Abbildung 4).

Abbildung 3: Starkes politisches Interesse* junger Frauen und Männer nach Altersgruppen, 1997 (in %)



* Das politische Interesse wurde mittels fünf Antwortvorgaben erfasst: sehr stark, stark, mittel, wenig, überhaupt nicht. Für diese Abbildung wurden die Kategorien „sehr stark“ und „stark“ zusammengefasst.
Quelle: DJI-Jugendsurvey 1997.

Abbildung 4: Starkes politisches Interesse von 18- bis 29-Jährigen und über 29-Jährigen nach Region, 1991 bis 2002 (in %)



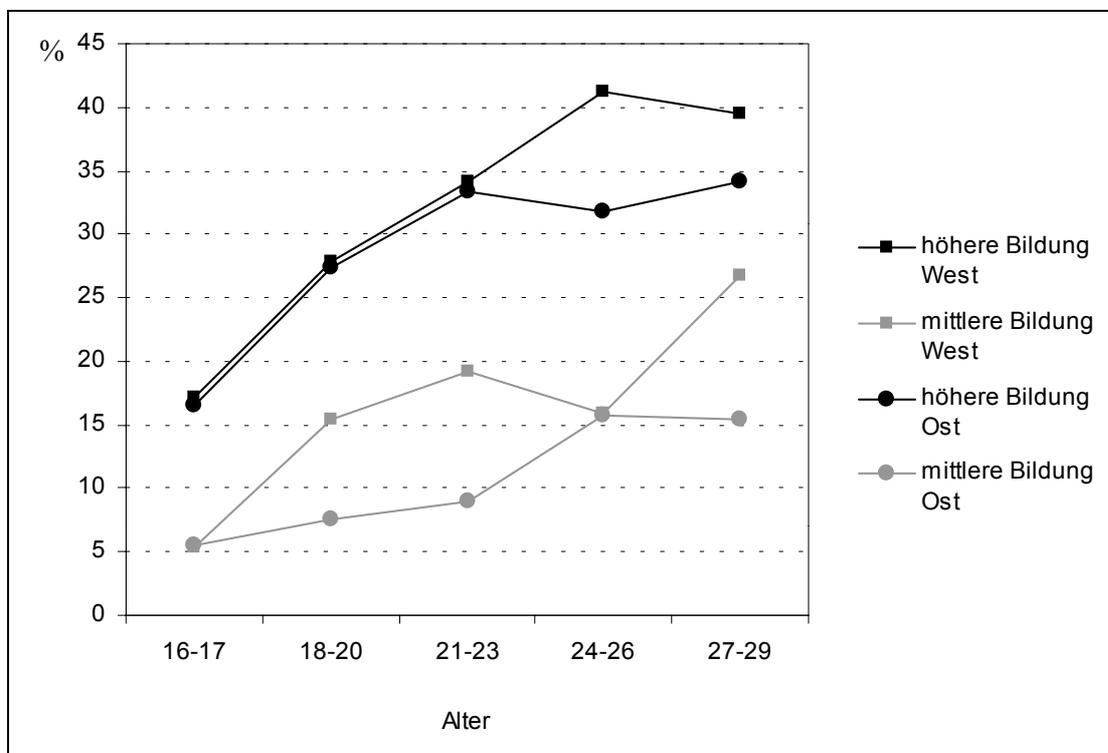
Quelle: ALLBUS 1991, 1992, 1994, 1996, 1998, 2000, 2002; nur deutsche Befragte; eigene Berechnungen.

Die geringere politische Interessiertheit der jüngeren Altersgruppen muss wohl darauf zurückgeführt werden, dass das Verständnis für Politik Ergebnis eines längeren Sozialisationsprozesses ist, in dessen Verlauf Jugendliche sich Wissen aneignen, zunehmend in öffentliche Räume hineinwachsen und schließlich Verantwortungsrollen im familiären, beruflichen und öffentlichen Bereich übernehmen. Ein längerer Verbleib in Bildungsinstitutionen, d.h. der

Erwerb höherer schulischer Bildung, begünstigt darüber hinaus eine Aufgeschlossenheit junger Frauen und Männer gegenüber der Politik.

Weiterhin ist der Einfluss des Bildungsniveaus auf das politische Interesse in beiden Geschlechtergruppen von Bedeutung. Je höher die formale Bildung, desto größer ist auch der Anteil der politisch Interessierten. Der Anteil der Befragten mit starkem Politikinteresse ist in der oberen Bildungsgruppe um ca. 20 Prozentpunkte höher als in der niedrigen Bildungsgruppe, wobei die mittleren Bildungsabschlüsse eine Mittelposition einnehmen. Eine kombinierte Betrachtung von Bildungsniveau und Alter zeigt auf, dass der Alterseffekt bezüglich eines zunehmenden politischen Interesses etwas stärker bei der Gruppe der Höhergebildeten festzustellen ist (vgl. Gille u.a. 2000) (vgl. Abbildung 5).

Abbildung 5: Starkes politisches Interesse nach Altersgruppen und Bildungsabschluss*



* in %. In die Abbildung gingen die Befragten mit höchstens Hauptschulabschluss nicht mit ein, da die entsprechenden Gruppen zu geringe Fallzahlen aufwiesen. Bei Schülern wurde der angestrebte Bildungsabschluss verwendet.
Quelle: DJI-Jugendsurvey 1997.

Der leichte Anstieg des politischen Interesses im Zeitverlauf im Westen und der leichte Rückgang im Osten spiegeln sich in den etwas höheren bzw. niedrigeren Niveaus des politischen Interesses in den verschiedenen Bildungsgruppen wider. Während aber 1992 insbesondere die ostdeutschen höher gebildeten Frauen ein relativ starkes politisches Interesse zeigten (26 % der Frauen bekundeten starkes politisches Interesse), erscheinen sie 1997 mit Anteilswerten von 18 % weniger politisch interessiert. Möglicherweise hängt das abnehmende Politikinteresse der gut gebildeten Frauen in den neuen Bundesländern mit Unzufriedenheiten und

Enttäuschungen über die geringen Erfolge der Politik zusammen, gleichberechtigte Zugangsmöglichkeiten für Frauen auf dem Arbeitsmarkt zu garantieren. Gerade die Frauen in den neuen Bundesländern beklagen einen Verlust an Gleichstellungsmöglichkeiten, wie sie z.B. durch die hohe staatliche Förderung von Frauenerwerbstätigkeit und die hohe Integration von Frauen in das Erwerbsleben zur Zeit der DDR noch gegeben waren (Spellerberg 1997, Nickel 1997). Es wird zu prüfen sein, ob sich diese Tendenzen auch in der 3. Welle des Jugendsurveys, die im Herbst 2002 im Feld ist, noch finden lassen.

3. Politische Partizipation

Aus dem politischen Interesse lassen sich erste Schlussfolgerungen über das Verhältnis junger Erwachsener zur Politik ableiten. Allerdings bleibt dabei noch unbeantwortet, welches spezifische Politikverständnis sich dahinter verbirgt. Für die inhaltliche Interpretation der geschlechtsspezifischen Unterschiede ergeben sich damit zunächst wenige Anhaltspunkte. Politische Partizipation umfasst eine große Bandbreite von kurz-, mittel- und langfristigen Intentionen, Handlungspräferenzen und Aktivitäten. Dazu gehören sowohl die Wahrnehmung staatsbürgerlicher Rechte in Form der Beteiligung an Wahlen als auch die Mitgliedschaft und Betätigung in politisch relevanten Institutionen sowie auch die Mitwirkung an außerinstitutionellen Aktivitäten.

Im Folgenden beschäftigen wir uns deshalb mit drei Aspekten, in denen sich die Absicht, Einfluss auf die politische Entscheidungsfindung ausüben zu wollen, niederschlägt:

- die Mitgliedschaften in Vereinen und Organisationen,
- die Handlungsbereitschaften gegenüber unterschiedlichen politischen Aktivitäten,
- sowie die Bewertung von und Beteiligung an neuen sozialen Bewegungen.

Mitgliedschaften in Organisationen

Politische und gesellschaftliche Interessenorganisation im intermediären System ist ein wesentliches Element der Beteiligung von Bürgern an der politischen Willensbildung (Schneider 1995). In den verschiedenen Jugendstudien der letzten Jahre wird die Mitgliedschaft in Organisationen, Vereinen und Verbänden erfasst. Für die IPOS-Studie 1999 liegen uns geschlechts- und altersspezifisch differenzierte Ergebnisse für die 14- bis 27-Jährigen vor.³ Die jüngeren Befragten sind häufiger Mitglied als die älteren, die männlichen häufiger als die

3 Der Fragestimulus war ganz allgemein, ob der oder die Befragte „Mitglied in einer Jugendorganisation, einem Jugendverband oder einer Jugendabteilung eines Vereins oder einer sonstigen Organisation“ ist.

weiblichen und die westdeutschen häufiger als die ostdeutschen (vgl. Tabelle 1). Die Differenzen in den Mitgliedschaftsquoten der verschiedenen Gruppen entsprechen jenen, die bereits für die Freiwilligenarbeit ganz allgemein bei dem Freiwilligensurvey 1999 ermittelt wurden (vgl. Gille/Queisser 2002).

Tabelle 1: Mitgliedschaft in einer Jugendorganisation, -verband oder -abteilung eines Vereins oder sonstigen Organisationen (in %)

	West		Ost	
	<i>weiblich</i>	<i>männlich</i>	<i>weiblich</i>	<i>männlich</i>
14-23 Jahre	30,9	49,8	22,1	37,4
24-27 Jahre	22,9	39,1	8,3	24,4
<i>n</i>	497	510	481	523

Quelle: IPOS-Studie 1999, eigene Berechnungen.

In der IPOS-Studie 2002 (S. 67f.) zeigt sich für die alten Bundesländer ein konstantes Ergebnis: 38 % der Befragten sind Mitglied: davon 45 % Männer und 31 % Frauen. In den neuen Bundesländern steigt die Mitgliedschaftsquote seit 1993 (19 %) kontinuierlich an und beträgt nun 30 % (35 % Männer bzw. 24 % Frauen). In den neuen Bundesländern konnte sich damit der Frauenanteil von 19 % um 5 Prozentpunkte verbessern (Männeranteil 1999: 34 %). Bezogen auf die Mitgliedschaftsquote steht der Sportverein an erster Stelle sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen gefolgt von Feuerwehr/Technisches Hilfswerk, Freizeit/Geselligkeit, Kirche, Musikverein, Partei, Berufsverband etc. Da aber für alle genannten Vereine/Verbände die Mitgliederzahlen (Ausnahme: die Sportvereine) unter 10 Personen liegen, soll hier für eine Detailbetrachtung auf die Ergebnisse des Jugendsurveys zurückgegriffen werden.

Im DJI-Jugendsurvey wurden sowohl Mitgliedschaften als auch Aktivitäten in einem breiten Spektrum politisch und gesellschaftlich relevanter Institutionen erfasst, die insgesamt zu einer Größe für die generelle Zugehörigkeit zum organisatorisch verfestigten intermediären System zusammengefasst wurden. Tabelle 2 zeigt die nach Altersgruppen unterschiedenen Anteilswerte junger Frauen und Männer für die in diesem Sinne generelle Zugehörigkeit zu Organisationen. Außerdem ist es mit Hilfe des DJI-Jugendsurveys möglich, Trends über die Entwicklung verbandlichen Engagements von Jugendlichen und jungen Erwachsenen derselben Altersgruppe anhand eines Fragestimulus nachzuzeichnen.⁴ Innerhalb von fünf Jahren ging die Mitgliedschaftsquote bei den 16- bis 29-Jährigen um 7 Prozentpunkte in den alten Bundesländern und um 11 Prozentpunkte in den neuen Bundesländern zurück (vgl. Gaiser/de Rij-

4 Im DJI-Jugendsurvey wurde die Mitgliedschaft erfasst, indem der Befragte zu elf verschiedenen Organisationen und Vereinen/Verbänden sagen sollte, ob der dort jeweils Mitglied ist oder nicht (vgl. Tabelle 3).

ke 2000: 287). Dabei blieb aber das Engagementgefälle West – Ost sowie Männer – Frauen bestehen.

Tabelle 2: Anzahl der Mitgliedschaften* nach Geschlecht und Altersgruppen, 1997 in %

	West					
	<i>weiblich</i>			<i>männlich</i>		
	16 - 23 Jahre	24 - 29 Jahre	gesamt	16 - 23 Jahre	24 - 29 Jahre	gesamt
<i>keine Mitgliedschaft</i>	54,9	55,5	55,2	42,8	39,9	41,4
<i>1 Mitgliedschaft</i>	27,5	28,0	27,7	33,7	29,2	31,4
<i>2 Mitgliedschaft</i>	11,4	10,5	10,9	15,6	18,3	17,0
<i>3 und mehr Mitgliedschaften</i>	6,2	6,0	6,1	7,9	12,6	10,3
n	972	1163	2135	1122	1169	2291

	Ost					
	<i>weiblich</i>			<i>männlich</i>		
	16 - 23 Jahre	24 - 29 Jahre	gesamt	16 - 23 Jahre	24 - 29 Jahre	gesamt
<i>keine Mitgliedschaft</i>	65,5	65,1	65,3	55,9	59,1	57,2
<i>1 Mitgliedschaft</i>	24,4	25,4	24,9	29,0	25,5	27,6
<i>2 Mitgliedschaft</i>	7,4	7,2	7,3	11,6	10,3	11,1
<i>3 und mehr Mitgliedschaften</i>	2,7	2,3	2,5	3,6	5,1	4,2
n	631	570	1201	759	533	1292

* Die Mitgliedschaften beziehen sich auf folgende Organisationen und Vereine/Verbände: Gewerkschaften, Berufsverbände, politische Parteien, kirchliche/religiöse Vereine und Verbände, Wohlfahrtsverbände, Heimat- und Bürgervereine, Jugend- und Studentenverbände, Sportvereine, sonstige gesellige Vereinigungen, Bürgerinitiativen, andere Vereine/Verbände.
Quelle: DJI-Jugendsurvey 1997

Die geschlechtsspezifischen Differenzen erweisen sich hier als bedeutsamer als die altersspezifischen. Betrachtet man jedoch im Einzelnen, in welchen Verbänden, Vereinen oder Organisationen Jugendliche und junge Erwachsene Mitglied sind, so zeigen sich auch deutliche Alterseffekte (vgl. Tabelle 3).

Sportvereine erweisen sich auch in dieser Untersuchung als die mitgliedsstärksten Vereine. Sie mussten jedoch gegenüber 1992 Mitgliederverluste hinnehmen. Im Westen fand eine Abnahme um 5 Prozentpunkte statt, im Osten um 2 Prozentpunkte. Diese Entwicklung kann vielfältige Ursachen haben: „verkrustete, verbandliche Strukturen, veränderte Sportinteressen der Jugend, neue Freizeitsportarten, die nicht auf verbandliche Organisation angewiesen sind (z.B. Inline-Skating) oder auch kommerzielle Konkurrenz (z.B. Fitnesscenter)“ (Gaiser/de Rijke 2000: 286). Die jüngere Altersgruppe der 16- bis 23-Jährigen ist insbesondere in den neuen Bundesländern noch stärker engagiert als die 24- bis 29-Jährigen. Und für beide Altersgruppen wie auch für beide Erhebungszeitpunkte ist das deutlich geringere Engagement

der Mädchen und jungen Frauen in den Sportvereinen ein konstantes Ergebnis. Für die männlich dominierten Sportvereinsstrukturen sprechen indirekt auch die Ergebnisse des Freiwilligensurvey 1999 (vgl. Gille/Queisser 2002). Dort wurde das Aktivitätspotenzial „im Bereich Sport und Bewegung, zum Beispiel in einem Sportverein oder in einer Bewegungsgruppe“ erhoben (vgl. Rosenblatt/Blanke 2000: 311f.). Nahezu 50 % der 14- bis 24-Jährigen sind im Sportbereich aktiv, junge Männer und Frauen gleichermaßen. Die Geschlechtergleichheit kommt hier aber nur dadurch zustande, dass Frauen ihre Bewegungsaktivitäten zu einem erheblichen Teil außerhalb von Sportvereinen organisieren und durch die weite Fragestellung in der Infratest-Erhebung eben diese frauenspezifische Sportbetätigung nicht ausgegrenzt wurde. Beim ehrenamtlichen Engagement im Sportbereich zeigen sich deutliche Geschlechterdifferenzen: die Frauen stellen hier 34 % der Vorstände, Übungsleiter und Helfer und sind insbesondere bei den höhergestellten Freiwilligenarbeiten unterrepräsentiert. Insofern ist es nach wie vor gerechtfertigt, den Sportbereich als Männerdomäne zu charakterisieren.

Die Gewerkschaften, die zweitwichtigste Organisation für Jugendliche und junge Erwachsene im DJI-Jugendsurvey, haben den stärksten Mitgliederschwund zu verzeichnen: im Westen ging die Mitgliedschaftsquote von 15 % auf 7 %, im Osten von 22 % auf 8 % zurück (vgl. Gaiser/de Rijke 2000: 285f.). In den neuen Bundesländern haben sich überdurchschnittlich stark die jungen Frauen aus dieser Organisation zurückgezogen: ihre Mitgliedschaftsquote sank von 22 % im Jahr 1992 auf 6 % im Jahr 1997. 1992 waren die jungen Frauen in den neuen Bundesländern mit einer Quote von 22 % fast gleich stark engagiert wie die jungen Männer (23 %). Damit sind nun 1997 die Gewerkschaften in Ost wie West deutlich männlich dominiert. Die Mitgliederverluste im Osten müssen sicherlich in Zusammenhang mit den strukturellen Veränderungen in der Arbeitswelt gesehen werden, wo vielfach gewerkschaftliche Zuordnungen verloren gegangen sind. Gewerkschaftliche Bindungen spielen – insgesamt gesehen – für ältere Befragte, die 24- bis 29-Jährigen, eine größere Rolle. Die 16- bis 23-Jährigen befinden sich vielfach noch in Schule, Ausbildung, Studium usw.

Auch die kirchlichen Gruppierungen erfuhren einen Rückgang in der Mitgliedschaftsquote und zwar von 9 % auf 7 % (West) bzw. 8 % auf 3 % (Ost). Die Jugend- und Studentenverbände blieben dagegen im Westen bei 6 % stabil und konnten im Osten einen Zuwachs (von 3 % auf 5 %) verzeichnen, was auch mit der Angleichung der Studierendenquoten zusammenhängen dürfte.

Tabelle 3: Mitgliedschaftsquoten der Befragten in traditionellen Organisationen und Verbänden nach Geschlecht in den alten und neuen Bundesländern (in %)

	West					
	weiblich		gesamt	männlich		gesamt
	16 - 23 Jahre	24 - 29 Jahre		16 - 23 Jahre	24 - 29 Jahre	
Gewerkschaften	3,1	5,0	4,1	5,0	13,7	9,4
Berufsverbände	2,2	4,9	3,6	1,2	4,8	3,0
politische Parteien	2,1	1,9	2,0	3,4	6,6	5,0
kirchliche/religiöse Vereine und Verbände	8,8	4,9	6,7	7,0	6,2	6,5
Wohlfahrtsverbände	1,2	1,7	1,5	1,7	1,7	1,7
Heimat- u. Bürgervereine	5,9	5,6	5,7	10,6	11,8	11,2
Jugend- und Studentenverbände	5,7	3,4	4,4	7,7	5,8	6,7
Sportvereine	29,1	26,9	27,9	39,7	36,7	38,2
sonstige gesellige Vereinigungen	8,4	10,2	9,4	9,1	15,3	12,2
Bürgerinitiativen	1,4	1,4	1,4	1,5	2,3	1,9
andere Vereine/Verbände	6,3	7,3	6,8	6,7	7,6	7,1
n	972	1163	2135	1122	1169	2291

	Ost					
	weiblich		gesamt	männlich		gesamt
	16 - 23 Jahre	24 - 29 Jahre		16 - 23 Jahre	24 - 29 Jahre	
Gewerkschaften	1,4	10,0	5,5	7,9	12,7	9,9
Berufsverbände	1,9	2,9	2,4	2,0	5,2	3,3
politische Parteien	0,2	0,9	0,5	1,2	1,2	1,2
kirchliche/religiöse Vereine und Verbände	4,0	3,6	3,8	2,8	2,5	2,7
Wohlfahrtsverbände	1,0	1,4	1,2	0,7	1,3	0,9
Heimat- u. Bürgervereine	4,5	3,2	3,9	7,5	5,0	6,5
Jugend- und Studentenverbände	6,9	2,7	4,9	4,3	3,9	4,1
Sportvereine	17,9	13,1	15,6	27,1	18,2	23,4
sonstige gesellige Vereinigungen	5,1	3,8	4,5	7,0	7,5	7,2
Bürgerinitiativen	0,5	1,1	0,8	0,1	0,1	0,2
andere Vereine/Verbände	4,8	5,8	5,3	4,5	5,4	4,9
n	631	570	1201	759	533	1292

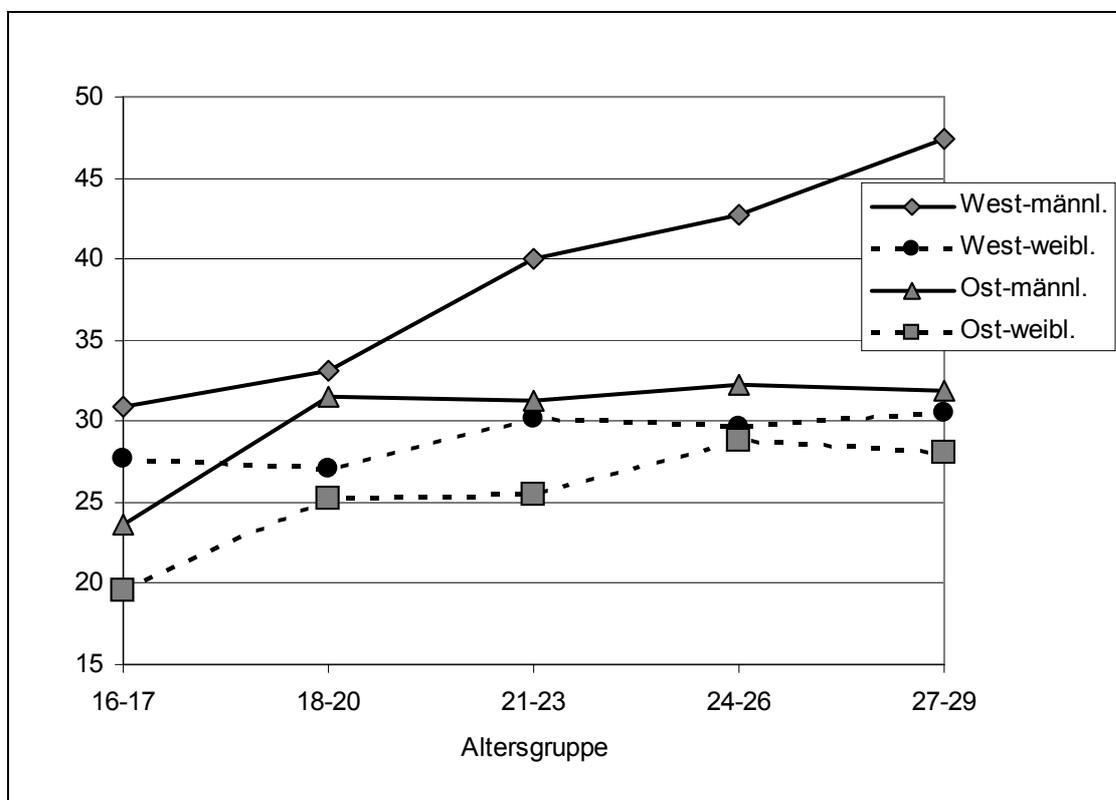
Quelle: DJI-Jugendsurvey 1997

Sieht man einmal von der Mitgliedschaft in Sportvereinen ab, so sind es im Westen die jungen Männer, die mit zunehmendem Alter ihre politischen und gesellschaftlichen Interessen durch eine Organisationsmitgliedschaft einbringen, während die weiteren betrachteten Subgruppen relativ nahe beieinander liegen. Geschlechterunterschiede hinsichtlich der generellen Zugehörigkeit zu Organisationen sind dabei in den alten Bundesländern weitaus ausgeprägter als in den neuen Bundesländern (vgl. Abbildung 6).

Ist das geringere politische Interesse junger Frauen ausschlaggebend für ihre geringere Organisationszugehörigkeit? Dieser mögliche Zusammenhang wurde mit einem statistischen Verfahren (logistische Regression) geprüft, das es erlaubt, die gleichzeitige Wirkung mehrerer Einflussgrößen auf die generelle Organisationszugehörigkeit zu erkennen (vgl. Achatz/Gaiser/Gille 1999). Mit diesem Verfahren wird hier die Wahrscheinlichkeit, Mitglied in einer Organisation zu sein, in Abhängigkeit von der Ost-West- und Geschlechtszugehörigkeit, dem Alter und dem Ausmaß des politischen Interesses geschätzt. Den stärksten Einfluss auf die Organisationszugehörigkeit hat das politische Interesse, d.h. ein starkes politisches Inte-

resse fördert die Organisationsmitgliedschaft. Die Geschlechtszugehörigkeit hat darüber hinaus einen eigenständigen signifikanten Einfluss, ebenso die Ost-West-Zugehörigkeit und das Lebensalter.⁵ Männer, Westdeutsche und Ältere sind eher Organisationsmitglieder als Frauen, Ostdeutsche und Jüngere. Ein starkes politisches Interesse kann also die generelle Zugehörigkeit zu politisch relevanten Vereinen und Verbänden nur teilweise aufklären. Der unabhängige Geschlechtseffekt untermauert die These möglicher institutioneller Barrieren, die Frauen den Zugang zum intermediären System erschweren. Die Unterschiede zwischen den alten und neuen Bundesländern hängen vermutlich mit der etablierteren verbandlichen Struktur im Westen zusammen.

Abbildung 6: Mitgliedschaft in Vereinen/Verbänden in %*



* Mitgliedschaft in Vereinen: Mitgliedschaft in mindestens einem der folgenden Vereine bzw. Verbände: Gewerkschaft, Berufsverband, politische Partei, kirchlicher Verband, Wohlfahrtsverband, Heimat-/Bürgerverein, Jugend-/Studentenverband, sonstige gesellige Vereinigung, anderer Verein oder Verband.
Quelle: DJI-Jugendsurvey 1997

5 Ein starkes politisches Interesse im Vergleich zu einem geringen politischen Interesse erhöht das Verhältnis der Wahrscheinlichkeit zur Gegenwahrscheinlichkeit, Mitglied in einer Organisation zu sein, um das 2,7fache; ein mittleres politisches Interesse erhöht diese Wahrscheinlichkeit noch um das 1,4fache. Männlich zu sein, erhöht das Wahrscheinlichkeitsverhältnis um das 1,3fache. Im gleichen Ausmaß zeigt sich ein signifikanter Einfluss des Merkmals, Westdeutsche(r) zu sein. Signifikante negative Alterseffekte bestehen nur für die jüngeren Altersgruppen (die 16- bis 17-Jährigen und die 18- bis 20-Jährigen) im Vergleich zu den 27- bis 29-Jährigen; das Wahrscheinlichkeitsverhältnis wird hier um das 0,7fache bzw. um das 0,8fache gesenkt.

Handlungsbereitschaften

Das Spektrum politischer Aktivitäten wird im DJI-Jugendsurvey mit einem erprobten Instrument⁶ der politischen Partizipationsforschung erhoben. Es umfasst unterschiedliche Formen von konventioneller über unkonventionell-legale Partizipation bis hin zu politischen Ausdrucksformen, die die Legalitätsgrenzen überschreiten (vgl. hierzu den Überblick bei Westle 1994).

Konventionelle Partizipationsformen beinhalten verfassungsmäßig oder gesetzlich vorgesehene Formen politischer Einflussnahme wie die Beteiligung an Wahlen oder auf Parteiarbeit gerichtete Aktivitäten. Auch nicht institutionalisierte Partizipationsformen, die auf den Wahlvorgang oder die Unterstützung von Parteien oder Kandidaten abzielen (z.B. Briefe an Politiker schreiben, Spenden an eine politische Gruppierung und das Schreiben von Leserbriefen), lassen sich hier zuordnen. Der mit der Übernahme der Staatsbürgerrolle verknüpften Erwartung einer Beteiligung an Wahlen verschließt sich nur ein kleiner Teil der Befragten. Annähernd 90 % der jungen Erwachsenen ziehen diese Beteiligungsform für sich in Betracht. Dagegen wird die Distanz der jungen Generation zu traditionellen Politikbereichen und das geringe Vertrauen gegenüber politischen Institutionen in der geringen Beteiligungsbereitschaft am alltäglichen politischen Geschäft deutlich: Die Mitarbeit in einer Partei (West: 23 %; Ost: 15 %) oder gar die Übernahme eines politischen Amtes (West: 21 %; Ost: 14 %) wird nur von einer kleinen Gruppe in Erwägung gezogen. Das geringere Interesse der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in den neuen Bundesländern an konventioneller Partizipation kommt auch in weiteren Beteiligungsformen zum Ausdruck: Das Schreiben von Leserbriefen wird im Westen von 41 % der Befragten erwogen, im Osten nur von 31 %. Briefe an Politiker zu schreiben, ziehen in den alten Bundesländern etwa ein Drittel der Befragten in Betracht, in den neuen Bundesländern 23 %. Immerhin 30 % in den alten und 22 % in den neuen Bundesländern können sich vorstellen, eine Partei/Bürgerinitiative/politische Gruppierungen mit Geldspenden zu unterstützen.

Parteiarbeit und politische Ämter sind in beiden Landesteilen eher „Sache der Männer“ (vgl. Abbildung 7). Junge Frauen liegen hier zwischen 7 bzw. 9 Prozentpunkte niedriger als ihre männlichen Altersgenossen. Bei anderen konventionellen Partizipationsformen wie Geld-

6 Die Frageformulierung lautet folgendermaßen: „Angenommen Sie möchten politisch in einer Sache, die Ihnen wichtig ist, Einfluß nehmen bzw. Ihren Standpunkt zur Geltung bringen. Welche der Möglichkeiten kommen für Sie in Frage und welche nicht?“ Nachdem die Befragten eine Liste mit 21 Items der unterschiedlichen möglichen politischen Beteiligungsformen durchzugehen und jeweils anzugeben hatten, welche der Beteiligungsform für sie in Frage kommt und welche nicht, wurden sie gebeten, mitzuteilen was sie davon tatsächlich schon gemacht bzw. nicht gemacht haben.

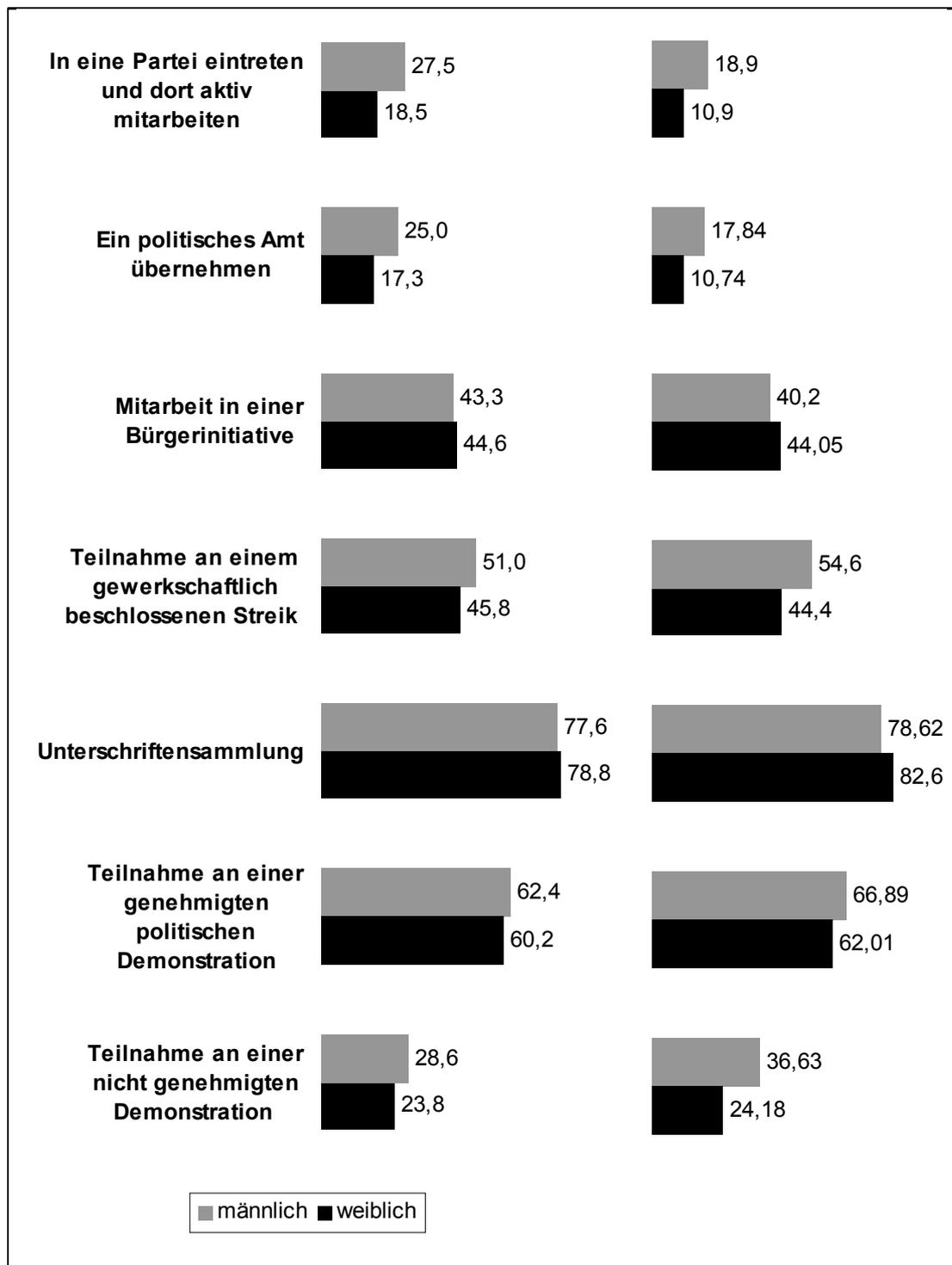
spenden für politische Zwecke oder Schreiben von Briefen an Politiker oder Zeitungen spielen dagegen Geschlechtsunterschiede keine Rolle.

Unkonventionelle Partizipationsformen lassen sich durch offene Zugangs- und Durchführungsbedingungen charakterisieren (Westle 1994). Historisch gesehen handelt es sich um eine Erweiterung des konventionellen Partizipationsrepertoires um „alternative“ Formen politischen Handelns, die auf eine Mobilisierung weiterer Bevölkerungskreise und auf eine direktere Durchsetzung politischer Interessen abzielen und häufig auf eine Artikulation von Unzufriedenheit und Protest gerichtet sind. Vor allem solche Formen legaler, unkonventioneller Partizipation bestimmen die Vorstellungen der jungen Menschen von politischer Beteiligung: Etwa vier Fünftel würden sich an einer Unterschriftensammlung beteiligen; etwas mehr als 60 % wären bereit, ihren Standpunkt durch die Beteiligung an einer genehmigten Demonstration zum Ausdruck zu bringen; annähernd die Hälfte der Befragten würde an einem gewerkschaftlich beschlossenen Streik teilnehmen, und mehr als 40 % sind offen für eine Mitarbeit in Bürgerinitiativen. Die Partizipationspräferenzen der Befragten weisen also auf ein hohes Legitimationsniveau solcher Aktivitäten bei der jungen Generation hin.

In Ost und West sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede im Hinblick auf Handlungsbereitschaften nicht immer einheitlich. Bei der Bereitschaft zur Beteiligung an einer Unterschriftensammlung und an einer Bürgerinitiative liegen junge Frauen und Männer in beiden Landesteilen auf ähnlichem Niveau. Junge Männer in den neuen Bundesländern weisen eine um 5 % höhere Bereitschaft zur Beteiligung an einer genehmigten Demonstration als die jungen Frauen auf; in den alten Bundesländern gibt es keinen Unterschied zwischen den Geschlechtern. In beiden Landesteilen wird die Teilnahme an einem gewerkschaftlich beschlossenen Streik stärker von den männlichen Befragten in Erwägung gezogen.

Unkonventionelle Formen politischer Beteiligung, die möglicherweise die Grenzen der Legalität überschreiten, finden bei allen Befragten geringen Anklang. Am ehesten noch wird die Teilnahme an einer nicht genehmigten Demonstration oder eine Boykottmaßnahme in Betracht gezogen. Weitere Aktivitäten werden nur von einer Minorität akzeptiert, so z.B. Hausbesetzungen oder die Teilnahme an einem wilden Streik. Das Risiko einer Teilnahme an Aktionen, bei denen Personen oder Sachen zu Schaden kommen, würden nur noch wenige Befragte in Kauf nehmen. Nahezu alle unkonventionellen, konfrontativen Beteiligungsformen werden stärker von jungen Männern in Betracht gezogen. In den neuen Bundesländern sind die Unterschiede zwischen weiblichen und männlichen Befragten deutlicher als in den alten Bundesländern.

Abbildung 7: Ausgewählte politische Verhaltensbereitschaften Jugendlicher (16 bis 29 Jahre) nach Region, 1997 (in %)



Quelle: DJI-Jugendsurvey 1997.

Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass die jungen Männer eher jene Formen politischen Engagements in Betracht ziehen, die entweder mit traditionellen organisatorischen Bindungen einhergehen (Parteiarbeit, Übernahme eines politischen Amtes, Teilnahme an einem gewerkschaftlich organisierten Streik) oder auf Konfrontation und direkte Formen der Durchsetzung

gerichtet sind (Teilnahme an einer nicht genehmigten Demonstration, an einem wilden Streik, Hausbesetzung, Boykott, Bereitschaft, sich an Aktionen zu beteiligen, wo es auch zu Gewalt-handlungen kommen kann). Barrieren, auf die Frauen in politischen Organisationen stoßen, werden wohl von den weiblichen Befragten bereits im Vorfeld wahrgenommen. Auch distanzieren sich junge Frauen stärker von Handlungsweisen, bei denen politische Interessen vehement artikuliert werden und bei denen dementsprechend Grenzen der Legalität überschritten werden könnten. Die beschriebenen Verhaltensweisen werden möglicherweise mit einem Alltagsverständnis von „Männlichkeit“ assoziiert und deshalb eher von männlichen Befragten in Betracht gezogen. Die hohe Bereitschaft junger Frauen, in einer Bürgerinitiative mitzuarbeiten, zeigt das Interesse der Frauen an gesellschaftlichen Räumen, die noch weniger durch patriarchale Strukturen gekennzeichnet sind. Junge Frauen sind auch häufiger in Bürgerinitiativen aktiv, wie die IPOS-Jugendstudie 2002 zeigt.⁷ Vor allem in solchen Formen unkonventioneller Partizipation lassen sich gleichberechtigte Zugangs- und Umgangsweisen von Frauen und Männern realisieren.

Das politische Engagement von Mädchen und jungen Frauen jenseits der konventionellen parteipolitischen Kategorien bewegt sich z.B. in den lokalen Gruppen von Organisationen wie Greenpeace oder Amnesty International oder auch in autonomen, d.h. nicht in einem institutionellen Rahmen irgendeiner Art eingebundene Gruppen. Der DJI-Jugendsurvey erfasst die Sympathie gegenüber und das Engagement in informellen Gruppierungen. Insgesamt zeigt sich, dass vor allem Gruppen, die gesellschaftliche Probleme aufgreifen und politisch thematisieren auf breite Sympathie stoßen. Insbesondere den Umweltschutz-, Friedens- und Dritte-Welt-Initiativen, Kernkraftgegnern sowie Menschenrechts- und Selbsthilfegruppen wird große Sympathie entgegengebracht. Frauen unterstützen diese noch mehr als Männer (vgl. Tabelle 4).

Auffallend ist der Widerspruch zwischen dem hohen Maß an Sympathie, das diesen Gruppen entgegengebracht wird, die hohe positive Bewertung einer sozialen, humanitären, nachbarschaftlichen, ökologischen oder pazifistischen Aktivität und die gleichzeitig geringe tatsächliche Beteiligung. Treffen dieser Gruppen werden von maximal 10 % besucht und höchstens 2 % arbeiten aktiv mit.

7 In der IPOS-Jugendstudie 2002 (S. 71f.) wurde nach der Aktivität in selbstorganisierten bürgerschaftlichen Gruppen gefragt. Im Westen waren 6% (Männer 5% + Frauen 6%) und im Osten ebenfalls 6% (Männer 4% + Frauen 8%) aktiv. Junge Befragte mit Kindern zeigen doppelt so häufig bürgerschaftliches Engagement wie Befragte ohne Kinder (West/Ost mit Kindern: 11%, ohne Kinder: 5%). Die Aktivitäten konzentrieren sich insbesondere auf die Bereiche Kirche, Bürgerinitiativen, Kinderbetreuung und Hausaufgabenhilfe (jedoch sind hier die Fallzahlen gering und die Ergebnisse daher mit Vorsicht zu interpretieren).

Junge Frauen sympathisieren stärker noch als junge Männer mit den neuen sozialen Bewegungen und sind entschiedener in ihren Einstellungen gegenüber informellen Gruppierungen. Wenn man die geschlechtsspezifischen Engagementprofile betrachtet, werden Behauptungen der größeren Nähe von Männern zur Politik relativiert (vgl. Abbildung 8).

Tabelle 4: Einstellungen zu und Aktivitäten in informellen Gruppierungen bei 16- bis 29-Jährigen in %

	<i>finde ich gut, ...</i>			<i>finde ich gut, ...</i>		
	<i>arbeite aktiv mit</i>	<i>besuche Treffen</i>	<i>mache aber nicht mit</i>	<i>arbeite aktiv mit</i>	<i>besuche Treffen</i>	<i>mache aber nicht mit</i>
West	Frauen			Männer		
<i>Umweltschutzgruppen</i>	2	12	74	3	8	71
<i>Friedensinitiativen</i>	1	6	73	1	4	67
<i>Anti-AKW-Initiativen</i>	1	4	52	1	4	42
<i>Selbsthilfegruppen</i>	1	4	67	1	2	56
<i>Frauen-/Männergruppen</i>	1	3	41	1	1	30
<i>Dritte-Welt-Initiativen</i>	1	6	65	1	4	59
<i>Menschenrechtsgruppen</i>	1	5	68	1	3	66
<i>Stadtteil-/Nachbarschafts-/regionale Initiativen</i>	2	8	52	1	6	48
<i>Tierschützer/ Tierschutzinitiativen</i>	3	10	71	2	6	68
Ost	Frauen			Männer		
<i>Umweltschutzgruppen</i>	1	6	79	1	7	67
<i>Friedensinitiativen</i>	0	4	78	1	5	69
<i>Anti-AKW-Initiativen</i>	1	1	54	0	2	43
<i>Selbsthilfegruppen</i>	1	3	71	1	3	56
<i>Frauen-/Männergruppen</i>	0	3	40	0	1	27
<i>Dritte-Welt-Initiativen</i>	1	4	62	1	3	49
<i>Menschenrechtsgruppen</i>	0	2	64	0	4	56
<i>Stadtteil-/Nachbarschafts-/regionale Initiativen</i>	1	6	54	1	6	47
<i>Tierschützer/ Tierschutzinitiativen</i>	1	7	77	1	5	66

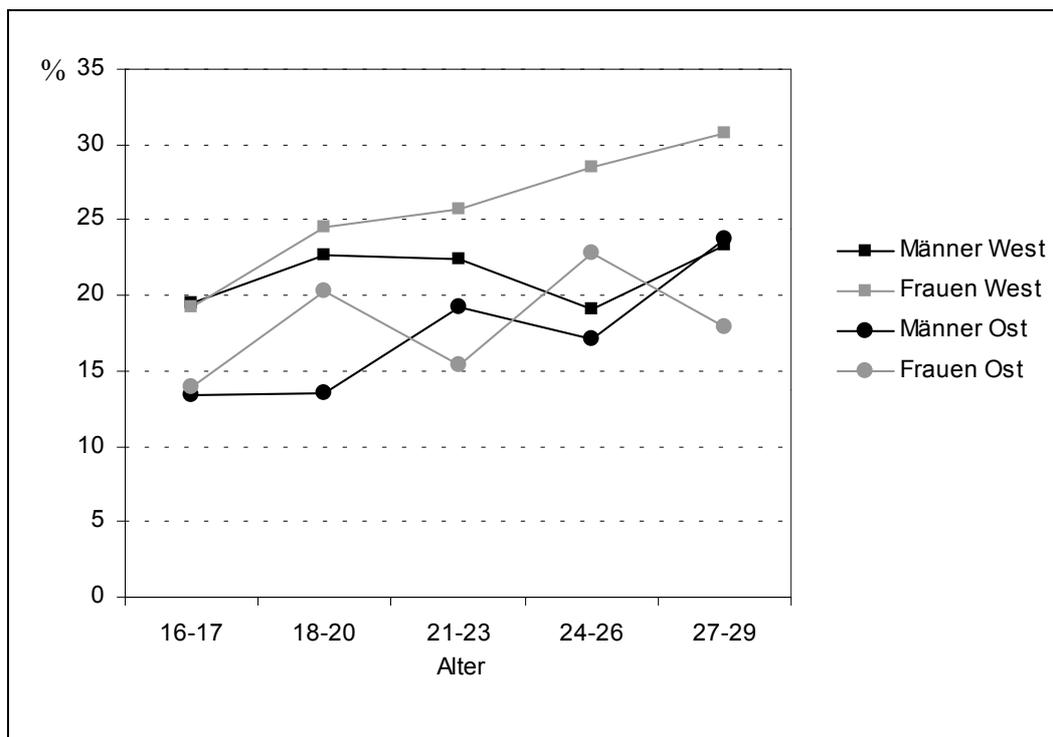
Quelle: DJI-Jugendsurvey 1997.

Obwohl die männlichen Befragten größeres politisches Interesse bekunden als weibliche, sind sie weniger entschlossen in ihren Einstellungen gegenüber informellen Gruppierungen und auch inaktiver hinsichtlich des Besuchs von entsprechenden Treffen oder der Mitarbeit. Die Mädchen und jungen Frauen sind es, die hier häufiger zu positiven Einstellungen kommen und sich tatsächlich engagieren (vgl. Gaiser/de Rijke 2000: 290f.). Bei der Beteiligung in neuen sozialen Bewegungen finden sich mit steigendem Alter gerade in den alten Bundesländern zunehmend viele junge Frauen. Dieser Umstand verdankt sich insbesondere den höher gebildeten weiblichen Befragten. Hierin kommt zum Ausdruck, dass in solchen politischen Zusammenhängen, die in den alten Bundesländern über eine gewisse Tradition verfügen und

auch durch die Frauenbewegung mitgetragen wurden, sich insbesondere die westdeutschen Frauen mit ihren politischen Vorstellungen jenseits traditioneller Themen und Aktionsformen einbringen und in der Öffentlichkeit Gehör verschaffen.

Aus dem generell großen Engagement der Frauen in den neuen sozialen Bewegungen kann man nicht schließen, dass sie innerhalb der Gruppen gleichberechtigt mit Männern agieren. Männer übernehmen oftmals die Führungsrollen, setzen sich in Diskussionen leichter durch und bestimmen, was gemacht wird. Im Freiwilligensurvey 1999 zeigt sich nicht nur bei den Erwachsenen, sondern auch bei den jüngeren Befragten (14 bis 24 Jahre) ein deutlich geschlechtsspezifisch differenziertes Profil bürgerschaftlichen Engagements. Die Mädchen und jungen Frauen sind im helfenden Ehrenamt zu finden, die Jungen und jungen Männer dort, wo technischer Einsatz und politisches Agieren gefragt ist. Die stärkere strukturelle Verankerung der Männer in einflussreichen Positionen führt dazu, dass Frauen auch dort, wo sie in der Überzahl sind, kaum Teilhabechancen an Macht- und Entscheidungsprozessen haben (vgl. Zierau 2000, Picot 2000a).

Abbildung 8: Aktivität in neuen sozialen Bewegungen* nach Altersgruppen in %



* Entspricht der Mitarbeit bzw. ab und zu dem Besuch eines Treffens/einer Veranstaltung bei mindestens einer der folgenden Gruppen: Umweltschutzgruppen, Friedensinitiativen, Anti-AKW-Initiativen, Selbsthilfegruppen, Frauen-/Männergruppen, Dritte-Welt-Initiativen, Menschenrechtsgruppen, Stadtteil-/regionale Initiativen.
Quelle: DJI-Jugendsurvey 1997.

4. Fazit

Die unterschiedlichen Partizipationsprofile junger Frauen und Männer erhärten die These verschiedener Zugangswege, die auf strukturelle Barrieren wie auf die unterschiedliche Relevanz macht- und durchsetzungsorientierter Verhaltensformen zurückzuführen ist. Die feministische Politikwissenschaft „rückt das Geschlecht (gender) als soziale und kulturelle Strukturkategorie und das Geschlechterverhältnis als gesellschaftliches Ordnungsprinzip in den Mittelpunkt“ (Meyer 2002: 138). Sie kritisiert die Blindheit traditioneller Politikwissenschaft gegenüber der Bedeutung von Geschlechterverhältnissen in der Politik und ihre implizite unhinterfragte Orientierung an der männlichen Norm für politische Aktivitäten (Kulke 2002). Dies bedeutet aber auch, dass das politische Engagement von Frauen häufig nur unter einer Defizitperspektive wahrgenommen werden kann. Eine Lösung dieses Dilemmas ist die Einführung eines weiten und gender-sensiblen Politikbegriffs in empirischen Untersuchungen, der eine breite Palette bürgerschaftlichen und sozialen Engagements erfasst.

Die repräsentativen Jugendstudien der letzten zehn Jahre versuchen das soziale und politische Engagement Jugendlicher sehr breit zu erfassen. Die Ergebnisse des DJI-Jugendsurveys bestätigen das geringere politische Interesse von jungen Frauen. Gleichzeitig wurde aber auch deutlich, dass damit nur eine Facette des politischen Potenzials von Frauen sichtbar wird. Insbesondere gut gebildete junge Frauen sehen sich durchaus als politische Akteure. Sie entwickeln Vorstellungen über mögliche Aktivitätsformen, bringen diese jedoch eher abseits der traditionellen Politikfelder ein. Junge Frauen partizipieren dort, wo Zugangswege offener sind und institutionelle Kräfte geringere Hemmwirkungen besitzen. Dies spiegelt sich sowohl in ihren Vorstellungen von politischem Handeln als auch in den von ihnen gewählten Betätigungsfeldern. Problematisch bleibt dabei, dass gerade dort die faktischen Einflussmöglichkeiten auf politische Entscheidungen geringer sind.

Auch in der jüngsten Shell-Jugendstudie von 2002 (Deutsche Shell AG 2002) kommen die Autoren zu dem Schluss, dass die Jugendlichen trotz ihrer Ferne von der „großen Politik“ in ihrem näheren und ferneren Lebensumfeld eine gesellschaftlich aktive Gruppe sind. Dieses Engagement wird aber nicht als politisch verstanden, wenngleich es seiner Bedeutung für die Gesellschaft als politisches zu verstehen ist. Während Jungen und junge Männer in Vereinen, bei der Freiwilligen Feuerwehr und Rettungsdiensten, bei Parteien und Gewerkschaften vermehrt aktiv sind, findet die gesellschaftliche Aktivität von Mädchen und jungen Frauen vermehrt individuell oder in Bürger- und Umweltinitiativen sowie in Hilfsorganisationen statt.

Westle (2000) kommt in ihren Analysen zur geschlechtsspezifischen Partizipation zu dem Schluss, dass die schlechteren Beteiligungschancen von Frauen nur dann aufgehoben werden können, wenn die verschiedenen Lebensformen im Produktions- und Reproduktionsbereich für Männer und Frauen gleichermaßen selbstverständlich auswählbar, kombinierbar und lebbar sind. Angesichts der gesellschaftlichen Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern findet es sie sogar erstaunlich, „dass die Unterschiede in der politischen Partizipation zwischen Männern und Frauen nicht größer ausfallen. Offenbar „kompensieren“ Frauen ihre seltenere Mitgliedschaft in Organisationen teilweise durch andere soziale Netzwerke, die ebenso politisch mobilisierende Eigenschaften haben können“ (Westle 2000: 156).

Nissen (2003) merkt zu Recht an, dass in der politischen Sozialisationsforschung die Kategorie Geschlecht bisher zu wenig berücksichtigt worden ist und hier insbesondere die geschlechtsspezifische politische Sozialisation in der Kindheit zu kurz gekommen ist. „Da sich politisches Lernen im Kontext geschlechtsspezifischer gesellschaftlicher Arbeitsteilung vollzieht, agieren die weiblichen und männlichen Individuen immer auch innerhalb der Grammatik der herrschenden Geschlechter-Arrangements und der symbolischen Ordnung der Zweigeschlechtlichkeit ... Dennoch bleibt die Frage offen, durch welche politischen Sozialisationsverläufe Bestätigung, Verhärtungen oder transformative Prozesse provoziert und in Gang gebracht werden können bzw. verhindert werden“ (Kulke 2002: 431/432).

Literatur

- Achatz, Juliane/Gaiser, Wolfgang/Gille, Martina (1999): Geschlecht und Partizipation. In: Diskurs 10 (1999) 1. S. 58-67.
- Braun, Joachim/Klages, Helmut (2000): Freiwilliges Engagement in Deutschland – Freiwilligensurvey 1999 –. Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Band 2: Zugangswege zum freiwilligen Engagement und Engagementpotenzial in den neuen und alten Bundesländern. Hrsg. vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Band 194.2. Stuttgart/Berlin/Köln.
- Cornelißen, Waltraud (1993): Politische Partizipation von Frauen in der alten Bundesrepublik und im vereinten Deutschland. In: Helwig, Gisela/Nickel, Hildegard Maria (Hgg.): Frauen in Deutschland 1945-1992. Bonn. S. 321-349.
- Deutsche Shell (Hg.) (2002): Jugend 2002. Zwischen pragmatischem Idealismus und robustem Materialismus. Hamburg.
- Gaiser, Wolfgang/Rijke, Johann de (2000): Partizipation und politisches Engagement. In: Gille, Martina/Krüger, Winfried (Hgg.): Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16-29jährigen im vereinigten Deutschland. Opladen. S. 267-323.
- Gille, Martina/Krüger, Winfried (Hgg.) (2000): Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16-29jährigen im vereinigten Deutschland. DJI-Jugendsurvey 2. Opladen.

- Gille, Martina/Krüger, Winfried/de Rijke, Johann (2000): Politische Orientierungen. In: Gille, Martina, Krüger, Winfried (Hgg.): Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16- bis 29jährigen im vereinigten Deutschland. Opladen. S. 205-265.
- Hoffmann-Lange, Ursula (Hg.) (1995): Jugend und Demokratie in Deutschland. DJI-Jugendsurvey 1. Opladen.
- Institut für praxisorientierte Sozialforschung – IPOS (1999): Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland. Mannheim.
- Institut für praxisorientierte Sozialforschung – IPOS (2002): Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland. Mannheim.
- Kulke, Christine (2002): Politische Sozialisation: Geschlecht/ Geschlechterverhältnisse. In: Greiffenhagen, Martin/ Greiffenhagen, Sylvia (Hgg.): Handwörterbuch zur politischen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen. S. 427-436.
- Meyer, Birgit (1997): Frauen im Männerbund. Politikerinnen in Führungspositionen von der Nachkriegszeit bis heute. Frankfurt a.M.
- Meyer, Birgit (1999): „Wenn man so politisch aktiv ist, muß man sich ja noch lange nicht für Politik interessieren.“ Zum Politikverständnis von Mädchen. In: Zeitschrift für Frauenforschung (1999) 1+2. S. 64-77.
- Meyer, Birgit (2002): Feminismus. In: Greiffenhagen, Martin/Greiffenhagen, Sylvia (Hgg.): Handwörterbuch zur politischen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen. S. 137-144.
- Nickel, Hildegard Maria (1997): Der Transformationsprozeß in Ost- und Westdeutschland und seine Folgen für das Geschlechterverhältnis. In: APuZ 47 (1997) B 51. S. 20-29.
- Nissen, Ursula (2004): Kindheit und Geschlecht: eine fehlende Perspektive in der Forschung zur politischen Sozialisation. In: Ostendorf, Helga (Hg.), Die politische Steuerung des Geschlechterregimes – Beiträge zur Theorie politischer Institutionen. Wiesbaden. i.E.
- Picot, Sibylle (2000): Freiwilliges Engagement in Deutschland – Freiwilligensurvey 1999. Band 3: Frauen und Männer, Jugend, Senioren, Sport. Band 194.3. Schriftenreihe des BMFSFJ.
- Picot, Sibylle (2000a): Jugend und freiwilliges Engagement. In: Picot, Sibylle: Freiwilliges Engagement in Deutschland – Freiwilligensurvey 1999. Band 3: Frauen und Männer, Jugend, Senioren, Sport. Band 194.3. Schriftenreihe des BMFSFJ. S. 111-301.
- Rosenblatt, Bernhard von (2000): Freiwilliges Engagement in Deutschland - Freiwilligensurvey 1999 –. Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Band 1: Gesamtbericht. Hrsg. vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Band 194.1. Stuttgart/Berlin/Köln.
- Rosenblatt, Bernhard von /Blanke, Karen (2000): Ehrenamt und Freiwilligenarbeit im Sport. In: Picot, Sibylle: Freiwilliges Engagement in Deutschland – Freiwilligensurvey 1999. Band 3: Frauen und Männer, Jugend, Senioren, Sport. Band 194.3. Schriftenreihe des BMFSFJ. S. 303-358.
- Sauer, Birgit (1995): Geschlecht als Variable oder Strukturkategorie? „Political Culture Revisited“. In: Kreisky, Eva/Sauer, Birgit (Hgg.): Feministische Standpunkte in der Politikwissenschaft: eine Einführung. Frankfurt a. M./New York. S. 161-199.
- Schneider, Helmut (1995): Politische Partizipation - zwischen Krise und Wandel. In: Hoffmann-Lange, Ursula (Hg.): Jugend und Demokratie in Deutschland. Opladen. S. 275-335.

- Spellerberg, Annette (1997): Frauen zwischen Familie und Beruf. In: Zapf, Wolfgang/Habich, Roland (Hgg.): Die Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland. Berlin, 2. Aufl. 1997. S. 99-120.
- Westle, Bettina (2000): Politische Partizipation: Mobilisierung als Faktor geschlechtsspezifischer Ungleichheit. In: Niedermayer, Oskar/Westle, Bettina (Hgg.): Demokratie und Partizipation. Festschrift für Max Kaase. Wiesbaden. S. 136-159.
- Zierau, Johanna (2000): Genderperspektive – Freiwilligenarbeit, ehrenamtliche Tätigkeit und bürgerschaftliches Engagement bei Männern und Frauen. In: Picot, Sibylle: Freiwilliges Engagement in Deutschland – Freiwilligensurvey 1999. Band 3: Frauen und Männer, Jugend, Senioren, Sport. Band 194.3. Schriftenreihe des BMFSFJ. S. 15-110.

Jugendkulturen und Politik.

Die Verortung jugendkultureller Vergemeinschaftungen im subpolitischen Feld

Dirk Villányi/Matthias D. Witte

Einleitung

Der vorliegende Beitrag greift die zunächst schlicht anmutende Frage auf, wie politisch Jugend und Jugendkulturen heute sind, die im darüber aktuell stattfindenden Diskurs unterschiedlich, z.T. gegensätzlich beantwortet wird. Damit einher geht der u.a. von Ulrich Beck in die Diskussion gebrachte *Kategorienwandel des Politischen*, welcher sich im Zuge reflexiver Modernisierung immer deutlicher ausformt.

So ist die im ersten Abschnitt beschriebene *Heterotopie des Politischen* Ergebnis einer beobachtbaren Entpolitisierung von traditionell Politischem und der zugleich stattfindenden Politisierung vormals Unpolitischem – so auch jugendkultureller Lebenswelten. Becks Begriff der „Subpolitik“ erweitert hier den der Politik.

Der zweite Abschnitt fokussiert drei *Formen jugendkultureller Widerständigkeit*. Neben den von Rainer Paris erarbeiteten Formen des *Protests* und des *schwachen Dissenses* wird hier die „Politik der Lebensstile“ als eine als kategorisch neu aufzufassende, *subpolitische* Form jugendkultureller Widerständigkeit behandelt.

Im *subpolitischen Feld*, ein von den Autoren entworfenes Schema, werden danach, in einem dritten Abschnitt, verschiedene jugendkulturelle Vergemeinschaftungen politisch und subpolitisch verortet. Dies geschieht im Rückgriff auf eine von Dieter Rucht und Roland Roth vorgenommene politische Differenzierung jugendkultureller Ausdrucksformen. Die im ersten und zweiten Abschnitt vorgestellten Überlegungen werden hier mit eingearbeitet.

Im vierten Abschnitt geht es um die *Dynamik der Jugendkulturen* innerhalb des subpolitischen Feldes. Schließlich werden im fünften Abschnitt Aspekte der *Politik im virtuellen Raum* näher beleuchtet.

1. Die Heterotopie des Politischen im Zuge reflexiver Modernisierung

Vor dem Hintergrund einer sich stetig verändernden Gesellschaft erfahren wir heute, den Soziologen Ulrich Beck, Anthony Giddens und Scott Lash (1996) zu Folge, eine Modernisierung der Moderne, welche auch als „reflexive Modernisierung“ bezeichnet wird. Die reflexive Modernisierung ist gekennzeichnet vom „Zusammenbruch bisheriger Basisselbstverständ-

lichkeiten“ (Beck 1996: 19). Traditionelle Vorstellungen, wie die des Nationalstaates, der Klassen, der Männer- und Frauenrollen, der bürgerlichen Kleinfamilie, des Technikglaubens und wissenschaftlichen Wahrheitsmonopols, können als solche Basisselbstverständlichkeiten beschrieben werden. Diese entspringen der „ersten Moderne“, welche – dem vergangenen Industriezeitalter angehörig – bereits hinter uns liegt. Dahingegen befindet sich die gegenwärtige Gesellschaft auf dem Weg in eine *andere*, d.h. „zweite Moderne“. Sie ist durchtränkt von Ungewissheiten und Unvorhersehbarkeiten, welche sich nicht zuletzt in dem Begriff der viel zitierten „Risikogesellschaft“ (Beck 1986) manifestieren.

Ausgehend von Becks Individualisierungsthese stehen wir heute nicht nur vor der Freiheit, entscheiden zu *dürfen*, sondern ebenso vor dem Zwang, entscheiden zu *müssen*. Die Individualisierung, die als ein Transformationsprozess von Fremd- hin zur Selbstbestimmung beschrieben werden kann, befreit also einerseits den Menschen von äußeren Zwängen, „verurteilt“ ihn andererseits aber auch zur Freiheit. Mit der Kontingenzerfahrung, das heißt mit der bewussten Wahrnehmung einer auch anders wählbaren Möglichkeit, stellt sich zugleich die Frage nach notwendigen Entscheidungskriterien. Gleichzeitig wächst auch das Bewusstsein dafür, dass jeder einzelne in einer sich individualisierenden Gesellschaft die Konsequenzen seiner Entscheidungen mehr und mehr selbst zu tragen hat. So muss der Mensch „lernen, sich selbst als Handlungszentrum, als Planungsbüro in Bezug auf seinen eigenen Lebenslauf, seine Fähigkeiten, Orientierungen, Partnerschaften usw. zu begreifen“ (Beck 1986: 217).

Der Verlust von Basisselbstverständlichkeiten und die damit verbundenen (individuell wahrgenommenen) Unsicherheiten sind also *ein* Merkmal der reflexiven Modernisierung unserer Gesellschaft. Allem Anschein nach sind die bis in die 60er und 70er Jahre des 20. Jahrhunderts noch etablierten Formen einer institutionalisierten Politik heute immer weniger in der Lage, diese Unsicherheiten von der Lebenswelt des Einzelnen und hier im Besonderen der Jugendlichen fernzuhalten.

Doch erst in der Gegenwart, mit dem immer deutlicheren Sichtbarwerden von Unsicherheiten in der Lebenswelt der Jugendlichen, verlieren politische Institutionen zusehends ihre Glaubwürdigkeit. Zudem haben Jugendliche heute das Gefühl, dass ihre Interessen in der Politik nicht vertreten werden. Sie verstehen politische Parteien und ihre Repräsentanten, wie es Christian Palentien und Klaus Hurrelmann (1997) treffend formulieren, „nicht mehr als „Sprachrohr“ für die Belange und Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger, sondern [eher] als Funktionäre eines abgehobenen Kartells von Parteien und Regierungsapparaten“ (Palentien/Hurrelmann 1997: 19).

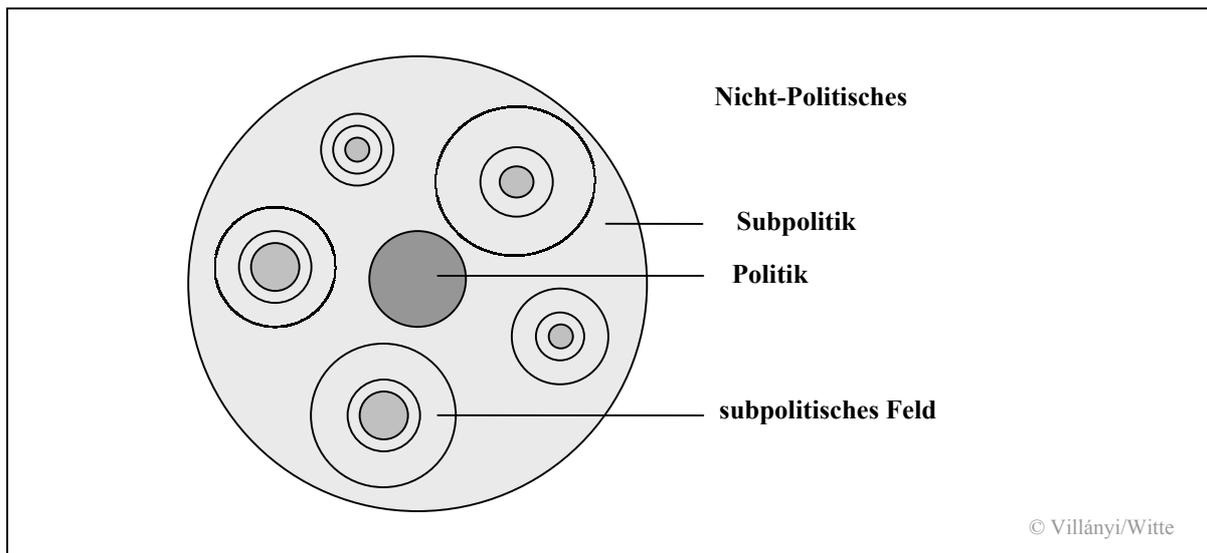
Schließlich haben viele Jugendliche die Vorstellung aufgegeben, an politischen Entscheidungen tatsächlich mitwirken zu können. Und so belegt die Vielzahl empirischer Studien, dass Jugendliche aufgrund ihrer Unzufriedenheit mit der Funktionsweise und den Leistungen der Politik Abstand vom politischen System nehmen (vgl. hierzu z.B. Hoffmann-Lange 1995; Gille/Krüger 2000; Vogelgesang 2001; Deutsche Shell 1997, 2000, 2002; Burdewick 2003). Forschungsbefunde konstatieren einhellig den Trend – unterschiedlich ausgeprägt in den soziodemographischen Kategorien wie Alter, Bildungsgrad, Geschlecht, Region (Ost/West) – zum stetig rückläufigen Interesse an institutionalisierter Politik, zur abnehmenden Parteienbindung, sinkender Wahlbeteiligung und zum geringen *traditionell*-politischen Engagement der jungen Generation. Damit lässt sich zunächst auf Seiten der Jugendlichen eine *Entpolitisierung* der traditionellen, institutionalisierten Politik beobachten.

Im Gegenzug dazu führt die reflexive Modernisierung ein weiteres Merkmal mit sich: die *Politisierung* des vorerst (in der ersten Moderne) Unpolitischen. Politik scheint sich lokal zu verschieben. So resümiert Beck (1993): „Wir suchen das Politische am falschen Ort, mit den falschen Begriffen, in den falschen Etagen, auf den falschen Seiten der Tageszeitungen. Genau die Entscheidungsbereiche, die im Modell des Industriekapitalismus im Windschatten des Politischen liegen – Privatheit, Wirtschaft, Wissenschaft, Kommunen, Alltag usw. –, geraten in der reflexiven Moderne in die Stürme der politischen Auseinandersetzungen“ (Beck 1993: 157).

Mit der *Heterotopie des Politischen* im Zuge reflexiver Modernisierung wird deutlich, dass dies notwendigerweise die Konsequenz nach sich zieht, sich von einstmalen elaborierten Begriffen, Beobachtungsmustern und -schablonen in der Sozialwissenschaft verabschieden und neue entwerfen zu müssen. So fehlt dem Sozialwissenschaftler heute des Öfteren schlicht die zeitgemäße „Begriffsbrille“ (Beck 1996: 23), welche politische Phänomene überhaupt erst sichtbar werden lässt. Unzeitgemäße, z.T. einfach unzureichend differenzierte Beobachtungskategorien führen schließlich zu Aussagen, wie z.B. jener: *Jugendliche seien politikverdrossen*. In einer Studie zur „Jugend und Politikverdrossenheit“ belegt Gert Pickel (2002), dass es sich bei Politikverdrossenheit keineswegs um ein *eindimensionales* Phänomen handelt. Vielmehr wird deutlich, dass sich das politische Handeln Jugendlicher, u.a. aufgrund der Aversionen gegenüber Parteien und Politikern, in *neue Räume* – wie noch gezeigt werden soll – schließlich in deren Lebenswelt verlagert hat. Es kommt also zu einer *Politisierung der Lebenswelt* Jugendlicher – politisches Engagement nimmt hier ihren Ausgang. An dieser Stelle erweitert Beck den Begriff der „Politik“ mit dem der „Subpolitik“ (vgl. u.a. Beck 1986: 301ff.; Beck 1993: 154ff.).

Subpolitik soll hier als eine *erweiterte Dimension des Politischen* begriffen werden. Im Unterschied zur Politik¹ schließt Subpolitik zum einen auch Akteure *außerhalb* des politischen oder korporatistischen Systems in die Gesellschaftsgestaltung mit ein. Zum anderen konkurrieren nicht nur soziale und kollektive Akteure um die Gestaltungsmacht des Politischen, sondern auch Individuen (vgl. Beck 1993: 162).

Abbildung 1: Politik, Subpolitik und Nicht-Politisches



Schließlich können Subpolitik und Nicht-Politisches voneinander unterschieden werden – die Erweiterung der Politik durch die subpolitische Dimension führt keineswegs, wie Kritiker häufig behaupten, zur Entgrenzung des Politischen. Vielmehr bedarf das subpolitische Handeln eines Sozialbezugs sowie eines Grundlagen- und Öffentlichkeitsbezugs. „Subpolitik zielt auf (experimentelle) Grundlagenveränderungen des sozialen Lebens, die in öffentliche Auseinandersetzungen um soziale Selbstbeschreibungen einmünden“ (Beck/Hajer/Kesselring 1999: 12).

Im Bereich der Subpolitik lässt sich eine Vielzahl von Handlungsfeldern ausmachen, um deren Zentrum sich ein „subpolitisches Feld“ (s. Abschnitt 3) aufbaut: hierzu zählen u.a. Bürgerinitiativen, soziale Bewegungen und Jugendkulturen.

1 Der *Politik*-Begriff umfasst die Dimensionen „Policy“, „Politics“ und „Polity“. Policy, als inhaltliche Dimension von Politik, beschreibt die Inhalte politischer Programme zur Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse (z.B. Umweltpolitik). Politics steht für den Prozess der politischen Auseinandersetzung mit diesen Inhalten; als Kampf um Macht und Einflussnahme. Polity schließlich beschreibt den durch das Grundgesetz verankerten Rahmen, nach denen policy und politics stattfinden. Diese drei Dimensionen erstrecken sich definitiv ausschließlich auf den staatlichen Sektor politischen Handelns.

2. Der Protest, der schwache Dissens und die Politik der Lebensstile als Formen jugendkultureller Widerständigkeit

2.1 Jugendkulturen als Erfahrungsräume des Politischen²

Erziehung und Bildung hin zu einem politischen Bewusstsein, darauf weisen Beobachtungen hin, werden in den herkömmlichen „Sozialisationsagenturen“ (Hitzler/Bucher/Niederbacher 2001: 19) unvollständig vollzogen. Familie, Schule und Jugendorganisationen haben, so ließe sich vermuten, den Jugendlichen zwar politisches Denken mit auf den Weg gegeben, ihnen jedoch in unzureichendem Maße Räume politischen Handelns eröffnet. Es wurde und wird also den Jugendlichen theoretisch vermittelt, wie politisch zu verfahren ist, zugleich aber wird eine politische Praxis in den jeweiligen Agenturen nicht mit eingebunden.

Als *eine* Antwort auf die unzureichend eingeräumten Möglichkeiten sozialer und politischer Partizipation erscheinen Jugendkulturen. Diese fungieren als eine Art Kristallisationspunkt, der es Jugendlichen ermöglicht, sich Interessens- und Gesinnungsgemeinschaften anzuschließen. Jugendkulturen fungieren dabei als ein distinkter Ort; als Medium, sich von anderen zu unterscheiden. Dies geschieht über die jeweils konstitutiven Elemente einer Jugendkultur: *thematischer Fokus, Einstellungen und Motive, Lebensstil, Treffpunkte und Events, Kleidung, Musik und Medien* (Hitzler/Bucher/Niederbacher 2001: 31ff.). Die politische Dimension spiegelt sich dann in der spezifischen Ausformung dieser Elemente wider. Dafür muss der thematische Fokus nicht einmal explizit politisch sein. Gerade in der Kleidung, den modischen Accessoires, der Musik, dann aber auch im jugendkulturellen Lebensstil – und dies ist grundlegend für ein *neues* Verständnis des Politischen – manifestieren sich (politische) Einstellungen und Motive der Jugendlichen.

Die Widerständigkeit findet in den jugendkulturellen Stilelementen unterschiedliche Ausdrucksformen. Dies soll, ausgehend von den Protest-Elementen, wie sie Rainer Paris ausführlich beschreibt, im Folgenden veranschaulicht werden.

2.2 Formen jugendkultureller Widerständigkeit

Der Rückgriff auf die von Paris (2000) herausgearbeiteten sechs Elemente des Protests soll die Unterschiedlichkeit des Protestverhaltens erklären.

1. *Normbruch/Suspendierung von Normalität.* Jeder Protest, jedes Protestieren ist abweichendes Verhalten. Protestieren bedeutet immer zugleich geltende Regeln zu verletzen und die situative Norm zu durchbrechen. In diesem Zusammenhang wird deutlich, dass

2 Der Bezeichnung „politisch“ liegt hier nun der erweiterte Politik-Begriff zugrunde, der die subpolitische Dimension mit aufnimmt.

auch ein gut gemeinter, konstruktiver, innovativer Vorschlag zunächst als abweichend, d.h. als anomisch bezeichnet werden kann. Der Normbruch – und dies scheint ein wesentliches Merkmal des Protests zu sein – ist *bewusst* und *beabsichtigt*.

2. *Explizität*. Protest ist ausdrückliches Handeln, das *definitiv* Position bezieht und keinen Zweifel offen lässt. Einen „heimlichen“ Protest kann es nicht geben.
3. *Delegitimierung*. Protestieren bedeutet also die bestehenden Verhältnisse, die bestehende Ordnung zu delegitimieren. Zugleich wird diese Regelverletzung nur dadurch gedeckt, weil die eigenen normativen Prinzipien und Werte höher eingeschätzt werden.
4. *Affektive Aufladung/Polarisierung*. Ein Protest erscheint unglaubwürdig, der Protestierende wenig authentisch, wenn ohne Heftigkeit und Leidenschaft agiert wird. Dennoch muss es ihm gelingen seine moralische Motivation in rationale Begründungen zu übersetzen. Es zählt hier der *zwanglose Zwang des besseren Arguments*. „Protest ist deshalb immer zugleich: Rationalisierung von Affekten, Bändigung der eigenen Emotionen, Verwandlung von spontanen Impulsen in verallgemeinerbare Kritik“ (Paris 2000: 52). Weiterhin zieht die Tatsache, Emotionen nicht konservieren zu können, häufig die Konsequenz einer Polarisierung nach sich, die so der Verfestigung der eigenen Anschauung dienen.
5. *Öffentlichkeit*. Protest erstrebt und erzwingt Aufmerksamkeit. Die Potenzierung der Öffentlichkeitswirkung durch die Massenmedien ist damit von zentraler Bedeutung. Adressaten des Protests sind dabei nicht nur die Repräsentanten der vorherrschenden Ordnung. Vielmehr wendet sich der Protest an die vielen, bislang neutralen oder gleichgültigen Dritten, dies mit Blick auf das subpolitische Feld: also auf die Halbperipherie und die Peripherie. Hauptziel des Protests ist immer die Überwindung der Lethargie untätiger Zuschauer.
6. *Organisation*. Protest ist oft zunächst punktuell. Will er dauerhaft Wirkung erzeugen, kommt er nicht umhin, sich zu organisieren. Trotz der vielfach informell strukturierten und vernetzten Ausformung von Protestbewegungen, bilden sich schnell quasi-professionelle Kerne heraus, die als Organisatoren die Entwicklung der Kultur vorantreiben und durch Aktionen verstetigen (vgl. hierzu auch „Szene-Kern“ und „Organisationselite“ bei Hitzler/Bucher/Niederbacher 2001: 27f., 212ff.).

Diese sechs Elemente lassen sich in einem hohen Maße in *explizit politischen* Jugendkulturen ausmachen (wie in Abschnitt 3 zu sehen sein wird). Die Funktion einer solchen, traditionell aufzufassenden Protestbewegung liegt jedoch weniger in der selbst vorgenommenen Abschaffung gesellschaftlicher Missstände, als vielmehr in deren Thematisierung (vgl. ausführlich Luhmann/Hellmann 1996).

Neben diesen sechs Elementen des Protests sind unterschiedliche Protest-Formen zu unterscheiden: „(politischer) Protest“, „schwacher Dissens“, welchen Paris auch als „subkulturellen Protest“ bezeichnet und als dritte Form die „Politik der Lebensstile“.

Die o.g. Protest-Elemente lassen sich ebenso beim *schwachen Dissens* ausmachen, der als eine abgeschwächte Form des Protests verstanden werden soll. Als jugendkulturelle Form der Widerständigkeit verneint der schwache Dissens zwar das bürgerliche Establishment, bleibt dabei allerdings zu unbestimmt, da er nicht *verbal*, sondern vor allem durch jugendkulturelle *Symbolik* Abweichen von der Norm demonstriert. „[Er] reicht von der grünen Haarsträhne des Punks, dem Marschtritt und der Verwendung von Nazisymbolen in rechten Jugendcliquen,

coolem Herumlungern oder Verscheißern von Bürgern und Autoritäten bis hin zu kriminellen Übergriffen bei Krawallen und Aufmärschen. Provozierende Kleidung, Graffiti, eine 'aufreizende' Mimik und Gestik, Schnoddrigkeit und demonstrative Gewaltbereitschaft“ (Paris 2000: 54).

Der *Normbruch* bedeutet hier vor allem die Überschreitung von Sittennormen und kommt weniger durch den Bruch von Rechtsnormen zum Ausdruck, wenngleich Provokationen (um glaubwürdig zu bleiben) häufig im Rechtsbruch münden. Die *Demonstration* der Abweichung ist beim schwachen Dissens eine gesteigerte, noch expressivere Form der Entäußerung, gerade weil *nicht* sprachlich-rational argumentiert wird. Der Protestierende spricht sich von der Verpflichtung frei, seine Kritik am Vorherrschenden elaboriert begründen zu müssen. Denn während sich oppositionelle Sprache an ein konkretes Gegenüber richtet, fehlt diesen Jugendkulturen aufgrund ihrer vieldeutigen Gesten und Symbole die kommunikative Zielgerichtetheit. Auch wird bei der Frage nach den Intentionen immer wieder deutlich, dass vielfach nicht genau formuliert werden kann, *was* eigentlich erreicht werden soll. Diese Jugendkulturen bleiben trotz der von ihnen empfundenen sozialen und kulturellen Unzulänglichkeiten der Gesellschaft (verbal) sprachlos. Der Jugendforscher Dieter Baacke (1970) beschreibt dies am Phänomen des Beats und bezeichnet diese Jugendkultur deshalb als „sprachlose Opposition“. Die Ursachen für das Verharren Jugendlicher im Sprachlosen sind vielschichtig. Als *einen* wesentlichen Grund nennt Baacke die „Unfähigkeit zur Diskussion gesellschaftlicher Tatbestände“ (Baacke 1970: 29). Darin ist nicht nur enthalten, dass es ein ungenügendes Wissen über die Spielregeln der Politik gibt, sondern ebenso die Kritik an der Unfähigkeit des Argumentierens. Schließlich wird Intellektualität und Rhetorik im Politischen prämiert (vgl. Paris 2000: 52), wodurch Politik für eine Vielzahl von Jugendkulturen unattraktiv erscheint. So ist der *Anti-Intellektualismus* geradezu ein typisches Kennzeichen von vielen jugendkulturellen Strömungen; Diskussionen werden als „Gelaber“ abgewehrt. Doch auch die Enttäuschung über gescheiterte (politische) Diskussionen und konkret unternommene Aktionen lassen viele Jugendliche sprachlos werden. So geht es bei Jugendkulturen des schwachen Dissens' weniger um *Delegitimierung* und Veränderung, als vielmehr um „unübersehbare aggressive Distinktion“ (Paris 2000: 57). Ihr Handeln unterliegt weit mehr ihren Stimmungen und *Gefühlen*, die sie nur schwer zu steuern vermögen, da sie ihren Unmut nicht zu rationalisieren, d.h. sprachlich zu fassen suchen. Dennoch wird auch hier *Öffentlichkeit* gesucht. Der schwache Dissens jedoch verkehrt das Verhältnis der Jugendkultur zu seinem vermeintlichen Publikum ins Gegenteil. Die Öffentlichkeit soll nicht wie bei den Protestbewegungen als Sympathisant gewonnen werden, sondern wird vielmehr selbst zum Adressaten der Provokation. Auf-

grund mangelnder Organisationsstruktur – anstatt einer Institutionalisierung bestimmt Gruppendynamik das soziale Miteinander – lässt sich dann auch ein „Wortführer“ für die eigenen Interessen nicht delegieren. Schließlich konstatiert Paris (2000: 59) treffend: „Wer verhindern will, dass Protest am Ende Arbeit macht, tut gut daran, ihn nicht zu explizieren. Ohne konkrete Forderungen entfällt auch das Risiko, dass sie vielleicht erfüllt werden.“

Während dem schwachen Dissens, vor allem aber dem Protest, als Form jugendkultureller Widerständigkeit, ein traditionelles Politikverständnis zu Grunde liegt, kann die „Politik der Lebensstile“ als eine neue Form des Politischen ausgemacht werden. Sie liegt, wie Hitzler und Pfadenhauer (1999) konstatieren, jenseits gewohnter Klassifikationen; jenseits von Links und Rechts, von progressiv und konservativ, von revolutionär und reaktionär (vgl. Hitzler/Pfadenhauer 1999: 59).

Auch hier wird *Normalität suspendiert*. Die Suspendierung vollzieht sich jedoch nicht etwa durch verbale oder symbolisch geäußerte Widerständigkeit, sondern in Form jugendkulturell inszenierter Andersartigkeit. Diese Andersartigkeit kommt in dem jeweils gewählten jugendkulturellen Lebensstil³ zum Ausdruck, weshalb sich hier von einer „Politik der Lebensstile“ (vgl. Berking/Neckel 1990) sprechen lässt. Andersartigkeit wird hier *demonstriert*, indem sie gelebt, gefeiert und zelebriert wird. Auch geht es einer Politik der Unterscheidung weniger um die *Delegitimierung* von herrschenden sozialen und kulturellen Formen – hier wird kein Gegner ins Visier genommen. Vielmehr geht es ihr um das Vorleben alternativer Lebensweisen. Gemeinsam ist man auf der Suche nach Freiräumen für Partikularismen, so auch nach Räumen jenseits von Sprache und Rationalität. *Gefühle* werden weniger verbal oder symbolisch geäußert, als vielmehr (z.T. bis zur Ekstase) ausgelebt. Der Tanz entlädt und befreit Körper und vor allem den von Rationalität besetzten Geist. Die extensive Inszenierung von Individualität ist wesentlicher Bestandteil solcher Jugendkulturen. Im Lebensstil eines jeden Einzelnen manifestiert sich schließlich das Politische, das nicht als *explizit* politisch *organisiert* bestimmbar ist. Und auch hier wird die Erreichbarkeit der *Öffentlichkeit*, wie andernorts auch, medial potenziert; Andersartigkeit wird in öffentlichen Räumen inszeniert und dramatisiert.

3 Lebensstile lassen sich dabei „als expressive Muster auffassen, die sicht- und messbarer Ausdruck der gewählten Lebensführung sind“ (Vollbrecht 1997: 24). Der Lebensstil lässt sich nach Hans-Peter Müller (1992) weiterhin in vier Dimensionen: als ein expressives Verhalten, welches sich in den Freizeitaktivitäten und Konsummustern äußert; als interaktives Verhalten, welches direkt in den Formen der Geselligkeit zum Ausdruck kommt und indirekt in der Nutzung der Medien; als evaluatives Verhalten, das Wertorientierungen und Einstellungen erfasst und als kognitives Verhalten, das die Selbstidentifikation, Zugehörigkeit und Wahrnehmung der sozialen Welt steuert (vgl. Müller 1992: 63). Von Lebensstil soll in diesem Zusammenhang nur dann gesprochen werden, wenn der Handelnde sich selbst als Stilisierender erlebt (vgl. Hitzler 1994).

Es ist im Besonderen diese letztgenannte Gruppe an Jugendkulturen, der des Öfteren unterstellt wird, sie sei *nicht*-politisch. So sprechen Dieter Rucht und Roland Roth (2000) hier von „massenkulturelle[n] Inszenierungen von Jugendlichkeit, welcher der kritische Stachel bereits gezogen wurde (HipHop) oder die kaum je einen solchen Stachel besessen (Techno)“ (Rucht/Roth 2000: 301). Den beiden Autoren ist zuzustimmen, sofern diese Jugendkulturen mit dem traditionellen Politik-Begriff, wie er bereits umrissen wurde, beobachtet und beschrieben werden. Ein *sub*politisches Verständnis allerdings lässt das Aufdrücken des Labels „apolitisch“ auf diese jugendkulturellen Strömungen als übereilt und schließlich ungerechtfertigt erscheinen: Politisches Engagement kommt weniger in Worten als vielmehr in Taten zum Ausdruck. Das Aktiv-Werden Jugendlicher ist Ausdruck eines aufkeimenden (politischen) Pragmatismus', den die 14. Shell Jugendstudie (2002) belegt. Denn wo sich Unsicherheiten nicht mehr latent, sondern vordergründig in der Lebenswelt der Jugendlichen ausbreiten, gewinnt das Greifbare an neuer Bedeutung. Es verspricht den Jugendlichen ein unmittelbares Feedback auf ihre Entscheidungen. Aktionen, die ihre Wirksamkeit jenseits des Lebenswelt-Horizontes entfalten, können nur schlecht rückkoppeln, was ihre Akteure von ihnen erhoffen. Entscheidungen (die auf Veränderung abzielen) erscheinen nur dann als gelungen und sinnvoll, wenn ihre Wirksamkeit unmittelbar erfahrbar wird. Die Entfernung des politischen Systems von der Lebenswelt Jugendlicher und die Starrheit politischer Institutionen können diese Wirksamkeit in den Augen vieler Jugendlicher kaum noch erbringen. So kann die Politik der Lebensstile als eine ausgeformte Konsequenz bzw. konsequente Ausformung jugendkultureller Widerständigkeit beobachtet und beschrieben werden.

Im Folgenden soll nun der Versuch unternommen werden, einzelne Jugendkulturen (sub)politisch konkret zu verorten. Dafür wird in Rückgriff auf Ulrich Becks (1993) *Subpolitik*-Begriff ein Schema entworfen, das nachfolgend als „subpolitisches Feld“ bezeichnet wird.

3. Jugendkulturen im subpolitischen Feld

Das subpolitische Feld soll im Folgenden als Schema dienen, welches ermöglichen soll, Jugendkulturen verschiedenster Couleur nicht nur in traditionell politischer, sondern auch subpolitischer Dimension erfassen zu können. Ausgang dafür bildet die von Rucht und Roth

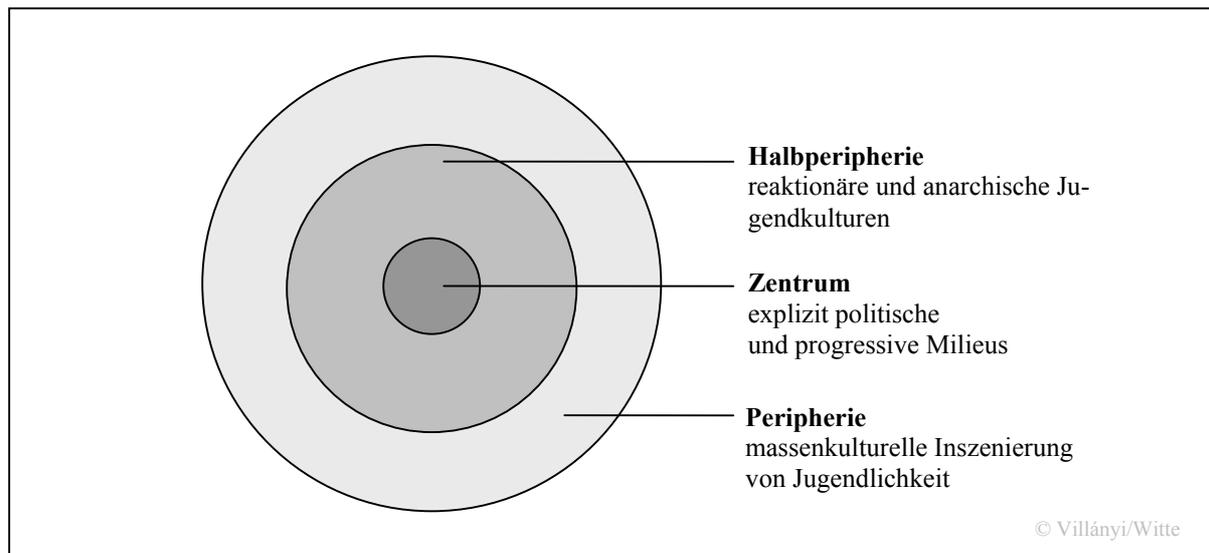
(2000: 301) vorgenommene politische Differenzierung jugendkultureller Ausdrucksformen.⁴

Die beiden Autoren unterscheiden dabei drei Hauptgruppen:

- explizit politische und progressive Milieus
- reaktionäre und ausländerfeindliche rechte Jugendkulturen
- massenkulturelle Inszenierungen von Jugendlichkeit

Diese können den drei Dimensionen dem Zentrum, der Halbperipherie und der Peripherie zugeordnet werden.

Abbildung 2: Das subpolitische Feld der Jugendkulturen



Jugendkulturen, welche sich im *Zentrum* verorten lassen, gelten als explizit politisch. Das Politische ist grundlegend für ihre Konstitution; ein Wegfall des Politischen als thematischer Fokus innerhalb solcher Kulturen würde zugleich deren Ende bedeuten. Im Bereich der *Halbperipherie* lassen sich jugendkulturelle Strömungen ausmachen, die sich zwar mit politischen Inhalten auseinandersetzen, zugleich aber beim Verlust des politischen Momentes nicht kollabieren, da andere konstitutive Elemente im eigentlichen Zentrum ihrer je eigenen Identität stehen (z.B. Musik und Sport). In der *Peripherie* des subpolitischen Feldes schließlich, finden sich die Jugendkulturen, die einem traditionellen Verständnis des Politischen weichen und einer neuen, subpolitischen Logik folgen.

Dies soll im Weiteren, vor dem Hintergrund der im zweiten Abschnitt dargelegten drei Formen jugendkultureller Widerständigkeit: Protest, schwacher Dissens und Politik der Lebensstile, weiter ausgeführt werden.

⁴ Allgemeine Versuche, die Landschaft der Jugendkulturen zu kartografisieren und zu klassifizieren, gibt es zuhauf. Doch hat nahezu jede empirische Studie neue Klassifizierungen vorgeschlagen; angefangen von ethnografischen Studien (vgl. u.a. Bohnsack et al. 1995; Ferchhoff 1999; Hitzler/Bucher/Niederbacher 2001) bis hin zu Typenbildungen auf Grundlage von Umfragedaten (vgl. u.a. Deutsche Shell 1997; Boehnke/Münch 2001).

3.1 Zentrum: Explizit politische und progressive Milieus

Die von Rucht und Roth bezeichnete Gruppe der *explizit politischen und progressiven Milieus* wird hier dem Zentrum des subpolitischen Feldes zugeordnet. Explizit politische und progressive Jugendkulturen haben was zu sagen und wollen es auch sagen. Auf ihren Fahnen steht der Wunsch nach *gesellschaftlicher Veränderung* geschrieben.⁵ Ein hohes Maß an Innovationsfreudigkeit und politischem Engagement sind solchen Jugendkulturen zu eigen. Ihre Grundüberzeugung lautet: „Alles ist politisch!“ Dabei geht es ihnen keineswegs um die Zerstörung sozialer und kultureller Errungenschaften (im Sinne einer eng geführten Auffassung von Avantgarde). Vielmehr zielt ihr Streben auf die Veränderung inakzeptabler gesellschaftlicher Verhältnisse hin zu einer *besseren* Gesellschaft. Dieser Gedanke wird getragen von der Vorstellung einer gesellschaftlichen Höherentwicklung. „Als ideologische Stütze und zugleich als legitimatorische Bezugsadresse fungieren zumeist marxistisch orientierte Theoretiker“ (vgl. Hitzler/Bucher/Niederbacher 2001: 225).⁶

Aktionen politisch engagierter Jugendlicher gibt es viele (vgl. Deutsche Shell 2002: 221ff.), auch wenn dies (z.T. durch die Akteure selbst) vielfach anders gesehen wird (vgl. Farin 2002: 53). So bemisst sich politisches Engagement keineswegs heute mehr ausschließlich über die Mitgliedschaftszahlen in ausgewiesenen politischen Organisationen und Vereinen. Bundesweite Massendemonstrationen, so beispielsweise 1997/98 und 2003/04, wo Studenten aufgrund weiterer Kürzungen im Bildungsetat auf die Straße gingen, zeugen von dem politischen Interesse Jugendlicher und bestätigen gerade nicht deren Gleichgültigkeit gegenüber politischen Entscheidungen. Auch die immer wieder in die Schlagzeilen geratenden Aktionen der Gegner des Castor-Transportes zeugen von der Bereitschaft Jugendlicher, ihre Interessen auch öffentlich zu vertreten. Die Erzeugung von Energie wird in Jugendbewegungen und Jugendkulturen ebenso zum Politikum erhoben, wie die Frage nach dem friedlichen Umgang mit ausländi-

5 Und dies im Sinne der Aufklärung, weshalb Hitzler, Bucher und Niederbacher (2001) von der Kategorie der „Aufklärungsszenen“ sprechen. Beispiele hierfür sind die „Hardcore-Szene“ und die „Antifa-Szene“. Die HC-Szene entstammt der Punkbewegung, spaltete sich jedoch aufgrund der chaotischen und destruktiven Attitüde des Punks als *harder Kern* von ihr ab. Themen, wie Gerechtigkeit, Toleranz und Solidarität aber auch der Verzicht auf Drogen und die vegetarische Ernährung sind kennzeichnend für diese Vergemeinschaftung. Ihre politischen Statements bringt die HC-Szene vor allem musikalisch zum Ausdruck. Für die Antifa-Szene sind nicht nur einzelne Aspekte des Lebens politisch, sondern alles ist politisch. Politisch aktiv verbinden sie die Bereiche der Öffentlichkeitsarbeit, politischen Bildung und Aktionen gegen ausländerfeindliche, faschistische Gruppierungen.

6 Zu denken wäre da vor allem an die Vertreter und Anhänger der Frankfurter Schule, allen voran Max Horkheimer und Theodor W. Adorno. Zugleich ist man in dieser Stelle daran erinnert, dass es die Schriften dieser Protagonisten waren, welche die *68er-Bewegung* maßgeblich mit trugen. (Wenngleich sich Adorno missverstanden fühlte und dies auch vielfach zum Ausdruck brachte, wenn sich gewaltsame Ausschreitungen über seine Schriften zu legitimieren suchten.)

schen Mitbürgern; es wird sich ebenso gegen Militarismus gestellt, wie für die Rechte der Kinder eingesetzt.

Der Gruppe der explizit politischen und progressiven Milieus kann somit auch die Form des von Paris beschriebenen Protests zugeordnet werden. Anhänger solcher Jugend-Proteste bringen konkret, zielgerichtet und zumeist friedlich ihre Forderungen zum Ausdruck.

3.2 *Halbperipherie: Reaktionäre und anarchische Jugendkulturen*

Als eine zweite politische Gruppe lassen sich die so genannten *reaktionären und ausländerfeindlichen rechten Jugendkulturen* und die (zumeist linken) *anarchischen jugendkulturellen Strömungen*⁷ der Halbperipherie ausmachen. Ihnen liegt die Widerständigkeitsform des schwachen Dissenses zu Grunde. Ihre ideologische Symbolik kann eher als ein Mittel der Provokation und weniger als Ausdruck fester Überzeugungen angesehen werden (vgl. Rucht/Roth 2000: 301). Die Inhalte solcher Jugendkulturen sind, wie bei den explizit politischen Strömungen, ebenfalls politisch. Dennoch kann hier nicht von einem *konstruktiven* Politikverständnis ausgegangen werden, welches von sozial vertretbaren Absichten begleitet ist. So forderte beispielsweise die *Anarchistische Pogo-Partei Deutschlands* (APPD) auf den Chaos-Tagen⁸ 1984 in München das *Recht auf Arbeitslosigkeit*. Der Jugendforscher Klaus Farin (1998) kommentiert: „Natürlich war Punk destruktiv. Punk hatte keine Lösungen anzubieten. Und das nicht nur, weil die Suche nach Lösungen – nennen wir es Politik – einfach langweilig war“ (Farin 1998: 80).

Die Parole des Punks „No Future“ demonstriert dies umso eindringlicher. Auch erscheinen kultureigene Symbole anarchistischer und reaktionärer Jugendkulturen ausgehüllt, semantisch entladen. Die Idee, die Grundintention, welche vielen jugendkulturellen Strömungen vormals zugrunde lag – gleichgültig wie man diese zu bewerten hat – ist auf deren Weg vielfach verloren gegangen (Farin 1998: 76). Und während sich die Punks „durch kulturelle Stile einholen ließen, orientieren sich die Skinheads vor allem an brutaler Gewalt“ (Baacke 1999: 80). Häufig eine Politik der Gewalt um ihrer selbst willen.

3.3 *Peripherie: massenkulturelle Inszenierungen von Jugendlichkeit*

Die Gruppe *massenkulturelle Inszenierungen von Jugendlichkeit* schließlich lässt sich in der Peripherie des subpolitischen Feldes verorten. Dieser Gruppe können u.a. der HipHop und der

7 An dieser Stelle erweitern wir die von Rucht und Roth (2000: 301) genannte Gruppe der *reaktionären und ausländerfeindlichen rechten Jugendkulturen* mit den *anarchischen jugendkulturellen Strömungen*.

8 Für eine umfangreichere Darstellung der Chaos-Tage vgl. Geiling 2000.

Techno, der (einem traditionellen Politikverständnis folgend) häufig als *nicht*-politisch charakterisiert wird (Rucht/Roth 2000: 301).

Mit Sicherheit ist es zunächst nahe liegend, anhand von Song-Texten Aussagen über die Einstellungen und Motive von Jugendlichen zu treffen. So kann der Text als eine Art kritische Reflexion verstanden werden, die psychische, soziale und ökologische Missstände thematisiert (vgl. Weinfeld 2000: 253). In einer beinahe textlosen Jugendkultur allerdings, wie die des Techno, muss es andere Mechanismen des Zugangs geben, die es erlauben, von einer politischen oder aber apolitischen Kultur sprechen zu können. Indizien können beispielsweise die Umgangsweise Jugendlicher mit den Anhängern der eigenen Kultur, vor allem aber auch der Umgang mit anderen Jugendkulturen sein. Das Ethos der Techno-Kultur ist – und das belegen Interviews mit Szenegängern – ein durchaus sozial engagiertes (vgl. Hitzler/Pfadenhauer 1999, Hitzler/Bucher/Niederbacher 2001). Die Abwesenheit von Gewalt ist ebenso ein Grundsatz dieser Jugendkultur, wie die Verurteilung kultureller Diskriminierung. Sie selbst erhebt den Anspruch, weltanschauliche Fragen nicht zu diskutieren, sondern zu leben. Nichts anderes besagt die Formulierung „Politik der Lebensstile“. Aufgrund der Selbstverständlichkeit ihres Handelns jedoch, erkennen Jugendliche oft selbst nicht die (sub)politische Dimension und Tragweite ihrer Unternehmungen, weshalb sie sich selbst dann als unpolitisch charakterisieren. In einem Interview zur Skater-Szene formuliert ein Vertreter der Jugendarbeit dies wie folgt: „Mich fasziniert das politische Potential in der Szene, ohne daß sie selbst unbedingt davon wissen, daß sie so handeln“ (Hitzler/Bucher/Niederbacher 2001: 83). Es ist eben die Eigenart dieser Form von Politik, Forderungen nicht länger gegenüber eines offensichtlich mit Entscheidungsmacht ausgestatteten politischen Zentrums zu erheben (s. Abschnitt 1, Abb. 1), das nach wie vor für sich das Exklusivrecht politischer Entscheidungen in Anspruch nimmt, sondern selbst Initiative zu ergreifen und dadurch sukzessiv die Macht wieder zurückzuerobieren. Die Peripherie entzieht – so könnte man bildhaft sagen – dem Zentrum zusehends das Politische, also entpolitisiert und läßt sich selbst zugleich mit Politischem auf. Auch delegitimieren in der Peripherie zu verortende Jugendkulturen mittels ihrer Politik des Lebensstils weniger die Inhalte als vielmehr überkommene Strukturen des Politischen. Das Subpolitische – und dafür steht die Peripherie in einem hohen Maße – suspendiert den Zentrismus des Politischen. Während also auch die im Zentrum des subpolitischen Feldes stehende (traditionelle) Form der Widerständigkeit: der Protest also, der Politik ihr Hoheitsrecht, Entscheidungen zu treffen, zuspricht, erkennt die Peripherie – in Ansätzen bereits die Halbperipherie der Politik dieses *alleinige* Recht durch pragmatische Selbstentscheidungen ab. Damit wird eine Entpolitisierung des traditionell Politischen vom Zentrum

hin zur Peripherie im subpolitischen Feld beschreibbar. Kurz: Die Politisierung der Peripherie dezentralisiert und demokratisiert die Macht der Entscheidungen.

Dennoch geschieht dies – das mag zunächst irritierend sein – nicht planvoll. Das (politische) Zentrum, der vermeintliche Gegner, wird vermittels einer Politik der Lebensstile eben gerade *nicht* ins Visier genommen: „Anstatt einen politischen Gegner ins Visier zu nehmen und niederringen zu wollen, setzen kulturorientierte Bewegungen auf Überzeugungskraft ihrer Praxisformen“ (Rucht 1994: 351). Diese Praxis kann, wie es gerade die Techno-Szene zeigt, recht eigenwillige Formen des Politischen ausprägen: eine Praxis zwischen *Partys, Paraden und Protest* (vgl. Meyer 2001). Dabei mag ein weiterer Aspekt Beachtung finden: das *Verhältnis von Widerständigkeit und Kommerz* in Jugendkulturen. Denn gerade die Peripherie, aber durchaus auch die Halbperipherie und das Zentrum des hier aufgespannten subpolitischen Feldes scheinen von dem Kräftefeld des Kommerz’ in starkem Maße erfasst zu sein, so dass der von Roth und Rucht (2000) herausgegebene Sammelband zu Recht den Titel führt: „Jugendkulturen, Politik und Protest. Vom Widerstand zum Kommerz?“ Der Kommerz versetzt die Jugendkulturen im subpolitischen Feld in Bewegung.

4. Die Dynamik von Jugendkulturen im subpolitischen Feld – von der Widerständigkeit zum Kommerz

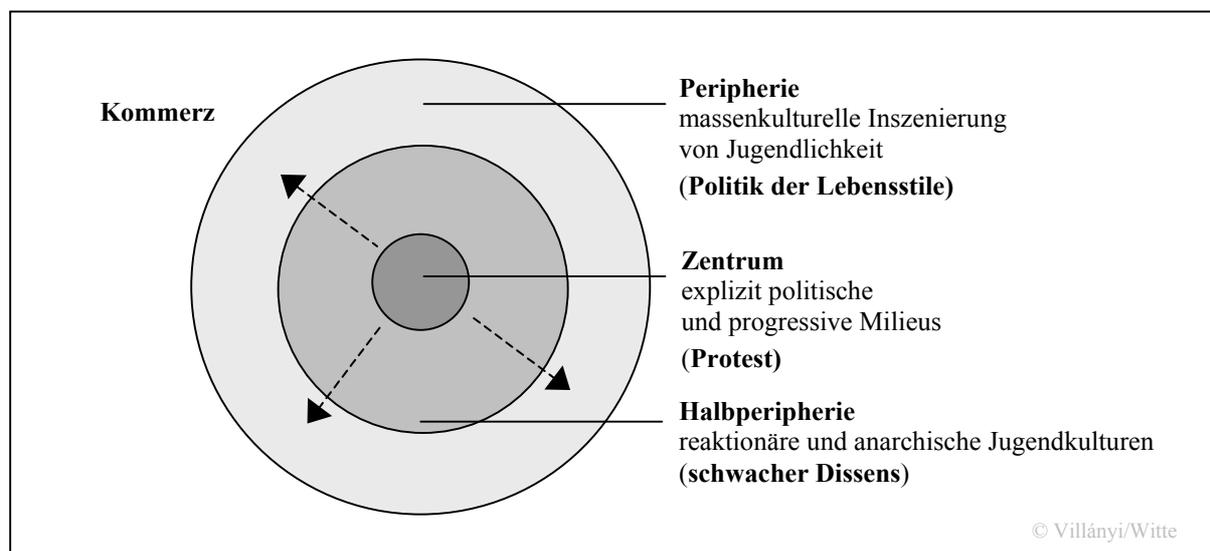
Was verknüpft, so lässt sich an dieser Stelle fragen, *den Kommerz mit dem hier aufgeworfenen Thema von „Jugendkulturen und Politik“?* Was hat ein wirtschaftlich ausgerichtetes, auf Gewinn bedachtes Interesse mit politischem Engagement zu tun? Der Rückgriff auf drei der im Abschnitt 2.2 aufgeführten Protest-Elemente (Öffentlichkeit, Normbruch und Delegitimierung) soll das verdeutlichen.

Der Protest (einschließlich des schwachen Dissens’ und einer Politik der Lebensstile) und der Kommerz können als eine Allianz beschrieben werden. Konkreter handelt es sich um die Allianz zwischen den von der Normalität graduell abweichenden Jugendkulturen und der für die konsumierende Masse produzierenden Kulturindustrie. Beide Seiten verfolgen ihre je eigenen Interessen: Während Jugendkulturen verbal, symbolisch und lebensstilistisch Normalität zu suspendieren suchen, ist die „Kulturindustrie“ ganz im Sinne Horkheimers und Theodor W. Adornos (2001) bemüht, das Rad der Massen(medien)unterhaltung in Bewegung zu halten.

Hier nun berühren sich Interessen: Während Jugendkulturen gerade um Öffentlichkeit kämpfen, um viele Menschen mit ihrem Protest zu erreichen, sucht die Kulturindustrie nach ständig neuen Themen für die breite Masse. Damit finden Jugendkulturen vermittels einer durch die Massenmedien bereitgestellten Plattform die Öffentlichkeit, die sie suchen. Zugleich aber

begreift die Kulturindustrie Jugendkulturen als einen scheinbar unerschöpflichen Fundus neuer Ideen. So führt der Schritt in die Öffentlichkeit viele Jugendkulturen aus ihrem subkulturellen Nischen-Dasein heraus. Zugleich aber hegt die Kulturindustrie andere Interessen: die partikulare Kommerzialisierung von jugendkulturellen Themen und Stilelementen, d.h. deren *Popularisierung* und *Vermarktung*. Kulturell Außenstehendes wird im Zuge der Kommerzialisierung zu Etabliertem. Andersartigkeit wird in Normalität überführt (vgl. Rink 2002). Vormals provozierende Zeichen und anstößige Inhalte werden vom Establishment absorbiert. Es kommt zu einem partiellen Verlust der Differenz von Jugendkultur und *Mainstream*. Das, was der Widerständigkeit der jeweiligen Jugendkultur zu Grunde lag, nämlich die Differenz zum bürgerlichen Establishment, scheint nun nivelliert; die Legitimierung der Delegitimierung gleichsam aufgehoben. *Piercing* und *Tattoo* werden heute kaum noch als Provokation aufgefasst, sondern eher als eine Form körperlicher Ästhetisierung. Über bunte Haare und zerrissene Kleidung bedarf es kaum noch einer Verständigung. Damit geht zugleich eine partielle Entpolitisierung einzelner Jugendkulturen einher. Das gilt für den Punk ebenso, wie für den HipHop. So lassen sich die alljährlichen Chaos-Tage ganz offenkundig als ein letzter verzweifelter Versuch lesen, „den zu Mode und Massenbewegung gewordenen Popstil namens Punk an eine gewisse Radikalität rück[zu]binden, und wieder auf eine überschaubare Familie – den „harten Kern“ – reduzieren zu wollen“ (Büsser 1997: 81). Und auch der HipHop wurde längst durch die Massenmedien aus seinem Ghetto-Dasein geholt. Zwar gewann diese Jugendkultur dadurch öffentlich Beachtung, läuft zugleich aber Gefahr, sich von ihren ursprünglichen, sozialkritischen Absichten zu entfernen und wohlmöglich selbst zu zerstören (vgl. Weinfeld 2000: 253).

Abbildung 3: Die Dynamik von Jugendkulturen im subpolitischen Feld



Kommerzialisierungsbestrebungen, so lässt sich resümieren, sind in nahezu allen Jugendkulturen beobachtbar. Medien betreiben dabei aber nicht nur die Kommerzialisierung der Jugendkulturen, sondern „ermöglichen auch ihre partielle Durchsetzung durch die mit der Kommerzialisierung verbundene Verbreitung“ (Vollbrecht 2002: 62). Die Halbwertszeit von Jugendkulturen wird so durch die Medien gewissermaßen verkürzt. Die Entwicklung und Aufhebung jugendkultureller Stile wird so gleichermaßen vorangetrieben, während sich die Kulturindustrie noch „nebenbei parasitär ihren Gewinn aus einer medienspezifischen Ökonomie der Aufmerksamkeit ein[streicht]“ (Vollbrecht 2002: 63).

Ein letzter Aspekt scheint interessant in Hinblick auf die Kommerzialisierung von Jugendkulturen und damit den einhergehenden Verlust vorhandenen Protest-Potenzials: die *Professionalisierung*. In seinem Beitrag „Vom Protest zur Professionalisierung?“ beschreibt Christoph Bieber (1997) die professionelle Verwendung von *Protest-Pieces* der *Graffiti-Writer* in der Grafik-Designer-Branche. Bieber spricht hier von einer *subtilen Protestform* (im Gegensatz zum *öffentlichen Protest*). Sie kann „durch eine Umgestaltung „von innen“ bestehende Regeln brechen und neue Leitsätze definieren“ (Bieber 1997: 271).

Schließlich finden sich im Internet – und das soll Gegenstand des fünften Abschnittes sein – nicht nur professionalisierte Grafik-Designer, welche an die Wände virtueller Räume sprayen. Das Internet kann viel grundsätzlicher als ein neuer Engagement-Bereich Jugendlicher angesehen werden, in welchem nun „Politik im virtuellen Raum“ vollzogen wird.

5. Politik im virtuellen Raum

In Hinblick auf das politische Engagement von Jugendlichen lässt sich eine einfache Frage formulieren: *Wo ist die Vielzahl politisch engagierter Jugendlicher geblieben, die vorerst in traditionellen politischen Organisationen und Vereinen tätig waren?* Sollte es ein nach wie vor *breites* politisches Engagement von Jugend und Jugendkulturen heute noch geben, so muss dieses *neue Engagement* lokalisierbar sein. (Erinnert sei an die eingangs von Beck erwähnte zeitgemäße „Begriffs-Brille“, die es uns ermöglicht, politisches Engagement erkennen zu können.) So räumt die 14. Shell Jugendstudie (2002) ein, dass es möglicherweise aufgrund eines wissenschaftlich ungenügend entwickelten Instrumentariums in der Vergangenheit nicht gelungen sei, *neue* Formen politischen Engagements Jugendlicher aufzuspüren (Deutsche Shell 2002: 229).

Die als *Medialisierung* bezeichnete Eroberung jugendkultureller Lebenswelten durch neue Informations- und Kommunikationstechnologien, scheinen zu einem großen Teil die Antwort auf die hier gestellte Frage zu geben. So hängen auch die neuen Formen des politischen Engagements

gements eng mit der gesellschaftlichen Etablierung der sog. Neuen Medien zusammen (vgl. u.a. Vollbrecht 2002). Besonders das Internet birgt als „virtueller Raum“ ein ausgesprochen hohes Potenzial politischen und subpolitischen Agierens (vgl. ausführlich Dux 2000: 77-178). So findet hier die „Generation @“ (Hebecker 1997, 2001) die Möglichkeit, „Politik per Klick“ (Deutsche Shell 2002: 221) zu praktizieren. Dabei kann der *real-life-Politik* in Form von traditionellem politischem Engagement die „Netz-Politik“ im Cyberspace gegenübergestellt werden. Während sich jugendkulturelle Realgemeinschaften im Lokalen verorten lassen, konstituieren sich Jugendkulturen im Netz zu virtuellen Gemeinschaften (vgl. Dux 2000: 115ff., Vogelgesang 2000). Diese Entwicklung impliziert nicht notwendigerweise eine Verdrängung von politischen Organisationen und Institutionen im Real Life. Virtuelle Kommunikationsräume können eher als eine *Erweiterung* von politischen Erfahrungsräumen Jugendlicher begriffen werden, wenngleich eine Wanderung politischen Engagements Jugendlicher von dauerhaft-statischen hin zu temporär-flexiblen Gemeinschaftsformen zu verzeichnen ist: „Gerne übernimmt man Aufgaben, ungern ein Amt, das über längere Zeit bindet“ (Deutsche Shell 2002: 231).

Als ein völlig eigenständiger Kommunikationsraum, der sich zusehends zu einem autonomen „Schauplatz politischer Handlungen“ entwickelt, eröffnet das Internet Jugendkulturen aller Couleur, neben einer kaum noch zu überschauenden inhaltlichen Mannigfaltigkeit, vielfältigste Formen des Agierens und Kommunizierens. Es bietet in geradezu idealtypischer Weise eine Präsentations- und Kommunikationsplattform, deren vor allem im Zentrum des subpolitischen Feldes liegende Jugendkulturen bedürfen, um in der Öffentlichkeit auf sich aufmerksam zu machen. Dabei beschränkt sich die vermeintliche Adressatenliste nicht auf ein lokales, d.h. regionales Publikum. Vielmehr erweitert sich der kommunikative Radius in Echtzeit über den gesamten Globus, so dass weltweit vermeintliche Anhänger und Sympathisanten erreicht werden können. Das Internet fungiert als Schnittstelle von Lokalität und Globalität. Die Verschmelzung von regional ansässigen Kulturen im virtuellen Raum führt folglich zu „transnationalen Jugendkulturen“ (vgl. Roth 2002).

Schließlich nutzen selbst die Globalisierungskritiker die weltweit vernetzenden Medien für die Verbreitung und Durchsetzung ihrer Interessen (vgl. Leggewie 2003). Attac beispielsweise (erst am 3. Juni 1998 in Paris gegründet) zählt heute bereits mehr als 90.000 Mitglieder weltweit und ist in 50 Ländern aktiv vertreten (vgl. <http://www.attac.de>, 13.1.2004). Als Protestbewegung besteht sie aus einer Vielzahl jugendlicher Anhänger und präsentiert sich auf eigenen Webseiten. Dort können Informationen über die Bewegung und Termine von weltweit geplanten Anti-Globalisierungsaktionen abgerufen werden. Zugleich besteht die Mög-

lichkeit, mit Mitgliedern von Attac via E-Mail oder im Chat in Kontakt zutreten. Diese Protestbewegung, die seit jüngerer Zeit einen großen Zulauf gerade von Jugendlichen erfährt, steht beispielhaft für ein neues politisches Verständnis und Engagement Jugendlicher (vgl. Kessler 2003: 5).

Ein anderes Beispiel ist die Internet-Initiative „MoveOn.org“, die 2001 von dem Amerikaner Eli Pariser gegründet wurde. Auf der Internetseite (<http://www.actionforum.com>) *posten* die mittlerweile mehr als 1,7 Millionen Online-Aktivisten, die sich mit ihrer E-Mail-Adresse und ihrem Namen registriert haben, welche Vorgänge in Washington sie momentan am meisten verärgern und unterbreiten Gegen-Vorschläge. Ideen, die große Zustimmung erhalten, wandern in der Rangliste nach oben. Anschließend geht eine E-Mail zurück an die 1,7 Millionen Aktivisten, die danach alle Volksvertreter in Washington mit Faxen, E-Mails und Telefonaten massenhaft „überschütten“. Der 22-jährige Pariser schafft es mit MoveOn.org, die Menschen direkt anzusprechen und zum Handeln zu motivieren (vgl. www.actionforum.com; www.moveon.org; 13.1.2004).

Schließlich nutzen neben den Protest-Jugendkulturen des Zentrums auch die jugendkulturellen Strömungen der Halbperipherie und Peripherie das Internet für ihre jeweiligen Interessen (vgl. für Punk, Techno und *Gothics* Richard 2000: 360f.). Auch sie haben ihre szeneeigenen Diskussionsforen im virtuellen Raum. Das Erstellen der Websites, deren Pflege, d.h. das ständige Versorgen mit neuen Daten und die Beantwortung von E-Mails sind Aufgaben, die häufig Jugendliche ehrenamtlich übernehmen. Dies kann durchaus als eine neue Form politischen Engagements gewertet werden (vgl. Deutsche Shell 2002: 222). Derartige Aufgaben sind durch hohe Eigeninitiative und Eigenverantwortung gekennzeichnet, haben jedoch wenig Bindung an traditionelle Organisationsstrukturen, welche vielfach als zu starr und zu bürokratisch empfunden werden. Sie widerstreben einer jugendkulturellen Politik der Lebensstile, die als Ausdruck eines neuen, pragmatischen Zeitgeistes ist.

5.2 *Schlussbetrachtung*

Die sich permanent erneuernden Formen jugendkulturellen Engagements deuten auf den längst vollzogenen *Kategorienwandel des Politischen* (vgl. Beck 1993: 157) hin. Der unzureichend differenzierte Vorwurf der Politikverdrossenheit Jugendlicher kann aus Sicht der Autoren nicht gehalten werden. Anhand des hier aufgespannten *subpolitisches Feldes* wurde verdeutlicht, dass sich Jugendkulturen und Politik keineswegs voneinander distanzieren. Vielmehr haben diese sich neue Erfahrungsräume eröffnet, um sich politisch zu erproben. Mit einem veränderten politischen Verständnis und den daraus möglich ableitbaren Kategorien

lässt sich das jugendkulturelle Engagement durchaus beobachten. Dafür bedarf es weiterer Forschungen, da sich in diesem Bereich der Jugendforschung ein *Theoriedefizit* (Mansel/Griese/Scherr 2003) auszumachen ist.

Literatur

- Baacke, Dieter (1970): *Beat – die sprachlose Opposition*. München.
- Baacke, Dieter (1999): *Jugend und Jugendkulturen. Darstellung und Deutung*. Weinheim/München.
- Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt a.M.
- Beck, Ulrich (1993): *Die Erfindung des Politischen. Zu einer Theorie reflexiver Modernisierung*. Frankfurt a M.
- Beck, Ulrich (1996): *Das Zeitalter der Nebenfolgen und die Politisierung der Moderne*. In: Beck, Ulrich/Giddens, Anthony/Lash, Scott (1996): *Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse*. Frankfurt a.M., S. 19-112.
- Beck, Ulrich/Giddens, Anthony/Lash, Scott (1996): *Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse*. Frankfurt a.M.
- Beck, Ulrich/Hajer, Maarten A./Kesselring, Sven (1999): *Der unscharfe Ort der Politik – eine Einleitung*. In: Dies. (Hgg.): *Der unscharfe Ort der Politik. Empirische Fallstudien zur Theorie der reflexiven Modernisierung*. Opladen.
- Berking, H./Neckel, S. (1990): *Die Politik der Lebensstile in einem Berliner Bezirk*. In: Berger, Peter A./Hradil, Stefan (Hgg.): *Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile*. Göttingen, S. 481-500.
- Bieber, Christoph (1997): *Vom Protest zur Profession? Jugendkultur und graphisches Design*. In: SPoKK (Hg.): *Kursbuch JugendKultur. Stile, Szenen und Identitäten vor der Jahrtausendwende*. Mannheim, S. 263-272.
- Boehnke, Klaus/Münch, Thomas (2001): *Radio, Musikfernsehen und Internet in der Entwicklung Jugendlicher*. In: Boehnke, Klaus/Döring, Nicola (Hgg.): *Neue Medien im Alltag: Die Vielfalt individueller Nutzungsweisen*. Bd. 2. Lengerich, S. 77-100.
- Bohnsack, Ralf/Loos, Peter/Schäffer, Burkhard/Städtler, Klaus/Wild, Bodo (1995): *Die Suche nach Gemeinsamkeit und die Gewalt der Gruppe – Hooligans, Musikgruppen und andere Jugendcliquen*. Opladen.
- Burdewick, Ingrid (2003): *Jugend – Politik – Anerkennung. Eine qualitative empirische Studie zur politischen Partizipation 11- bis 18-Jähriger*. Bonn.
- Büsser, Martin (1997): *Die verwaltete Jugend. Punk vs. Techno. Zur Konstruktion von Jugendbildern*. In: SPoKK (Hg.): *Kursbuch JugendKultur. Stile, Szenen und Identitäten vor der Jahrtausendwende*. Mannheim, S. 80-88.
- Deutsche Shell (Hg.) (1997): *Jugend '97. Zukunftsperspektiven. Gesellschaftliches Engagement. Politische Orientierungen*. Opladen.
- Deutsche Shell (Hg.) (2000): *Jugend 2000*. Opladen.

- Deutsche Shell (Hg.) (2002): Jugend 2002. Zwischen pragmatischem Idealismus und robustem Materialismus. Frankfurt a.M.
- Düx, Sascha (2000): Internet, Gesellschaft und Pädagogik. Computernetze als Herausforderung für Jugendarbeit und Schule in Theorie und Praxis. München.
- Farin, Klaus (1998): Jugendkulturen zwischen Kommerz und Politik. Bad Tölz.
- Farin, Klaus (2002): Jugend zwischen Kommerz und Politik. In: Jansen, Mechthild M./Welniak, Christian (Hgg.): Politik am Ende oder am Ende Politik? Neue Formen politischen Zusammenseins in Jugendkulturen. [POLIS 34] Wiesbaden, S. 45-57.
- Ferchhoff, Wilfried (1999): Jugend an der Wende vom 20. zum 21. Jahrhundert. Lebensformen und Lebensstile. Opladen.
- Geiling, Heiko (2000): Punk als politische Provokation: Mit den Chaos-Tagen in Hannover zur Politik des ‚gesunden Volksempfindens‘. In: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hgg.): Jugendkulturen, Politik und Protest. Vom Widerstand zum Kommerz? Opladen, S. 165-182.
- Gille, Martina/Krüger, Winfried (Hgg.) (2000): Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16- bis 29jährigen im vereinigten Deutschland. Opladen.
- Habermas, Jürgen (1981a): Theorie des kommunikativen Handelns. Bd. 1. Handlungsrationale und gesellschaftliche Rationalisierung. Frankfurt a.M.
- Habermas, Jürgen (1981b): Theorie des kommunikativen Handelns. Bd. 2. Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft. Frankfurt a.M.
- Hebecker, Eike (1997): Generation @. In: SPoKK (Hg.): Kursbuch JugendKultur. Stile, Szenen und Identitäten vor der Jahrtausendwende. Mannheim, S. 334-345.
- Hebecker, Eike (2001): Die Netzgeneration. Jugend in der Informationsgesellschaft. Frankfurt a.M.
- Hitzler, Roland (1994): Sinnbasteln. Zur subjektiven Aneignung von Lebensstilen. In: Mörth, Ingo/Fröhlich, Gerhard (Hgg.): Das symbolische Kapital der Lebensstile. Zur Kulturosoziologie der Moderne nach Pierre Bourdieu. Frankfurt a.M., S. 75-92.
- Hitzler, Ronald/Pfadenhauer, Michaela (1999): »We are one different family«. Techno als Exempel der ‚anderen Politik‘. In: Beck, Ulrich/Hajer, Maarten A./Kesselring, Sven (Hgg.): Der unscharfe Ort der Politik. Empirische Fallstudien zur Theorie der reflexiven Modernisierung. Opladen, S. 45-61.
- Hitzler, Ronald/Bucher, Thomas/Niederbacher, Arne (2001): Leben in Szenen. Formen jugendlicher Vergemeinschaftung heute. Opladen.
- Hoffmann-Lange, Ursula (Hg.) (1995): Jugend und Demokratie in Deutschland. Opladen.
- Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W. (2001): Kulturindustrie. In: Dies.: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente (1947). Frankfurt a.M., S. 128-176.
- Kessler, Wolfgang (2003): Attac – ein globalisierungskritisches Netzwerk. In: Informationen zur politischen Bildung. B6897F., S. 5.
- Leggewie, Claus (2003): Die Globalisierung und ihre Gegner. München.
- Luhmann, Niklas/Hellmann, Kai-Uwe (1996): Systemtheorie und Protestbewegungen. Ein Interview (1994). In: Niklas Luhmann: Protest. Systemtheorie und soziale Bewegungen. Hrsg. von Kai-Uwe Hellmann. Frankfurt a.M., S. 175-200.
- Mansel, Jürgen/Griese, Hartmut/Scherr, Albert (Hgg.) (2003): Theoriedefizite der Jugendforschung. Standortbestimmung und Perspektiven. Weinheim/München.

- Meyer, Erik (2001): Zwischen Parties, Paraden und Protest. Zur politischen Soziologie der Techno-Szene. In: Hitzler, Ronald/Pfadenhauer, Michaela (Hgg.): Techno-Soziologie. Erkundungen einer Jugendkultur. Opladen, S. 51-68.
- Müller, Hans-Peter (1992): Sozialstruktur und Lebensstile. Zur Neuorientierung der Sozialstrukturforschung. In: Hradil, Stefan (Hg.): Zwischen Bewußtsein und Sein. Die Vermittlung „objektiver“ Lebensbedingungen und „subjektiver“ Lebensweisen. – Opladen., S. 57-66.
- Palentien, Christian/Hurrelmann, Klaus (1997): Veränderte Jugend – veränderte Formen der Beteiligung Jugendlicher? In: Palentien, Christian/Hurrelmann, Klaus (Hgg.): Jugend und Politik. Ein Handbuch für Forschung, Lehre und Praxis. Neuwied/Kriftel/Berlin, S. 11-29.
- Paris, Rainer (2000): Schwacher Dissens. Kultureller und politischer Protest. In: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hgg.): Jugendkulturen, Politik und Protest. Vom Widerstand zum Kommerz? Opladen, S. 49-62.
- Pickel, Gert (2002): Jugend und Politikverdrossenheit. Zwei politische Kulturen im Deutschland nach der Vereinigung? Opladen.
- Richard, Birgit (2000): Schwarze Netze statt Netzstrümpfe? Weibliche Kommunikationsräume in Jugendkulturen und im Internet. In: Marotzki, Winfried/Meister, Dorothee M./Sander, Uwe (Hgg.): Zum Bildungswert des Internet. Opladen. S. 341-361.
- Rink, Dieter (2002): Beunruhigende Normalisierung. Zum Wandel von Jugendkulturen in der Bundesrepublik Deutschland. In: APuZ B5. S. 3-6.
- Roth, Roland/Rucht, Dieter (2000): Jugendliche heute: Hoffnungsträger im Zukunftsloch? In: Dies. (Hgg.): Jugendkulturen, Politik und Protest. Vom Widerstand zum Kommerz? Opladen, S. 9-34.
- Roth, Roland (2002): Globalisierungsprozesse und Jugendkulturen. In: APuZ B 5. S. 20-27.
- Rucht, Dieter (1994): Öffentlichkeit als Mobilisierungsfaktor für soziale Bewegungen. In: Neidhardt, Friedhelm (Hg.): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Opladen, [Sonderheft 34 der KZfSS]. S. 337-358.
- Rucht, Dieter/Roth, Roland (2000): Weder Rebellion noch Anpassung: Jugendproteste in der Bundesrepublik 1950-1994. In: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hgg.): Jugendkulturen, Politik und Protest. Vom Widerstand zum Kommerz? Opladen. S. 283-304.
- Sennett, Richard (2002): Respekt im Zeitalter der Ungleichheit. Berlin.
- Vogelgesang, Waldemar (2000): Das Internet als jugendkultureller Erlebnisraum. In: Marotzki, Winfried/Meister, Dorothee M./Sander, Uwe (Hgg.): Zum Bildungswert des Internet. Opladen. S. 363-385.
- Vogelgesang, Waldemar (2001): "Meine Zukunft bin ich!". Alltag und Lebensplanung Jugendlicher. Frankfurt a.M.
- Vollbrecht, Ralf (1997): Von Subkulturen zu Lebensstilen. Jugendkulturen im Wandel. In: SPoKK (Hg.): Kursbuch JugendKultur. Stile, Szenen und Identitäten vor der Jahrtausendwende. Mannheim. S. 22-31.
- Vollbrecht, Ralf (2002): Jugendmedien. Tübingen.
- Weinfeld, Jean (2000): HipHop – Licht und Schatten einer Jugendkulturbewegung. In: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hgg.): Jugendkulturen, Politik und Protest. Vom Widerstand zum Kommerz? Opladen. S. 253-261.

Internetverweise

<http://www.actionforum.com> (Stand 13.1.2004)

<http://www.attac.de> (Stand 13.1.2004)

<http://www.moveon.org> (Stand 13.1.2004)

Die Autoren

Gert Pickel, Dr. phil, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Vergleichende Kulturosoziologie der Europa Universität Viadrina in Frankfurt/Oder

Martina Gille, Dipl.-Soz., wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Jugendinstitut in München

Dirk Villányi, M.A., Musikwissenschaftler und Soziologe, promoviert zu Fragen der Wissensgesellschaft

Matthias D. Witte, Dipl.-Päd., seit 2003 Stipendiat im DFG-Graduiertenkolleg „Jugendhilfe im Wandel“ der Universitäten Dortmund und Bielefeld

Ausgaben der Reihe „Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung“

- Heft 1** Neue Wege der Zusammenarbeit in Süd-Ost-Asien
(Jürgen Rüländ, 1994)
- Heft 2** Regionale Konflikte, Rüstungswettlauf und nukleare Proliferation in Südasien
(Christian Wagner, 1995)
- Heft 3** Argentinien nach den Wahlen vom Mai 1995. Stellungnahmen argentinischer Wissenschaftler und Politiker aus Anlaß des Symposiums „Argentinien – Politik, Kultur und Außenbeziehungen“ vom 30.6. - 2.7.1995 in Rostock
(Peter Birle / Nikolaus Werz, 1995)
- Heft 4** Wirtschaftspartner Asien: Mecklenburg-Vorpommerns Unternehmer auf der Suche nach neuen Märkten. Ergebnisse einer Unternehmensbefragung
(Jost Bandelin / Gerald Braun / Jürgen Rüländ, 1995)
- Heft 5** The Asia-Europe Meeting (ASEM): Towards a New Euro-Asian Relationship?
(Jürgen Rüländ, 1996)
- Heft 6** Wahlen in Mecklenburg und Vorpommern
(Nikolaus Werz / Jochen Schmidt, 1996)
- Heft 7** Politischer Wandel und wirtschaftliche Reformen in Indien
(Christian Wagner, 1997)
- Heft 8** Auswirkungen des Transformationsprozesses auf die Situation von Frauen in Mecklenburg-Vorpommern
(Conchita Hübner, 1997)
- Heft 9** Canada's Asia Pacific Policy on the Eve of the APEC-Summit 1997
(Martina Zellmer-Bjick, 1997)
- Heft 10** Vom Feindbild zur Armee der Einheit - Die Bundeswehr der Einheit aus der persönlichen Sicht von zwei betroffenen Soldaten
(Falko Brinner / Michael Storck, 1998)
- Heft 11** Tourismus und Tourismuskonzepte in Mecklenburg-Vorpommern
(Johann-Friedrich Engel, 1999)
- Heft 12** Der Wahlsieg und der Regierungsbeginn von Hugo Chávez Frías in Venezuela
(Friedrich Welsch / Nikolaus Werz, 1999)
- Heft 13** Die deutsch-französischen Beziehungen. Rückblick und aktueller Stand
(Yves Bizeul / Matthias Schulz, 2000)
- Heft 14** Transformation des Bildungswesens in Mecklenburg-Vorpommern seit 1990
(Conchita Hübner-Oberndörfer, 2001)
- Heft 15** Kommunale Direktwahlen in Mecklenburg-Vorpommern
(Nikolaus Werz u.a., 2001)

- Heft 16** Peripherer ländlicher Raum, zum Beispiel der Landkreis Demmin
(Dieter Schröder u.a., 2002)
- Heft 17** 10 Jahre Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften: Ehrenpromotion
von Prof. Dr. Dieter Schröder (Yves Bizeul u.a., 2002)
- Heft 18** Forschungen in Mecklenburg-Vorpommern zu Rechtsradikalismus,
Fremdenfeindlichkeit und Gewalt (Gudrun Heinrich / Nikolaus Werz, 2003)
- Heft 19** Qualitätssicherung und Nachhaltigkeit in der Arbeit gegen Rechtsextremismus
(Gudrun Heinrich, 2004)

Die Institutsreihe im Internet:

<http://www.wiwi.uni-rostock.de/~polreg/content/institutsreihe.htm>